



Mario Candeias (Hrsg.)

RECHTSPOPULISMUS IN EUROPA

LINKE GEGENSTRATEGIEN

INHALT

Vorwort	3
Michael Löwy Zehn Thesen zur radikalen Rechten in Europa	4
Thilo Janssen Misstrauensvotum Rechte EU-Gegner profitieren von der Krise der Politik	7
Gerd Wiesel Europa von rechts	15
Mimmo Porcaro Der MoVimento 5 Stelle und linke Strategien gegen Rechtspopulismus	20
Sebastian Chwala Der Front National in Frankreich – auf dem Weg zur «Neuen Arbeiterpartei»?	27
Jacques Rancière Die nützlichen Idioten des Front National	42
Richard Seymour Der aufhaltsame Aufstieg von UKIP	47
European Alter-Summit Thesen zum Kampf gegen den Rechtsextremismus in Europa	51
Mario Candeias Gegenmittel gegen autoritären Neoliberalismus und Rechtspopulismus – Perspektiven einer verbindenden linken Partei	55
Zu den Autoren	74

VORWORT

Es ist keine neue Erkenntnis, dass der Rechtspopulismus aus der Mitte der Gesellschaft hervorgebracht wird und in Phasen Kontur gewinnt, in denen der Block an der Macht an Legitimation und aktiver Zustimmung der Subalternen einbüßt. In der gegenwärtigen großen oder organischen Krise ist die Hegemonie in Europa brüchig geworden und wird mit immer autoritäreren Mitteln verteidigt, ohne die Krise lösen zu können. In dieser Situation gewinnt das Anwachsen rechtspopulistischer (und noch rechterer) Bewegungen und Vereinigungen eine neue Qualität und enorme Brisanz. Was sind die Ursachen und wer sind die tragenden Kräfte dieses Rechtspopulismus? Und wo können linke Gegenstrategien ansetzen? Im Folgenden dokumentieren wir einige der im Rahmen oder mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung entstandenen Beiträge zum Thema.

Inzwischen hat sich die Alternative für Deutschland (AfD) gespalten. Ihr Erfolgsrezept, Menschen in einer Partei zusammenzubringen, die gegen den Euro, den Islam, den Feminismus, gegen Flüchtlinge und Homosexualität sind, scheint nicht mehr aufzugehen. AfD-Mitgründer Bernd Lucke hat inzwischen die Partei verlassen und eine neue rechts-liberale Formation gegründet, die Allianz für Fortschritt und Aufbruch (ALFA). Unabhängig vom Erfolg oder Misserfolg solcher Gebilde bleibt das Potenzial rechter Einstel-

lungen in der bundesdeutschen Gesellschaft vorhanden und radikalisiert sich in Form von Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte. Zwei Analysen zum Entstehungszusammenhang von AfD und rechter Einstellungen in der Bevölkerung beziehungsweise zu möglichen linken Gegenstrategien sind bereits auf der Website der Rosa-Luxemburg-Stiftung dokumentiert und ergänzen die Beiträge in diesem Materialien-Band:

Max Lill: Trügerische Ruhe im bedrohten Paradies? Zur Entwicklung von Ressentiments und rechtsextremen Stimmungslagen im Alltagsbewusstsein der Deutschen. Empirische Befunde und Erklärungsansätze, 2015, unter: www.rosalux.de/publication/41038/truegerische-ruhe-im-bedrohten-paradies.html.

Horst Kahrs: Zerfall des Mythos von der «Mitte» - Ausbreitung eines «sozialen Nationalismus». Ein Versuch, mir und anderen die Erfolge der «Alternative für Deutschland» und der rechten außerparlamentarischen Bewegung zu erklären und linke Antwortstrategien zu finden, 2015, unter: www.rosalux.de/publication/41034/zerfall-des-mythos-von-der-mitte-ausbreitung-eines-sozialen-nationalismus.html.

Mario Candeias

Berlin, im August 2015

Michael Löwy

ZEHN THESEN ZUR RADIKALEN RECHTEN IN EUROPA

I. Die Europawahlen haben einen Trend erhärtet, der schon seit einigen Jahren fast überall auf dem Kontinent zu beobachten ist: den spektakulären Aufstieg der radikalen Rechten. Seit den 1930er Jahren hat es keine vergleichbare Entwicklung gegeben. In zahlreichen Ländern kam diese Bewegung auf 10 bis 20 Prozent der Stimmen; in einigen Ländern (Frankreich, Großbritannien, Dänemark) liegt sie derzeit schon bei 25 bis 30 Prozent. Zudem reicht ihr Einfluss über die eigene Wählerschaft hinaus: Ihre Anschauungen kontaminieren auch die «klassische» Rechte und sogar Teile der sozial-neoliberalen Linken. Am gravierendsten ist die Lage in Frankreich, wo der bahnbrechende Erfolg des Front National selbst die pessimistischsten Prognosen noch übertroffen hat. «Es ist fünf vor zwölf», so die Einschätzung eines kürzlich erschienen Leitartikels auf der Website Mediapart.

II. Diese radikale Rechte ist überaus divers. Zu ihr gehören offen neonazistisch auftretende Parteien wie die Goldene Morgenröte in Griechenland bis hin zu bürgerlichen Kräften, die vollständig ins politische und institutionelle System integriert sind, wie etwa die Schweizer UDC. Sie alle kennzeichnet ein chauvinistischer Nationalismus, Fremdenhass, Rassismus, Hass auf Roma (die älteste Bevölkerungsgruppe des Kontinents) und auf Immigranten – insbesondere auf alle, die nicht aus Europa kommen – sowie Islamophobie und Antikommunismus. In vielen Fällen ist die Liste noch zu erweitern um Antisemitismus, Homophobie, Frauenfeindlichkeit, autoritäre und antidemokratische Einstellungen sowie die Ablehnung der Europäischen Union. In Bezug auf andere Fragen – etwa hinsichtlich ihrer

Position zum Neoliberalismus oder zum Laizismus – zeigt sich die Bewegung wesentlich gespaltener.

III. Es wäre verfehlt, Faschismus und Antifaschismus für Phänomene der Vergangenheit zu halten. Selbstverständlich haben wir es heute nicht mit faschistischen Massenparteien wie der NSDAP in den 1930er Jahren in Deutschland zu tun, aber selbst damals war Faschismus nicht allein auf diesen Typus von Organisation beschränkt: Der spanische Franquismus und der portugiesische Salazarismus unterschieden sich erheblich vom italienischen und deutschen Modell des Faschismus. Das Weltbild eines beachtlichen Teils der heutigen radikalen Rechten in Europa ist eindeutig faschistisch und/oder neonazistisch: Dies trifft auf die Goldene Morgenröte in Griechenland zu, auf Jobbik in Ungarn und auf die Parteien Swoboda und Rechter Sektor in der Ukraine, darüber hinaus, wenn auch in abgewandelter Form, auf den Front National in Frankreich, die Freiheitliche Partei Österreichs und die Partei Vlaams Belang in Belgien, deren zentrale Gründungsfiguren enge Verbindungen zum historischen Faschismus und den Kräften unterhielten, die mit dem Dritten Reich kollaboriert hatten. In anderen Ländern wie den Niederlanden, der Schweiz, Großbritannien und Dänemark haben die Parteien der radikalen Rechten keine faschistischen Wurzeln, aber teilen den Rassismus, Fremdenhass und die Islamfeindlichkeit dieser Bewegungen. Diejenigen, die behaupten, die radikale Rechte habe sich verändert und habe nicht mehr viel mit dem Faschismus zu tun, führen hierfür oftmals als Beleg an, diese würde doch das System der parlamentarischen De-

mokratie und Wahlen als Weg zur Macht akzeptieren. Wir sollten jedoch nicht vergessen, dass auch ein gewisser Adolf Hitler durch eine rechtmäßige Wahl zum Reichskanzler wurde und Marschall Pétain vom französischen Parlament zum Staatsoberhaupt bestimmt wurde. Sollte der Front National über Wahlen an die Macht kommen – eine Möglichkeit, die leider nicht mehr ausgeschlossen werden kann –, was würde dann von der Demokratie in Frankreich bleiben?

IV. Von der ökonomischen Krise, die fast ganz Europa seit 2008 erfasst hat, konnte beinahe überall (mit Ausnahme von Griechenland) die radikale Rechte stärker profitieren als die radikale Linke. Im Gegensatz zur Situation in Europa in den 1930er Jahren, als in etlichen Ländern die antifaschistische Linke parallel zum Faschismus erstarkte, gibt es heute ein klares Ungleichgewicht. Zweifelsohne hat die gegenwärtige Krise vor allem der radikalen Rechten Zulauf verschafft, obwohl die Krise nicht alles erklärt. In Spanien und Portugal, also in zwei von der Krise am härtesten getroffenen Ländern, blieb sie bislang eher marginal. In Griechenland konnte die Goldene Morgenröte zwar exponentielle Zuwächse verzeichnen, steht jedoch im Schatten des Erfolgs von Syriza, der Koalition der radikalen Linken. In der Schweiz und in Österreich hingegen, zwei Ländern, die von der Krise weitgehend verschont geblieben sind, erhält die radikale Rechte mit ihren rassistischen Kampagnen in Wahlen oft über 20 Prozent der Stimmen. Angesichts dessen sollten wir Abstand nehmen von ökonomistischen Erklärungsansätzen, die in der Linken weitverbreitet sind.

V. Zweifellos haben historische Einflüsse eine gewisse Bedeutung wie antisemitische Traditionen, die in bestimmten Ländern weiterhin recht wirkmächtig sind; die Langlebigkeit von politischen Strömungen, die während des Zweiten Weltkriegs mit den Nazis kolla-

boriert haben; oder eine koloniale Kultur, die noch lange nach der Entkolonisierung Einstellungen und Verhalten prägt – nicht nur in den ehemaligen Empires, sondern in fast allen europäischen Ländern. All diese Faktoren sind in Frankreich am Werk und können dabei helfen, den Erfolg der Partei von Le Pen zu erklären.

VI. Der Begriff des Populismus, wie er von bestimmten Politikwissenschaftlern, den Medien und sogar Teilen der Linken verwendet wird, ist zur Erklärung dieses Phänomens gänzlich ungeeignet und schafft nur Verwirrung. Bezog sich der Begriff in Lateinamerika im Zeitraum zwischen den 1930er und den 1960er Jahren noch auf ganz bestimmte Bewegungen wie den Vargasismus, den Peronismus usw., so hat sein Gebrauch in Europa seit den 1990er Jahren etwas überaus Vages und Unpräzises. Populismus wird definiert als eine «politische Haltung, die gegenüber den Eliten die Position des Volkes einnimmt», was auf so gut wie jede politische Partei oder Bewegung zutrifft. Wendet man ihn auf die Parteien der radikalen Rechten an, so führt dieser Pseudobegriff – ob gewollt oder ungewollt – zu einer Legitimierung derselben. Er macht sie akzeptabler, ja sogar attraktiv – denn wer wäre nicht für das Volk und gegen die Eliten? –, während gleichzeitig die unschönen Begriffe Rassismus, Fremdenhass, Faschismus und radikale Rechte sorgsam vermieden werden. Auch neoliberale Ideologen verwenden den Begriff Populismus gern auf eine mystifizierende Weise, um die radikale Rechte und die radikale Linke gleichzusetzen und einen «rechten» und «linken Populismus» auszumachen, der sich gegen neoliberale Politik, «Europa» usw. richtet.

VII. Die Linke hat mit nur wenigen Ausnahmen diese Gefahr völlig unterschätzt. Sie war nicht vorbereitet auf diesen Aufschwung der Rechten. Daher hat sie es versäumt, die notwendige antifaschistische Mobilisierung in Angriff zu nehmen. Aus Sicht eines Teils der

Linken ist die radikale Rechte lediglich eine Begleiterscheinung von Krise und Arbeitslosigkeit. Dementsprechend meint sie, nur die Ursachen angehen zu müssen, und nicht das Phänomen des Faschismus selbst. Solch ökonomistisches Denken ist verantwortlich dafür, dass die Linke der rassistischen, xenophoben und nationalistischen Offensive der radikalen Rechten nichts entgegenzusetzen hat.

Der Kampf gegen den Rassismus wie auch die Solidarität mit seinen Opfern zählen zu den unerlässlichen Bestandteilen dieses Widerstands.

VIII. Keine gesellschaftliche Gruppe ist immun gegen die braune Pest. Die Anschauungen der radikalen Rechten, insbesondere der Rassismus, haben nicht nur auf einen erheblichen Teil des Kleinbürgertums und der Arbeitslosen, sondern auch auf die Arbeiterklasse und die Jugend übergreifen. Dies zeigt sich in Frankreich besonders deutlich. Dieses Gedanken- gut steht in keiner Verbindung zur Realität der Immigration: So erhielt der Front National besonders viele Stimmen gerade in einigen ländlichen Regionen, die noch nie einen einzigen Immigranten gesehen haben. Bemerkenswert ist auch, dass von der Gruppe der Migranten, die jüngst zum Objekt einer einiges Aufsehen erregenden hysterischen rassistischen Kampagne wurde, die Roma, und zwar mit erheblicher Unterstützung des damaligen «sozialistischen» Innenministers Manuel Valls, insgesamt weniger als 20.000 in Frankreich leben.

IX. Eine anderer «klassischer» Ansatz innerhalb der Linken ist, Faschismus in erster Linie als ein Instrument des Großkapitals zur Verhinderung der Revolution und zur Zerschlagung der Arbeiterklasse zu begreifen. Da die Arbeiterbewegung heute überaus geschwächt und die revolutionäre Gefahr gering sei, habe das

Großkapital demnach auch kein Interesse an der Unterstützung ultrarechter Bewegungen – insofern gäbe es auch kein Risiko einer erfolgreichen braunen Offensive. Dabei handelt es sich um eine weitere ökonomistische Lesart des Problems, das die Autonomie politischer Phänomene unberücksichtigt lässt. Die Wähler können sehr wohl eine Partei unterstützen, auch wenn diese nicht den Rückhalt der Großbourgeoisie genießt. Zudem wird hiermit außer Acht gelassen, dass sich das Großkapital ohne besondere Gewissensbisse mit allen möglichen politischen Regimes arrangieren kann.

X. Es gibt keine Zauberformel, wie die radikale Rechte bekämpft werden kann. Wir sollten uns – mit angemessener kritischer Distanz – von den antifaschistischen Traditionen der Vergangenheit inspirieren lassen, aber wir müssen auch lernen, innovativ zu sein, um auf die aktuellen Formen dieses Phänomens reagieren zu können. Wir benötigen sowohl lokale Initiativen als auch gut organisierte und strukturierte soziopolitische und kulturelle Einheitsbewegungen auf nationaler und europäischer Ebene. In manchen Fällen ist es möglich, sich mit dem «Geist» des Republikanismus zu verbünden – doch jede organisierte antifaschistische Bewegung wird nur dann wirksam und glaubwürdig sein, wenn sie von Kräften getragen wird, die außerhalb des dominanten neoliberalen Konsenses stehen. Wir dürfen uns bei diesem Kampf nicht nur innerhalb nationaler Grenzen bewegen, sondern müssen ihn auf ganz Europa ausweiten. Der Kampf gegen Rassismus wie auch die Solidarität mit seinen Opfern zählen zu den unerlässlichen Bestandteilen dieses Widerstands.

Zuerst erschienen im August 2014 als Beitrag zur Xenophobia Blog Series. Aus dem Englischen von Corinna Trogisch.

Thilo Janssen

MISSTRAUENSVOTUM

RECHTE EU-GEGNER PROFITIEREN VON DER KRISE DER POLITIK

Plenardebatte im Europäischen Parlament – eine Momentaufnahme

Das Europäische Parlament in Straßburg. Es ist der 22. Oktober 2014. Gerade findet die letzte Aussprache vor der Wahl des neuen Präsidenten der EU-Kommission statt. Jean-Claude Juncker, der zur Wahl stehende Kandidat der Europäischen Volkspartei, sitzt im Saal, er ist sich der Unterstützung der Großen Koalition aus Christ- und Sozialdemokraten, Liberalen und einigen Grünen längst sicher. Die letzte Rednerin der Debatte hat sich gerade erhoben, da muss Parlamentspräsident Martin Schulz noch eine Protestaktion in den Reihen direkt vor ihr beenden. Einige Abgeordnete halten Schilder hoch, auf denen in großen roten und schwarzen Lettern «No austerity» (keine Sparpolitik) steht. Nachdem die Pressefotografen ihre Bilder gemacht haben, beginnt die Rednerin ihren Rundumschlag gegen die herrschende EU-Politik. Sie kritisiert den scheidenden Kommissionspräsidenten José Barroso, der die EU mit den Sparprogrammen in Südeuropa in einem Zustand der Arbeitslosigkeit, Verschuldung und Verarmung zurückgelassen habe. Nachfolger Juncker leite eine EU-Kommission ohne Legitimierung durch die Bevölkerung, mache Finanzlobbyisten wie den Briten Lord Hill für die Finanzregulierung zuständig oder den spanischen Ölonternehmer Arias Cañete zum Energiekommissar. Sie greift die EU-Freihandelsabkommen mit Kanada und den USA an, beschwört die Gefahr durch US-Agrarkonzerne, warnt vor dem Abbau von Umweltstandards und öffentlichem Dienst und prangert die Unterordnung der Demokratie unter die Interessen multinationaler Unternehmen an. Als die Rednerin mit der Ablehnung des Beitritts

der Türkei zur EU endet, brandet Applaus auf der rechten Seite des Sitzungssaals auf. Zwar spricht Marine Le Pen für das Lager der fraktionslosen radikalen Rechten im Europäischen Parlament, Beifall bekommt sie aber auch aus der Fraktion Europa der Freiheit und Direkten Demokratie, in der die United Kingdom Independence Party (UKIP) mit der italienischen Fünf-Sterne-Bewegung (Movimento 5 Stelle) vereint ist. Die Grillini – die Anhänger des Anführers der Fünf-Sterne-Bewegung, Beppe Grillo – waren es auch, die zuvor ihre Schilder gegen die Sparpolitik in der EU hochgehalten hatten. Natürlich kann Le Pen auch anders, noch im Juli hatte sie in den Straßburger Plenarsaal gebrüllt: «Nein zur organisierten Masseneinwanderung! Nein zur Verwässerung unserer Identität! Ja zu unseren Nationen!» Es ist wohl die dosierte Mischung aus Fremdenfeindlichkeit, (EU-)Eliten-Bashing und national-sozialem Protektionismus, die rechten EU-Kritikern im siebten Jahr der Finanz- und Wirtschaftskrise knapp ein Viertel der Sitze im Europäischen Parlament eingebracht hat. 176 von 751 Abgeordneten haben sich bei der Konstituierung des Parlaments rechts von der christlich-konservativen Fraktion der Europäischen Volkspartei eingeordnet.

Der Erfolg der radikalen Rechten ist Anzeichen eines allgemeinen Vertrauensverlustes in Bezug auf die politischen Repräsentativorgane. Knapp 57 Prozent der Wahlberechtigten haben an der Europawahl im Mai 2014 nicht teilgenommen. Dem Eurobarometer zufolge vertrauten im Frühjahr 2014 EU-durchschnittlich nur noch 31 Prozent der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union, die Werte für die nationalen Parlamente und Regierungen liegen sogar noch darunter, bei 28 beziehungsweise 27 Prozent. Im Frühjahr

2007, kurz vor Ausbruch der Finanzkrise, sprachen der EU noch rund 57 Prozent der Befragten ihr Vertrauen aus, 43 Prozent den nationalen Parlamenten, 41 Prozent den nationalen Regierungen.

Zwar haben die rechten EU-Kritiker politisch von der Krise profitiert und zahlenmäßig einen beachtlichen Erfolg bei der Europawahl eingefahren, doch leitet sich daraus nicht automatisch auch politische Schlagkraft ab. Denn das radikale rechte Lager ist alles andere als geschlossen aufgestellt. Neben der kritischen bis feindlichen Haltung gegenüber der EU gibt es nicht sehr viele Gemeinsamkeiten. Die Rechtsaußenparteien verteilen sich auf zwei Fraktionen und eine große Gruppe fraktionsloser Abgeordneter, welche ebenfalls keinen gemeinsamen Block bilden. Nicht mitgezählt sind hier die Rechtsaußen in der Fraktion der Europäischen Volkspartei, etwa die Abgeordneten der ungarischen Fidesz oder Personen wie Alessandra Mussolini, die Enkelin des faschistischen Diktators, in Berlusconi's Forza Italia. Bis zur Deadline für die Konstituierung der Fraktionen in der Nacht zum 24. Juni 2014 hatte es harte Auseinandersetzungen um die Führung im rechten Lager gegeben. Die Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments schreibt vor, dass eine Fraktion sich aus 25 Abgeordneten zusammensetzen muss, die mindestens ein Viertel der Mitgliedsstaaten vertreten. Insbesondere das zweite Kriterium ist für radikale rechte Bündnisse mitunter schwierig zu erfüllen.

Die drittgrößte Kraft im Europäischen Parlament: Die Fraktion Europa der Konservativen und Reformisten

Zumindest den Zahlen nach hat die Fraktion Europa der Konservativen und Reformisten das Rennen um die Vormachtstellung unter den rechten EU-Kritikern gewonnen. Sie ist heute mit 70 Abgeordneten aus 15 Mitgliedsstaaten die drittgrößte Fraktion im Europäi-

schen Parlament. Größer sind nur die Fraktion der Europäischen Volkspartei (219 Abgeordnete) und die Fraktion der Sozialdemokraten (191 Abgeordnete). Die Fraktion Europa der Konservativen und Reformisten orientiert sich politisch am nationalistisch-neoliberalen Erbe der Thatcher-Ära. Sie wurde im Jahr 2009 gegründet, nachdem die britischen Konservativen und die von Vacláv Klaus mitbegründete tschechische Demokratische Bürgerpartei sich mit Jarosław Kaczyńskis Partei Recht und Gerechtigkeit aus Polen zusammengetan hatten. Die Nationalkonservativen wollten eine EU-kritische Alternative zur mehrheitlich EU-integrationsfreundlichen Europäischen Volkspartei aufbauen. Als der Fraktion Europa der Konservativen und Reformisten im Mai 2014 durch den Wegfall zahlreicher Kleinparteien der Verlust des Fraktionsstatus drohte, öffneten die Tories die Fraktion für eine Reihe rechtspopulistischer Parteien, darunter die Alternative für Deutschland (AfD), die Dänische Volkspartei und die Wahren Finnen. Der heutige AfD-Europaabgeordnete und ehemalige Vorsitzende des Bundes der Deutschen Industrie, Hans-Olaf Henkel, hatte sich bereits vor der Gründung der AfD bei Veranstaltungen der Fraktion Europa der Konservativen und Reformisten mit Vorträgen zur Aufspaltung der Euro-Zone einen Namen gemacht. Neben ihm zog unter anderem der (ehemalige) AfD-Vorsitzende Bernd Lucke ins Europäische Parlament ein.

Die AfD ist nach den Tories und Kaczyńskis Partei Recht und Gerechtigkeit die drittgrößte Delegation in der Fraktion Europa der Konservativen und Reformisten. Die viertgrößte Gruppe stellt die Dänische Volkspartei. Sie gewann mit ihrem jungen und populären Spitzenkandidaten Morten Messerschmidt die Europawahl in Dänemark. In der Legislaturperiode 2009 bis 2014 saßen die Dänen noch mit UKIP und der Lega Nord in einer Fraktion zusammen. Messerschmidt pflegte in dieser Zeit auch Kooperationen mit fraktionslosen Abgeordneten

der Freiheitlichen Partei Österreichs oder vom Vlaams Belang, mit denen er gemeinsam Resolutionen im Europäischen Parlament zur Stärkung der Frontex-Agentur gegen «illega-

le Einwanderung» und gegen den EU-Beitritt der Türkei initiierte. Zum Vorsitzenden wählte die Fraktion Europa der Konservativen und Reformisten den Londoner Tory Seyd Kamall,

Abb. 1: Zusammensetzung der Fraktion Europa der Konservativen und Reformisten (EKR)

	EU-Mitgliedsstaat	Partei	Ergebnis 2014	MdEP 2014	Ergebnis 2009	Fraktion 2009–2014
1	Großbritannien	Conservative Party	23,31	20 (-5)	27,00	EKR
2	Polen	Partei für Recht und Gerechtigkeit	31,78	19 (+4)	27,4	EKR
3	Deutschland	AfD	7,00	7	---	---
4	Dänemark	Dänische Volkspartei	26,60	4 (+2)	14,8	EFD
5	Belgien	Neu-Flämische Allianz	16,35	4 (+3)	6,13	Grüne/EFA
6	Finnland	Wahre Finnen	12,09	2 (+1)	14,0	EFD
7	Tschechien	Demokratische Bürgerpartei	7,65	2 (-7)	31,45	EKR
8	Niederlande	ChristenUnion/Staatskundig Gereformeerde Partij	7,67	2 (+/-)	6,82	EKR/EFD
9	Bulgarien	Bulgarien ohne Zensur/IMRO – Bulgarische Nationale Bewegung	10,66	2	---	---
10	Griechenland	ANEL	3,47	1	---	---
11	Kroatien	Hrvatska konservativna stranka	41,42	1	---	---
12	Lettland	Nacionālā apvienība Visu Latvījai – Tēvzemei un Brīvībai/LNNK	14,25	1 (+/-)	7,45	EKR
13	Litauen	Wahlaktion der Polen Litauens	8,05	1 (+/-)	8,42	EKR
14	Deutschland	Familien-Partei Deutschlands	0,70	1	---	---
15	Slowakei	Gewöhnliche Leute (OL'aNO)	7,64	1	---	---
16	Slowakei	NOVA	6,83	1	---	---
17	Irland	Fianna Fáil	22,30	1 (-2)	24,08	ALDE

eine Entscheidung, die aus Sicht der britischen Konservativen offenbar dem Eindruck entgegenwirken soll, man sei nach dem massiven Rechtsruck Teil einer rassistischen Fraktion. Kamall verweist gern auf die Einwandererbiografie seines aus Guyana stammenden Vaters und sagt ansonsten über sich, er verbringe «Hunderte Stunden» damit, die Londoner Finanzdienstleistungsindustrie vor der Zerstörung durch französische und deutsche Politiker zu bewahren, die «neidisch sind auf den Erfolg Londons» (tatsächlich ist es der britischen Regierung unter dem konservativen Premier David Cameron gelungen, den ehemaligen Finanzlobbyisten Lord Jonathan Hill als neuen EU-Kommissar für «Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und die Kapitalmarktunion» zu platzieren.) Der Rechtsdrall der Tories, der als Reaktion auf den zunehmenden Erfolg der UKIP gedeutet wird, schlägt sich in einigen Ankündigungen Premier Camerons nieder: Er will die Briten in einem Referendum im Jahr 2017 darüber abstimmen lassen, ob Großbritannien die EU verlässt, außerdem soll die Zuwanderung aus EU-Staaten zukünftig beschränkt werden.

Neue Allianz: UKIP und MoVimento 5 Stelle in ihrer Fraktion Europa der Freiheit und Direkten Demokratie

UKIPs prominenter Anführer Nigel Farage, der auch Co-Vorsitzender der Fraktion Europa der Freiheit und Direkten Demokratie (EFD) ist, hat seinen politischen Erfolg auf dem Dilemma der Tories aufgebaut, immerzu zwischen realer Regierungspolitik und populistischem EU-Bashing lavieren zu müssen. Nach dem Erfolg von UKIP bei den Europawahlen 2014 in Großbritannien folgten die ersten zwei UKIP-Mandate im britischen Unterhaus, nachdem zwei Tory-Abgeordnete zur UKIP gewechselt waren und die Nachwahlen für sich entschieden hatten. Ob dies bereits ein Signal für die britischen Parlamentswahlen 2015 ist, bei denen Farage

Der Rechtsdrall der britischen Konservativen wird als Reaktion auf den zunehmenden Erfolg der UKIP gedeutet.

die UKIP endgültig ins Unterhaus führen will, bleibt abzuwarten. Dass der ehemalige Investmentbanker Farage nach der Europawahl im Mai 2014 wieder einer rechtspopulistischen Fraktion im Europäischen Parlament vorstehen würde, war nach dem Zerfall seiner alten Fraktion Europa der Freiheit und Demokratie dennoch eine eher unerwartete Entwicklung. Die Fraktionspartner Dänische Volkspartei und die Wahren Finnen wechselten zur Fraktion Europa der Konservativen und Reformisten, die Lega Nord und die Slowakische Nationalpartei hatten sich bereits vor den Wahlen dem Le-Pen-Wilders-Bündnis Europäische Allianz für Freiheit angeschlossen. Farage selbst hatte die Kooperation mit Le Pen mit Verweis auf den Antisemitismus im Front National verweigert. Es schien, als seien der UKIP die Bündnispartner im Europäischen Parlament abhandengekommen. Die Rettung kam schließlich aus Italien. Auch der italienische Komiker Beppe Grillo, dessen Fünf-Sterne-Bewegung bei der Europawahl in Italien zweitstärkste Kraft geworden war, hatte Le Pen abblitzen lassen. Grillo ließ seine Parteianhänger per Online-Abstimmung darüber entscheiden, ob man lieber mit den Tories in der Fraktion Europa der Konservativen und Reformisten oder in einer neuen Fraktion mit Farages UKIP zusammenarbeiten wolle. Die Grillini entschieden sich mit einer Mehrheit von 78,1 Prozent für die Partnerschaft mit den Rechtspopulisten der UKIP. Damit war der Grundstein für Farages neue Fraktion gelegt. Die fehlenden nationalen Delegationen zur Erlangung der offiziellen Fraktionsstärke kommen aus Schweden (Schwedendemokraten), Litauen (Recht und Ordnung), Tschechien (Freiheit) sowie Frankreich (Joelle Bergeron, die den Front National verlassen hat).

Wie prekär die Existenz der Fraktion Europa der Freiheit und Direkten Demokratie jedoch ist, zeigt eine kurze Episode, die sich im Oktober abspielte. Die notwendige siebte Delegation wurde bis zum 16. Oktober von der Lettin Iveta Grigule (Bauernverband Lettlands) gestellt, die an diesem Tag ihren Austritt aus der Fraktion erklärte. Sofort wurde Europa der Freiheit und Direkten Demokratie der Fraktionsstatus aberkannt. Es dauerte vier Tage, bis mit Robert Jarosław Iwaszkiewicz ein Mitglied der polnischen Partei Kongress der Neuen Rechten als Retter präsentiert wurde (drei weitere Abgeordnete des Kongresses der Neuen Rechten blieben fraktionslos). Da Europa der Freiheit und Direkten Demokratie auch weiterhin nur knapp das Mindestquorum für den Fraktionsstatus erfüllt, könnte es jederzeit wieder zu einem Zusammenbruch der derzeit kleinsten Fraktion im Europäischen Parlament kommen. Auch aus den Reihen der Politikneulinge vom MoVimento 5 Stelle sind auf den Fluren des Europäischen Parlaments bisweilen Stimmen zu hören, die mit der Mitgliedschaft in einer rechtspopulistischen Fraktion unzufrieden sind.

Der große Rest: Le Pens und Wilders' Bündnis Europäische Allianz für Freiheit bleibt fraktionslos

Sollte Farages Europa der Freiheit und Direkten Demokratie eines Tages endgültig auseinanderfallen, wäre dies vielleicht die Chance für Marine Le Pen, am Ende doch noch eine Fraktion im Europäischen Parlament anzuführen. Im November 2013 hatte sie sich mit großem Medienspektakel mit Geert Wilders' Freiheitspartei verbündet, um mit den weiteren Partnern Freiheitliche Partei Österreich, der Lega Nord, dem Vlaams Belang sowie den slowakischen Nationalisten und den Schwedendemokraten als neue Rechtsfraktion das Europäische Parlament aufzumischen. Bereits im Jahr 2010 war eine offizielle Europapartei mit dem Namen Europäische Allianz für Freiheit (EAF) gegründet worden, die den Ausgangspunkt für eine Fraktion im Europäischen Parlament nach der Europawahl 2014 bilden sollte. Diese Fraktion kam jedoch nicht zustande. Grund ist einmal mehr der Extremismus der anderen, das größte Hindernis für die Zusammenarbeit der extremen Rechten.

Abb. 2: Zusammensetzung der Fraktion Europa der Freiheit und Direkten Demokratie

	EU-Mitgliedsstaat	Partei	Ergebnis 2014	MdEP 2014	Ergebnis 2009	Fraktion bis 2014
1	Großbritannien	UKIP	26,77	24 (+11)	16,09	EFD
2	Italien	MoVimento 5 Stelle	21,15	17	---	---
3	Litauen	Recht + Ordnung	14,25	2 (+/-0)	12,22	EFD
4	Schweden	Swedendemokraten	9,70	2	---	---
5	Tschechien	Partei der freien Bürger	5,24	1	---	---
6	Frankreich	Unabhängig (Front National)	24,95 (FN)	1	6,3 (FN)	NI (FN)
7	Polen	Kongress der Neuen Rechten (Einzelvertreter)	7,15 (KNP)	1	---	---

Die UKIP und die Dänische Volkspartei hatten der Europäische Allianz für Freiheit wegen des Antisemitismus im Front National die Kooperation verweigert – zuletzt hatte der Ehrengewählte des Front National, Jean-Marie Le Pen, gedroht, aus dem jüdischen Sänger Patrick Bruel eine «Ofenladung» zu machen. Die Schwedendemokraten sprangen nach dem Medienskandal um dem Spitzenkandidaten der Freiheitlichen Partei Österreichs, Andreas Mölzer, ab, der die EU unter anderem öffentlich als «Negerkonglomerat» bezeichnet hatte. Die polnische Partei Kongress der Neuen Rechten von Janusz Korwin-Mikke wurde Berichten zufolge von der Europäischen Allianz für Freiheit abgelehnt, weil Korwin-Mikkes Äußerungen zur Abschaffung des Frauenwahlrechts und seine Spekulationen über Hitlers angebliches Unwissen über den Holocaust als zu extrem wahrgenommen wurden. Die ungarische Jobbik ist mit der slowakischen Nationalpartei aufgrund von Minderheitenstreitigkeiten verfeindet, wobei die Slowakischen Nationalisten am Ende den Wiedereinzug ins Europäische Parlament ohnehin verpassten. So blieb der französischen Europawahlsiegerin Marine Le Pen trotz der Steigerung der Mandate des Front National von drei auf 24 nur der Weg zurück auf die Bank der fraktionslosen Abgeordneten, während Geert Wil-

ders sein Mandat als Europaabgeordneter gar nicht erst antrat. Der Front National und die Freiheitliche Partei Österreichs sollen aber bereits an einem neuen Projekt namens Movement of European Nations and Freedom arbeiten, an welchem sowohl die polnische Partei Kongress der Neuen Rechten als auch die tschechische Freiheitspartei (derzeit Mitglied der Fraktion Europa der Freiheit und Direkten Demokratie) beteiligt sein sollen.

Eine weiter zu beobachtende Entwicklung ist die Kooperation zwischen Parteien aus dem Spektrum der Europäischen Allianz für Freiheit und der russischen Regierung unter Präsident Vladimir Putin. Während des Europawahlkampfes reisten Vertreter vom Front National, von der Freiheitlichen Partei Österreichs und vom belgischen Vlaams Belang am 16. März auf die von Russland annektierte Krim, um als Wahlbeobachter das Referendum über den Beitritt der Krim zu Russland zu legitimieren. Im November wurde bekannt, dass der Front National von der Ersten Tschechisch-Russischen Bank, die ihren Sitz in Moskau hat, Kredite über mindestens 9 Millionen Euro erhält (dem französischen Investigativ-Portal Mediapart zufolge soll es sich dabei nur um die erste Tranche eines insgesamt 40 Millionen Euro umfassenden Kredits handeln, was der Front National bestreitet).

Abb. 3: Zusammensetzung der fraktionslosen Europäischen Allianz für Freiheit

	EU-Mitgliedsstaat	Partei	Ergebnis 2014	MdEP 2014	Ergebnis 2009	Fraktion 2009–2014
1	Frankreich	Front National	24,95	24 (+21)	6,3	NI
2	Niederlande	Partei für die Freiheit	13,32	4 (-1)	16,97	NI
3	Österreich	Freiheitliche Partei Österreichs	19,72	4 (+2)	12,71	NI
4	Italien	Lega Nord	6,15	4 (-5)	10,2	EFD
5	Belgien	Vlaams Belang	4,14	1 (-1)	9,85	NI

**Der kleine Rest:
Die Neonazis im Euro-
päischen Parlament**

Die vierte Gruppe der Rechten im Europäischen Parlament wird von den Neofaschisten und Neonazis von der ungarischen Partei Jobbik, der Goldenen Morgenröte aus Griechenland und Udo Voigt von der deutschen NPD gebildet. Auch Jobbik pflegt Verbindungen nach Russland, zu Aleksandr Dugins Internationaler Eurasischer Bewegung. Parteichef Gabor Vona reiste noch während des Europawahlkampfes nach Moskau, um an Dugins Universitätsinstitut einen Vortrag zu halten. Russland gilt den ungarischen Neofaschisten als anti-liberale Speerspitze gegen die USA und die EU.

Ataka aus Bulgarien und die British National Party verpassten beide den Wiedereinzug ins Europäische Parlament. Jobbik gingen damit im Europäischen Parlament Bündnispartner aus der Europäischen Allianz der Nationalen Bewegungen verloren. Die Allianz scheint dennoch weiter zu existieren, ihr steht weiterhin der Abgeordnete des Front National, Bruno Gollnisch, vor. Inwieweit die Parlamentsneulinge NPD und Goldene Morgenröte in die Europäische Allianz der Nationalen Bewegungen eingebunden werden, bleibt abzuwarten. Voigt reichte im September 2014 im

Europäischen Parlament eine Resolution zum Thema «Schutz der Menschenrechte in Griechenland» ein, die sich gegen die Verhaftung von Abgeordneten der Goldenen Morgenröte richtete.

**Rechtsruck in der
Europäischen Union?**

Die große Zahl der rechten Abgeordneten im Europäischen Parlament ergibt sich vor allem dadurch, dass die radikale Rechte große Erfolge in den bevölkerungsreichsten Mitgliedsstaaten im Westen der EU erzielte. Wahlsieger wurden radikale Rechte in den verhältnismäßig wohlhabenden EU-Staaten Frankreich (Front National), Dänemark (Dänische Volkspartei) und Großbritannien (UKIP). Sehr erfolgreich waren Rechtspopulisten auch in Deutschland (AfD), in den Niederlanden (Partei für die Freiheit), in Finnland (Wahre Finnen), in Schweden (Schwedendemokraten), in Italien (MoVimento 5 Stelle) und in Österreich (Freiheitliche Partei Österreichs). In den fünf Programmländern Spanien, Portugal, Irland, Zypern (Troika-Auflagen) und Rumänien (IWF-Auflagen) war im Mai 2014 dagegen keine radikale rechte Partei erfolgreich. Griechenlands Goldene Morgenröte ist eine Ausnahme, liegt aber mit rund zehn Prozent weit hinter der linken Wahlsiegerin SYRIZA. Auch die kleinen

Abb. 4: Fraktionslose Parteien Jobbik, Goldene Morgenröte, NPD und Kongress der Neuen Rechten

	EU-Mitgliedsstaat	Partei	Ergebnis 2014	MdEP 2014	Ergebnis 2009	Fraktion 2009–2014
1	Ungarn	Jobbik	14,67	3 (+/-0)	14,77	NI
2	Griechenland	Goldene Morgenröte	9,38	3	---	---
3	Deutschland	NPD	1,00	1	---	---
4	Polen	Kongress der Neuen Rechten	7,15	4	---	---

EU-Staaten Estland, Luxemburg und Malta entsenden keine Abgeordneten der radikalen Rechten ins Europäische Parlament. In Osteuropa gibt es keine eindeutige Tendenz. Die Großrumänienpartei und die bulgarische Ataka verpassten den Wiedereinzug ins Europäische Parlament, in Polen und Tschechien sind mit dem Kongress der Neuen Rechten und der Partei der freien Bürger neue Rechtsparteien aufgetaucht. Ein extremer Sonderfall bleibt Ungarn mit den Mitgliedern der Europäischen Volkspartei Fidesz und Jobbik.

Die rechten Parteien schaffen es bis auf Weiteres kaum, ihr zahlenmäßiges Potenzial zu bündeln, obwohl seit Jahren intensiv an europäischen Bündnissen wie der Europäischen Allianz für Freiheit oder der Europäischen Allianz der Nationalen Bewegungen gearbeitet wird. Der Extremismus der anderen in Form von allzu offenem Antisemitismus, Rassismus, Frauenfeindlichkeit oder Homophobie lässt rechte Parteien untereinander immer wieder auf Abstand gehen. Der bisher größte fraktionsübergreifende Erfolg der radikalen Rechten ist der Ende November 2014 eingebrachte Misstrauensantrag gegen die EU-Kommission unter Jean-Claude Juncker. Anlass war der Luxemburg-Leaks-Skandal. Abgeordnete von der Fraktion Europa der Freiheit und Direkten Demokratie (UKIP, MoVimento 5 Stelle), dem Front National, der Partei für die Freiheit, der Lega Nord und der Freiheitlichen Partei Österreichs brachten den Antrag gemeinsam

ein. 101 Abgeordnete des Europäischen Parlaments stimmten für den Antrag, 88 enthielten sich, 461 stimmten dagegen. Interessant war das Abstimmungsverhalten in der Fraktion Europa der Konservativen und Reformisten. Während die Fraktion eine Erklärung veröffentlichte, in der es hieß, die Fraktion habe entschieden, sich zu enthalten, erklärte die AfD: «Alle AfD-Abgeordnete werden dem Misstrauensantrag gegen Juncker im Europaparlament zustimmen.» Die AfD stimmte also nicht an der Seite der Tories ab, sondern an der vom Front National und der UKIP.

Die Orientierung eines Teils der radikalen Rechten an Russland als antiliberaler und antiwestlicher Gegenmacht zur USA und zur Europäischen Union bekommt mit dem Millionenkredit für den Front National eine neue Qualität. Dieses ideologische und nunmehr finanzielle Bündnis sollte weiter beobachtet werden.

Anmerkung d. Hrsg.

Unter der Führung des französischen Front National haben sich im Juni 2015 rechte Parteien im Europaparlament zur Fraktion Europa der Nationen und der Freiheiten zusammengesgeschlossen. Neben dem Front National sind die Partij voor de Vrijheid (Niederlande), die Lega Nord (Italien), die Freiheitliche Partei Österreichs, der Vlaams Belang (Belgien) sowie Abgeordnete aus Großbritannien und Polen Teil der neuen Fraktion.

Die große Zahl der rechten Abgeordneten im Europäischen Parlament ergibt sich vor allem dadurch, dass die radikale Rechte große Erfolge in den bevölkerungsreichsten Mitgliedsstaaten im Westen der EU erzielte. Wahlsieger wurden radikale Rechte in den verhältnismäßig wohlhabenden EU-Staaten Frankreich, Dänemark und Großbritannien. Sehr erfolgreich waren Rechtspopulisten auch in Deutschland, den Niederlanden, Finnland, Schweden, Italien und Österreich.

Gerd Wiegel

EUROPA VON RECHTS

Mit EU-Kritik und Eliten-Bashing wurde die radikale europäische Rechte zu einem der Gewinner der Europawahlen im Mai 2014. Einer einheitlichen oder auch nur ausdifferenzierten Vorstellung dessen, was dieses Europa sein, welche Rolle es in der Welt spielen soll, ist dieser Erfolg nicht zu verdanken. Nationale Interessen, Sichtweisen und Befindlichkeiten waren der Hintergrund für die Erfolge rechter Parteien, mit denen jedoch ein allgemeines Unbehagen gegenüber der Politik der nationalen und europäischen Eliten und massive Ängste vor allen Übeln, die sich mit dem Stichwort Globalisierung verbinden, zum Ausdruck kamen.

Als politische Arena spielt die EU für die Parteien der radikalen Rechten eine untergeordnete Rolle. Während die Tatsache, dass der Front National und die United Kingdom Independent Party (UKIP) in ihren Ländern jeweils zur stärksten politischen Kraft bei den Europawahlen wurden, bis heute zu innenpolitischen Nachbeben führt, sind sie auf der europäischen Bühne kaum wahrnehmbar. Das vorübergehende und nur durch den schnellen Beitritt eines polnischen Rechtsaußen-Abgeordneten abgewendete Ende der Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie im Europäischen Parlament, der mit der UKIP und dem MoVimento 5 Stelle immerhin zwei Shootingstars der letzten Jahre angehörten, verdeutlicht einmal mehr, dass die radikale Rechte (zu der MoVimento 5 Stelle nicht gehört) Europa vor allem als Transmissionsriemen für ihre nationalen Ambitionen nutzt. Ein genauere Blick auf die europapolitischen Vorstellungen der erfolgreichen Rechtsparteien zeigt, dass es hier starke Differenzen gibt, die sich aus den teils völlig unterschiedlichen ideologischen Bezugspunkten einer europäischen Rechten ergeben. Gemeinsamkeiten sind vor allem dort zu finden, wo es um die Ablehnung

von Zuwanderung und die Rückholung von Souveränitätsrechten auf die nationale Ebene geht. Trotz dieser europapolitischen Abstinenz lohnt eine Beschäftigung mit den vorhandenen europapolitischen Vorstellungen und Differenzen der europäischen Rechten, ist doch nicht auszuschließen, dass sie in einigen Ländern in absehbarer Zeit Gelegenheit bekommt, ihre Vorstellungen auch umzusetzen.

Neue Hoffnung Russland? Putin als ideologische Folie

Am 31. Mai 2014 fand in Wien aus Anlass der Erinnerung an den 200. Jahrestag des Wiener Kongresses ein Treffen internationaler Vertreter radikal rechter Parteien und Gruppierungen statt, das einen kleinen Einblick in die ideologischen und geopolitischen Vorstellungen eines Teils der europäischen Rechten gibt. Zu den prominentesten Teilnehmern des Treffens gehörte der russische Rechtsintellektuelle Alexander Dugin, einer der Gründer der Nationalbolschewistischen Partei Russlands und Chefideologe der Eurasischen Bewegung in Russland. In den deutschen Medien wird Dugin als Einflüsterer Putins dargestellt, er selbst streitet das ab. Für die ideologische Rechte in Russland hat er aber offenbar eine herausragende Bedeutung.

Neben Dugin nahm der Vorsitzende der Freiheitlichen Partei Österreichs, Hans-Christian Strache, die Schwester der Vorsitzenden des Front National und Mitglied des Europäischen Parlaments, Marion Maréchal-Le Pen, der Vorsitzende der bulgarischen Rechtspartei Ataka sowie weitere Vertreter von Rechtsparteien beziehungsweise Bewegungen aus Spanien, der Schweiz und Kroatien teil. Thema des Treffens war offenbar weniger die historische Reminiszenz an den Wiener Kongress, sondern die aktuelle europäische beziehungsweise eu-

rasische Politik. Mit Blick auf die europäische Rechte führte Dugin aus, Russland werde gegenwärtig von «einer prorussischen fünften Kolonne in Europa unterstützt. Das sind europäische Intellektuelle, die ihre Identität stärken wollen» (tagesanzeiger, 3.6.2014).

«Identität» ist für die radikale Rechte ein zentrales Stichwort, und politische Bündnisse bemessen sich auch nach dem Kriterium, mit wem zusammen gegen eine vermeintliche Bedrohung der Identität gehandelt werden kann. Ein Blick auf die Kommentierung des Wiener Treffens im rechten Internetforum Politically Incorrect zeigt, worin diese Bedrohung gesehen wird: «In Europa scheint sich so langsam eine Gegenbewegung zu Gender Mainstreaming, Islam-Appeasement, Masseneinwanderung, Asylmissbrauch und EU-Sozialismus zu bilden. Das Ganze im Verbund mit Russland, wo der gesunde Menschenverstand deutlich ausgeprägter ist als in der immer weiter nach links driftenden EUdSSR. Auch wenn manch ein Teilnehmer dieses Treffens möglicherweise eine bedenkliche Biographie haben sollte, ist es wichtig, dass sich etwas tut» (Stürzenberger 2014).

Mit genau den hier genannten Themen war und ist die radikale Rechte in Europa erfolgreich, und ihre bündnispolitischen Vorstellungen und auch ihr Bild von Europa hängen eng mit diesen Punkten zusammen. Insofern spielt für alle traditionell ideologisch ausgerichteten Parteien der radikalen Rechten – und das ist eine wichtige Einschränkung – die EU die Rolle einer westlich liberalen, gegen alle Werte der konservativen und faschistischen Rechten gerichteten Macht, mit der man keinerlei Gemeinsamkeiten hat. Die Europavorstellung einer ideologisch ausgerichteten radikalen Rechten in Europa zielt also auf zwei Punkte: im Außenverhältnis Europas eine Abwendung vom Westen, das heißt von den USA und auch von Großbritannien; im Innenverhältnis eine Überwindung der mit dem Stichwort Liberalismus verbundenen Werte und Vorstellungen.

Russland und die Affinität zu Putin spiegeln in der gegenwärtigen geopolitischen Auseinandersetzung die ideologische Grundposition einer solchen Rechten: eine autoritäre nationalistisch ausgerichtete Politik, eine restriktive Einwanderungspolitik insbesondere gegenüber Muslimen aus den ehemaligen sowjetischen Republiken, die harte militärische Hand gegenüber Tschetschenien, dazu eine repressive Haltung gegenüber homosexuellen und liberal ausgerichteten zivilgesellschaftlichen Bewegungen. All das entspricht den Vorstellungen zahlreicher europäischer Rechtsparteien, weshalb Putin Lob von Marine Le Pen bis hin zu Nigel Farage bekommt. Hinzu kommt als zentraler Punkt für die am ideologischen Modell einer europäischen radikalen Rechten ausgerichteten Parteien die zugeschriebene Frontstellung Russlands gegen das angloamerikanische Modell, das mit kultureller Minderwertigkeit, der Auflösung ethnischer Homogenität und der Aushöhlung eines autoritären staatlichen Zusammenhalts verbunden wird.

Radikale Rechte: Unterschiede und Gemeinsamkeiten

Die Ausdifferenzierung der erfolgreichen europäischen Rechten ist trotz vieler verbindender Themen und Forderungen mittlerweile weit fortgeschritten. Während es auf der einen Seite eine Reihe von Parteien gibt, die nach wie vor ideologisch fest in die Vorstellungen einer im weitesten Sinn an faschistischen Vorbildern orientierten Rechten eingebunden sind, haben sich auf der anderen Seite Parteien gebildet, die diesen ideologischen Ballast der traditionellen Rechten weitgehend hinter sich gelassen haben und marktradikale Elemente in ihre Politik integrieren. Die UKIP, die Dänische Volkspartei, die AfD und mit Abstrichen die Lega Nord und die Partei für die Freiheit von Geert Wilders gehören zu Letzteren, wohingegen der Front National, die Freiheitliche Partei Österreichs, Jobbik und die Golde-

ne Morgenröte sehr viel stärker aus einer ideologischen Tradition heraus Politik machen.

Der positive Bezug auf autoritäre Entwicklungen in Russland etwa hat für den Front National oder Jobbik eine ideologische Dimension, die sich aus der erwähnten Ablehnung eines westlich-liberalen Modells ergibt. «Eurasien» dient hier als Stichwort für die geopolitische Abwendung vom durch die USA dominierten Westen. Für die UKIP oder andere Vertreter einer pragmatischen Rechten steht das westliche Modell, gerade in seiner marktradikalen Ausprägung, nicht zur Disposition. Zwar hört man auch hin und wieder von Nigel Farage einen positiven Satz über Putin, das hat jedoch wenig mit ideologischer Nähe zu tun. Vielmehr geht es dabei um eine konträre Positionierung zur EU-Einheitssicht auf Russland.

Auch die Position von AfD-«Außenpolitiker» Alexander Gauland zum Verhältnis der EU beziehungsweise Deutschlands zu Russland ist in gewisser Weise sehr viel differenzierter, als das im Mainstream der Fall ist. Als Konservativer argumentiert jemand wie Gauland vor dem Hintergrund eines traditionellen deutschen Rollenverständnisses als «Mittler zwischen Ost und West», womit jedoch immer der Anspruch auf eine hegemoniale Rolle Deutschlands in Europa verbunden war. Im Rahmen einer intellektuellen Neuen Rechten feierte diese Position nach der Vereinigung 1990 eine kurzzeitige (feuilletonistische) Renaissance, spielt aber seither nur noch in diesen Zirkeln eine Rolle. Vor dem Hintergrund einer völlig einseitigen Dämonisierung Russlands, die in der Bevölkerung jedoch auf passiven Widerstand zu stoßen scheint, bleibt abzuwarten, wie weit sich die AfD auch mit solchen Positionen Gehör verschaffen kann.

Neben der ideologisch motivierten Kritik an der Außenpolitik und der geopolitischen Rolle der EU gibt es eine Reihe weiterer Positionierungen aufseiten der Rechten, die diese miteinander teilen. So ist die Ablehnung der sogenannten Euro-Rettungspolitik allen Par-

teien der radikalen Rechten in Europa gemein, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Sie fordern ein «Europa der Nationen» beziehungsweise ein «Europa der Regionen» und wenden sich daher gegen alle weiteren Schritte in Richtung einer stärkeren europäischen Integration und gegen jegliche Stärkung von EU-Institutionen. Ihr erklärtes Ziel ist es, die Souveränität der nationalen beziehungsweise regionalen Ebene zu stärken und Entscheidungsbefugnisse wieder zurückzuholen. Während der Front National, die UKIP und auch die Partei für die Freiheit für einen Austritt aus der EU stehen, wollen die Freiheitliche Partei Österreichs, die Lega Nord, der Vlaams Belang und auch die AfD die Mitgliedschaft ihrer Länder nicht grundsätzlich infrage stellen. Als zentrales ideologisches Bindeglied der europäischen Rechten lässt sich zudem der Antislamismus ausmachen wie auch ein unterschiedlich ausgeprägter Ethnopluralismus, wodurch eine bedrohliche Verbindung zu Mehrheitsstimmungen in zahlreichen europäischen Ländern besteht. Die Wahrnehmung des Islam als kulturell fremd und bedrohlich ist spätestens seit den Anschlägen 2001 weltweit verbreitet und findet durch die aktuellen Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Islamischen Staat neue Nahrung. In Abstufung findet man bei allen diesen Parteien darüber hinaus eine meist völkisch motivierte Abgrenzung von Zuwanderern, die als kulturell prinzipiell fremd und nicht integrierbar angesehen werden. Die Gruppen solcher Zuschreibungen kultureller Differenz variieren: Während in Ungarn und zahlreichen osteuropäischen Ländern die Roma im Zentrum des rassistischen Diskurses stehen, sind es in Frankreich und den Niederlanden häufig die Einwanderer aus den früheren Kolonien.

Der Ethnopluralismus, der in den 1980er Jahren den desavouierten biologistischen Rassismus als zentraler ideologischer Bezugspunkt einer radikalen Rechten abgelöst hat, spielt für Parteien wie den Front National, die Freiheitli-

che Partei Österreichs, die Lega Nord, Jobbik und die Goldene Morgenröte nach wie vor eine entscheidende Rolle. Aber auch in der AfD, in der UKIP und in der Partei für die Freiheit finden sich Versatzstücke dieser Ideologie. Im Gegensatz zum historischen Rassismus wird im häufig auch als Kulturalismus (da Kultur an die Stelle von «Rasse» tritt) bezeichneten Ethnopluralismus keine Hierarchie zwischen den Kulturen behauptet. Ziel ist die Reinhaltung oder Erhaltung jeder Kultur, weshalb ihre Vermischung unter allen Umständen zu vermeiden sei, woraus sich die Ablehnung von Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen ableitet. Bei Parteien wie der AfD oder UKIP überwiegt aber (noch) eine Form des «Nützlichkeitsrassismus», die die Frage von Zuwanderung vor allem danach beantwortet, ob diese als vorteilhaft für den Wirtschaftsstandort beziehungsweise das Kapital eingeschätzt wird.

Auch außenpolitische Positionierungen finden häufig vor diesem ideologischen Hintergrund statt. So begrüßt etwa Jobbik das Referendum auf der Krim als Stärkung des «Selbstbestimmungsrechts einer Gemeinschaft», womit die ethnische/kulturelle Nähe zu Russland gemeint ist. Aber ohne Frage ist es der Nationalismus all dieser Parteien, der ihren Blick auf die internationale Politik vor allem bestimmt. So lehnt der Front National westliche Interventionen im Irak oder Syrien mit dem Hinweis auf «wertvolles französisches Blut» ab, das für fremde Interessen (gemeint sind die der USA) vergossen würde, und warnt vor weiteren Flüchtlingsströmen (vgl. Schmid 2013a). Typisch ist auch die Äußerung von Marine Le Pen zur aus Frankreich stammenden IWF-Chefin Christine Lagarde: «Madame Lagarde ist keine französische Politikerin, sondern eine vaterlandslose Politikerin. Wenn man an der Spitze solcher internationaler Organisationen steht, vergisst man seine Nationalität, man bezieht sich nicht mehr darauf, und vor allem darf man nicht in Bezug auf die Interessen der eigenen Nation denken» (zitiert nach: Schmid 2013b).

Effekte der radikalen Rechten auf die Politik in Europa

Trotz aller Wahlerfolge in der jüngsten Vergangenheit werden die radikalen Rechtsparteien kurzfristig wohl nicht die Kraft und die Macht haben, den Weg Europas in ihrem Sinne zu beeinflussen. Die Frage ist jedoch, ob die rechten Erfolge Auswirkungen auf die herrschende Politik haben beziehungsweise ob die extreme Rechte ihren Vormarsch fortsetzen kann? Solche Effekte ließen sich bereits nur wenige Tage nach den Europawahlen beobachten: In Frankreich wurde das Vorhaben eines kommunalen Wahlrechts für Ausländer, die nicht aus EU-Ländern kommen, von der linken Regierung sofort auf Eis gelegt. In Großbritannien kündigte Regierungschef Cameron an, die europäischen Freizügigkeitsregelungen mit Blick auf die Zuwanderung aus Osteuropa zur Disposition stellen zu wollen, ein Thema, das zuvor vor allem von der UKIP-Partei aufgegriffen worden war.

Auch in Deutschland dürfte eine mittelfristige Etablierung der AfD Auswirkungen auf die Bundespolitik haben: Beim Thema Zuwanderung und bei der Frage nach der weiteren europäischen Entwicklung könnte bald auch die Angst vor weiteren Wahlerfolgen der AfD die Position der Regierungskoalition prägen. Ähnlich kann der Verweis auf den Aufstieg der Euro-Kritiker auch zur Verschärfung der ohnehin hartleibigen Austeritätspolitik der Bundesregierung beitragen.

Außenpolitische Verschiebungen im Hinblick auf die generelle westlich-transatlantische Verankerung der EU sind durch die Erfolge der Rechtsparteien dagegen nicht zu erwarten. Dafür ist ihre Rolle zu schwach. Dennoch lässt sich angesichts der Krise der französischen Konservativen und der desaströsen Politik von François Hollande nicht ausschließen, dass Marine Le Pen bei den nächsten Präsidentschaftswahlen eine realistische Chance hat, zu gewinnen. Was würde

es bedeuten, wenn ein Kernland der EU von einer Politikerin der radikalen Rechten geführt wird? Und wer will heute ausschließen, dass die Briten auch bei den nächsten Unterwahlen die UKIP in einem ähnlichen Maße unterstützen werden, wie es bei den Europawahlen der Fall war? Und lässt sich ausschließen, dass sie sich 2017 dafür aussprechen werden, die EU zu verlassen? Auch der Umgang in Europa mit einer Rechtsaußen-Regierung wie der derzeitigen in Ungarn lässt wenig Hoffnung aufkommen. Für die Linke werfen die Erfolge von rechts ebenfalls dringende Fragen auf, zumal diese Erfolge mit Themen und Forderungen erzielt wurden, die teilweise auch von der Linken vertreten werden. Harte Kritik an einer neoliberal agierenden EU sollte von links noch deutlicher, aber ohne jede Verklärung der Möglichkeiten nationaler Gegenmacht formuliert werden. Die Rückholung von Kompetenzen auf die nationale Ebene könnte von links einen Diskurs legitimieren und befördern, der in Deutschland und Europa eindeutig rechts dominiert ist. Während die rechte EU-Kritik immer in Abgrenzung zu internationalistischen Ansätzen formuliert ist, kommt es für die Linke gerade darauf an, nationale Kämpfe mit einer internationalen Perspektive zu verbinden. Insofern muss eine Kritik an der EU immer an den sozialen Interessen der Menschen und nicht an Fragen von Zugehörigkeit, kultureller Nähe und Homogenität ansetzen.

Und auch eine dringend nötige differenzierte Sicht auf die Ukraine-Russland-Krise und die westlichen Interessen in dieser Krise darf nicht dazu führen, linke Standards bei Themen wie Antirassismus, Homophobie, Demokratie und Völkerrecht außer Acht zu lassen. Der Bezug von Teilen der europäischen Rechten auf Putins Russland ist nicht zufällig und sollte für Linke eine Warnung sein, in der Auseinandersetzung mit den hegemonialen Bestrebungen des Westens nicht in ein altes Freund-Feind-Schema zurückzufallen.

Die Euro- und die Wirtschaftskrise haben deutlich gemacht, dass die Europäische Union nicht so fest gegründet ist, wie es den Anschein erwecken will. Auch in den bürgerlichen Eliten gab und gibt es Stimmen, die über eine Rückabwicklung nachdenken. Stellvertretend für viele Stimmen konnte man 2011 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* von Dirk Schümer lesen: «Europa muss daher auf das begrenzt werden, was die Europäer überhaupt noch einigermaßen verstehen und dann mit dem Stimmzettel bewerten können. Das ist nicht die Brüsseler Lobby- und Kompromissfabrik, in deren Maschinenraum heute achtzig Prozent unserer Gesetze zusammengebastelt werden. Sondern das wäre einzig und allein ein Europa der demokratischen Nationen.» Der nationale Diskurs ist rechts dominiert, das muss allen, die einer solchen Rückabwicklung das Wort reden, klar sein. Die linke Antwort auf die berechtigte Kritik an einem Europa des Kapitals muss also jenseits dieses verminten Geländes liegen.

Literatur

Schmid, Bernard (2013a): Kein Blut für Gas, in: *Jungle World*, Nr. 38, 19.9.2013, unter: <http://jungle-world.com/artikel/2013/38/48490.html>.

Schmid, Bernard (2013b): Marine Le Pen schneidet bei Umfrage als zweitbeliebteste Politikerin ab, in: *LabourNet Germany*, 6.3.2013, unter: www.labournet.de/internationales/frankreich/politik-frankreich/rechte-f/marine-le-pen-schneidet-bei-umfrage-als-zweitbeliebteste-politikerin-ab.

Stürzenberger, Michael (2014): Wien: Geheimtreffen von Heinz-Christian Strache, Marion Le Pen und Aleksandr Dugin, in: *Politically Incorrect*, 4.6.2014, unter: www.pi-news.net/2014/06/wien-geheimtreffen-von-heinz-christian-strache-marion-le-pen-und-aleksandr-dugin.

Mimmo Porcaro

DER MOVIMENTO 5 STELLE UND LINKE STRATEGIEN GEGEN RECHTSPOPULISMUS

Bei den letzten Europawahlen im Mai 2014 erzielte die Liste Tsipras (L'Altra Europa con Tsipras, AET) in Italien mit 4 Prozent der Wählerstimmen ein positives Ergebnis. Positiv, da die italienische radikale Linke wieder über eine parlamentarische Vertretung (3 Sitze) verfügt. Allerdings kann das nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die radikale Linke in einer schweren Krise befindet. Einer Krise die sich nicht nur im großen Erfolg der moderaten Linken (Partito Democratico, PD) manifestiert, die 40 Prozent der Stimmen gewannen, sondern auch in der anhaltenden Stärke (21 %) der wichtigsten populistischen Partei, zusammengesetzt und gewählt auch von vielen ehemaligen Aktivisten und Wählern der radikalen Linken: des Movimento 5 Stelle (Fünf-Sterne-Bewegung, M5S) von Beppe Grillo. Es war der beeindruckende Wahlerfolg des M5S (aus dem Stand heraus 25,5 % der Wählerstimmen), der 2013 den Einzug von Rivoluzione Civile – ein Wahlbündnis aus Parteien und Bewegungen, dem auch die Partito della Rifondazione Comunista (PRC) angehörte – ins Parlament verhinderte. Und es ist im Wesentlichen die Bestätigung dieser Stärke des M5S an den Wahlen, die dazu führt, dass er als einzige Alternative zur übermächtigen PD wahrgenommen wird. Um der Stärke der PD und des M5S etwas entgegensetzen zu können, bedürfte es eines Subjekts, das in der Lage wäre, eine kohärente Alternative auszuarbeiten. Aber die Liste Tsipras schafft es nicht, sich in etwas umzuwandeln, was mehr als ein reines Wahlbündnis ist. Und selbst wenn dies gelänge, so wären ihre Ansichten zu vage und zu widersprüchlich.

Diese Situation hat ihre tieferen Wurzeln in den theoretischen und kulturellen, aber auch

politischen und organisatorischen Mängeln der Parteien und Bewegungen der italienischen radikalen Linken. Ihr Niedergang wird dadurch verursacht, dass es ihr nicht gelingt, die veralteten und sachlich falschen Teile ihrer theoretischen Anschauungen zu modifizieren. Wenn sie auch zu Recht den rückschrittlichen Charakter des Neoliberalismus anprangerte und eine Alternative ausarbeitete, die die Fehler des Staatssozialismus nicht wiederholt, so hat die radikale Linke sich jedoch zweifach geirrt: Einerseits nahm sie an, man könne die Globalisierung (und also auch Europa) demokratisieren, andererseits meinte sie, dass durch das konstante und stetige Wachstum der Bewegungen und der «Basisdemokratie» das Problem der Eroberung und Transformation der Staatsmacht gelöst und überwunden werden könnte.

Die Beteiligung an der zweiten Regierung Prodi in den Jahren 2006 bis 2008 (einer Koalitionsregierung unter Beteiligung der Rifondazione Comunista und unterstützt von zahlreichen Bewegungen) war der erste große Beleg dafür, dass diese Ansichten falsch sind. Die Europäische Union fuhr fort, ihre neoliberale Orthodoxie zu demonstrieren, und die italienische Regierung unterstützte sie darin voll und ganz, indem sie ungeheure Kürzungen der öffentlichen Ausgaben beschloss, die noch über die Forderungen der EU hinausgingen. In dieser Situation haben die Mehrheit der Bewegungen und vor allem die Organisationen, die ja die Infrastruktur der Bewegungen bilden, statt alle gemeinsam mit der Rifondazione Comunista dagegen zu kämpfen und die Regierung zu einem Linksschwenk zu bewegen, es vorgezogen, jede für sich mit Prodi und der PD über Einzelfragen zu verhandeln, um politische und finanzielle

Unterstützungen zu erhalten. Gleichzeitig offenbarte die Rifondazione Comunista alle ihre politischen und organisatorischen Unzulänglichkeiten (fehlende Koordinierung zwischen den einzelnen Kabinettsmitgliedern, zwischen ihnen und den Abgeordneten, zwischen den institutionellen Repräsentanten und der Partei). Sie schaffte es weder, die Regierung zu beeinflussen, noch, die Bewegungen zu koordinieren, und wurde nach und nach von den Bürgern als ein (auch noch bedeutungsloser) Teil der politischen «Kaste» angesehen. Dazu trug

Die italienische radikale Linke irrte sich zweifach: Einerseits nahm sie an, man könne die Globalisierung demokratisieren, andererseits meinte sie, dass durch das konstante und stetige Wachstum der Bewegungen und der «Basisdemokratie» das Problem der Eroberung und Transformation der Staatsmacht gelöst und überwunden werden könnte.

auch Fausto Bertinotti bei (der für die italienischen Wähler die Personifizierung der Rifondazione Comunista darstellte), der sich nicht für ein Ministeramt, sondern für das Amt des Parlamentspräsidenten entschied. Dies schwächte die Partei und ließ sie letztlich als in den Staat integriert erscheinen. Und schließlich, fast machtlos im Bereich der Wirtschafts- und der Wohlfahrtspolitik, konzentrierte die Rifondazione Comunista ihre Kräfte auf Fragen der Bürgerrechte und der Einwanderung. Dies verstärkte in den weniger gebildeten und traditionell denkenden Schichten der Arbeiter den Eindruck, dass die Partei sich nur noch für die «Schwarzen» und Homosexuellen interessiere und die Arbeiter nicht mehr vertrete. Wie man sieht, fanden sich in der Teilnahme der radikalen Linken an der Regierung Prodi schon, für jeden sichtbar, die Keime der späteren Hinwendung zum Populismus.

Bei den Wahlen nach dem Sturz der Regierung verlor die radikale Linke zunächst Stimmen an die PD (im Namen des Kampfes gegen Berlusconi) und an die Nichtwähler. In den folgenden Jahren, als sich die Krise der radikalen Linken vertiefte (Spaltung der PRC, Schwäche der Bewegungen), führten die Auswirkungen der ökonomischen Krise und des institutionellen Neoliberalismus der Europäischen Union zur Vertiefung des Grabens zwischen den Wählern und der radikalen Linken, der wenige Jahre zuvor noch ein wachsender Erfolg vorherbestimmt schien.

Auf den ersten Blick erscheint es sehr seltsam, dass das Auftreten der tiefen ökonomischen Krise und damit (auch) der Ineffizienz des Neoliberalismus statt den Teil der Linken zu stärken, der schon immer gegen den Neoliberalismus gekämpft hat, ihn so weit geschwächt hat, dass er fast verschwindet. Aber schließlich hat die radikale Linke, auch wenn sie die Ungerechtigkeiten und Unzulänglichkeiten des vorherrschenden ökonomischen Systems anprangerte, weder das Ausmaß noch die Schwere noch die Formen der Krise und der Gegenmaßnahmen der herrschenden Klassen vorhergesehen. Sie hat die Schärfe der Krise nicht vorhergesehen und damit auch nicht, wie schnell sich die politischen Beziehungen vor allem in den schwächsten Ländern des westlichen Kapitalismus (unter ihnen auch Italien) verändern. Sie hat auch nicht die «Rückkehr» des Staates vorhergesehen als zentralen Ort der kapitalistischen Krisenbewältigung, als ein Mittel, das es den herrschenden Klassen erlaubt, die Krise dazu zu nutzen, ihre Herrschaft über die Arbeit zu vertiefen. Kurz gesagt hat die Krise den unzureichenden Realismus eines Transformationsmodells aufgezeigt, das auf dem fortschreitenden

Wachstum der sozialen Selbstorganisation und auf der fortschreitenden Entleerung des Staates und des Kapitals beruhte. Der Ideologie Antonio Negris zum Trotz (die die beste Zusammenfassung der Ansichten der italienischen radikalen Linken ist) gehen weder der Staat noch das Kapital in der Gesellschaft auf. Diese konzentrieren sich vielmehr in den Regierungen, in den angeblich «technischen» übernationalen Institutionen und den großen Finanz-Holdings. Es ist nicht möglich, die Macht aufzulösen und zu demokratisieren, ohne vorher diese großen Konzentrationen zu erobern. Statt eines Stellungskrieges, der eine allmähliche Veränderung der sozialen Beziehungen zum Ziel hat, präsentiert sich heute die Transformation, wenigstens in den Ländern Südeuropas, als ein Bewegungskrieg, bei dem es um die Staatsmacht und den Besitz des Kapitals geht. Aber die radikale Linke war nicht in der Lage, diese Transformation zu deuten. Ihre Vorschläge präsentieren sich wie ein Mix aus keynesianischer Politik und individuellen und sozialen Rechten, ein Mix, der den privaten Charakter des Kapitalbesitzes nicht infrage stellt. Das vorgeschlagene Demokratiemodell befasst sich fast nie mit der inneren Transformation des Staates, sondern mit der Gesellschaftsform. Sie setzt die Eroberung des Staates nicht voraus, sondern die Dialektik zwischen diesem kapitalistischen Staat und der Zivilgesellschaft. Die radikale Linke hat sich also sehr wenig radikale Ziele gesetzt, ungeeignet für die Bedürfnisse dieses historischen Momentes.

Zu dieser Unzulänglichkeit der Ziele kommen noch zwei weitere Nachteile hinzu. Der erste, weniger offensichtliche, aber sehr wichtige

steht im Zusammenhang mit der Identifikation der sozialen Subjekte der Transformation. Der zweite steht im Zusammenhang mit dem Ort der Transformation, also der Einschätzung der Europäischen Union. Die italienische radikale Linke wendet sich an die bewussten Arbeiter und/oder an die aktiven Bürger. Einem in den 1970er Jahren entwickelten Modell der «Neuen Linken» folgend, nimmt sie an, dass die Transformation mit sozialen Konflikten beginnt, um sich dann (eventuell) in einen politischen Konflikt umzuwandeln. Sie verlangt von den Einzelpersonen, sich zuallererst als Arbeiter zu mobilisieren, um so die Kräfteverhältnisse innerhalb der Gesellschaft zu verschieben, und anschließend die politischen Verhältnisse zu modifizieren. Zu diesem Modell gesellt sich das Modell der partizipatorischen Demokratie, das von den Individuen verlangt, sich in «single-issue»-Vereinigungen zu sammeln, wie bewusste, informierte, technisch kompetente Bürgern zu handeln, die in der Lage sind, in jedem Bereich der sozialen Organisation wirkungsvoll einzugreifen, um diese durch Diskussionen, durch Vorschläge alternativer (technischer) Lösungen, durch die Entwicklung gerechterer sozialer Verhältnisse und durch Druck auf die öffentlichen Autoritäten zu verändern.

Das erste Modell ist ungeeignet für die gegenwärtige Realität. Aufgrund der Zersplitterung der Arbeiter, der Kooptation ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, dem Fehlen einer der Einheit dienenden Ideologie und der Schwäche der Arbeiter selbst auf dem Arbeitsmarkt nehmen die Individuen (realistisch betrachtet) den Bereich der Arbeit als einen Bereich der Unterordnung wahr, den sie

Statt eines Stellungskrieges, der eine allmähliche Veränderung der sozialen Beziehungen zum Ziel hat, präsentiert sich heute die Transformation, wenigstens in den Ländern Südeuropas, als ein Bewegungskrieg, bei dem es um die Staatsmacht und den Besitz des Kapitals geht.

heute nicht verändern können. Sie ahnen, dass die Transformation zuallererst auf der politischen Ebene erfolgen muss, und dass sie selbst in diesem Prozess, wenigstens anfangs, nicht als Arbeiter, sondern als Bürger miteinbezogen werden – als Bürger, die hauptsächlich durch öffentliche Proteste und die Stimmabgabe agieren. Die radikalen Appelle zur Mobilisierung der Arbeiter verhallen deshalb ungehört. Nur die bereits organisierten (und in der Regel relativ privilegierten) Arbeiter mobilisieren sich. Und das machen sie mittels der Gewerkschaften und mit begrenzten Zielsetzungen.

Das zweite Modell, das der partizipatorischen Demokratie, ist sicherlich realistischer als das erste, weil es eine Form beschreibt, die tatsächlich existiert und die neu und manchmal effizient für die Bürgermobilisierung ist. Es handelt sich jedoch um eine elitäre Form. Nicht jede und jeder verfügt schließlich über die Zeit und nötige Bildung zum «Partizipieren». Der Großteil der Bevölkerung betätigt sich politisch, wie erwähnt, mittels Protest und Stimmabgabe. Wenn der Protest aber wirkungslos wird und die Stimmabgabe unnütz (wenn etwa die Institutionen sich lächerlich machen und die Parteien sich immer mehr gleichen), dann kann die partizipatorische Demokratie nicht das Vakuum ausfüllen, das durch das Ende der repräsentativen Demokratie entstanden ist. In der Tat erhöht die partizipatorische Demokratie zwar die Zahl der Bürger, die die öffentlichen Entscheidungen beeinflussen können, das heißt, sie erweitert damit die Größe der Elite. Aber gleichzeitig wird der Graben zwischen dieser erweiterten Elite und dem Rest der Bevölkerung (der nicht zu einer intensiven Teilnahme befähigt ist oder dies nicht will) tiefer und unüberwindlicher als jener zwischen den Wählern und den Parteien. Dadurch dass man sich an die bewussten und

organisierten Arbeiternehmer wendet (bzw. an die aktiven Bürger), wendet sich die radikale Linke faktisch nur an die höher qualifizierten und privilegierten Arbeiter (die außerdem im Allgemeinen sich von der PD und «leistungsorientierten» Reden angezogen fühlen) und vergrößert dadurch ihre eigene Distanz zu den weniger qualifizierten (und die Mehrheit stellenden) Arbeitern selbst. So bereitet sie dem Populismus einen idealen Nährboden.

Wenn der Protest aber wirkungslos wird und die Stimmabgabe unnütz (wenn Institutionen sich lächerlich machen und Parteien sich immer mehr gleichen), dann kann die partizipatorische Demokratie nicht das Vakuum ausfüllen, das durch das Ende der repräsentativen Demokratie entstanden ist.

Wenn wir jetzt den Blick auf die Frage der Europäischen Union lenken, so scheint es, als ob die radikale Linke sich absichtlich so verhält, als wolle sie die populistische Rebellion verstärken. In einem Land wie Italien, das Tag für Tag den asymmetrischen Charakter der Europäischen Union am eigenen Leib spürt und das erfährt, dass der Euro dem nordeuropäischen Kapital offensichtlich einen strukturellen Vorteil verschafft, und in dem wir deshalb eine wachsende Stimmung gegen den Euro und tendenziell auch gegen die Europäische Union erleben, präsentiert sich die radikale Linke als ein «Wächter» der Mitgliedschaft Italiens in der Union. Sie besteht auf «mehr Europa» und kritisiert fast ausschließlich die von Brüssel angeordnete Austeritätspolitik, statt die radikalere kritische Position zu akzeptieren oder sich wenigstens mit dieser auseinanderzusetzen. Egal was man von dieser Position hält – und ich werde am Schluss sagen, was ich darüber denke –, so ist doch klar, dass das Beharren auf der Notwendigkeit der Europäischen Union

die radikale Linke von den am meisten verarmten Bevölkerungsgruppen (befristet Beschäftigte, von der Krise ruinierte Kleinunternehmer) entfernt, die auch am europafeindlichsten sind. Andererseits schafft es die Polemik gegen die Austeritätspolitik nicht, die Stimmen der privilegierten (und daher europafreundlichen) Teile der Bevölkerung zu gewinnen, weil diese Polemik ebenso von der PD geteilt wird, die bei den letzten Europawahlen triumphierte, gerade weil sie es vermocht hat, Europafreundlichkeit und Kritik an der Austeritätspolitik zu verbinden. «Mehr Europa und weniger Austerität» ist der gemeinsame Slogan von PD und radikaler Linker. Wie kann man auf dieser Grundlage glauben, dass Letztere sich von Ersterer unterscheiden kann? Die radikale Linke kann der PD nicht wirksam entgegentreten, weil sie keine wirkliche Eigenständigkeit gegenüber der PD besitzt, weil sie faktisch dessen außenpolitische Leitsätze teilt und dasselbe Aktionsfeld der PD und des europäischen «Sozialismus» akzeptiert.

Alles bisher Gesagte erlaubt es – wenigstens teilweise –, die Schwäche der radikalen Linken gegenüber dem Populismus des M5S zu erklären und ihre Unfähigkeit, von den offensichtlichen Widersprüchen und Schwierigkeiten dieser Bewegung zu profitieren. Aber um die Gründe für den Erfolg des M5S besser zu verstehen, ist es auch notwendig, über einige spezifische Aspekte und Ursachen seines Populismus nachzudenken, die dazu führen, dass er auch und gerade von vielen Linken gewählt wird.

«Mehr Europa und weniger Austerität» ist gemeinsamer Slogan von PD und radikaler Linker. Wie kann man auf dieser Grundlage glauben, dass Letztere sich von Ersterer unterscheiden kann?

Der M5S weist sicherlich alle typischen Merkmale des Populismus auf:

1. die Vorstellung eines «guten» Volkes, schikaniert von einer «bösen» Macht und geschwächt von Subjekten, denen die besten Werte des Volkes fremd sind (Einwanderer, Trittbrettfahrer der Wohlfahrtseinrichtungen, unproduktive Arbeiternehmer etc.);
2. die Ablehnung der Rolle von Mittelsmännern (Politiker, Gewerkschafter, Intellektuelle, Bürokraten und Spezialisten) und die Überzeugung, dass die Demokratie eigentlich «simpel» sei und sich alles lösen ließe durch eine direkte Demokratie, die dann oft eine plebiszitäre Form annimmt;
3. die Identifikation mit einem «Chef», der gerade für seine autoritären Neigungen geschätzt wird.

Diese populistischen Elemente finden wir beim M5S jedoch in einer ganz besonderen Ausprägung: 1. Trotz der Tendenz, die rassistischen Stimmungen des italienischen Volkes zu umschmeicheln, zeigen die Online-Konsultationen der Aktivisten der Bewegung oft antirassistische Ergebnisse; und trotz der dauernden Polemik des «Chefs» gegen die Rentner, Pensionäre und öffentlichen Angestellten bewegt sich das konkrete Verhalten der Parlamentsfraktionen der Bewegung oft in die Gegenrichtung. 2. Das Unbehagen über die politischen, klientelistischen und gewerkschaftlichen Vermittlungstätigkeiten erstreckt sich nicht – wie das beim Rechtspopulismus der Fall ist – auf den institutionellen und juristischen Bereich; tatsächlich verteidigt der M5S außer dem Verhältniswahlrecht auch die Gewaltentrennung und die Unabhängigkeit der Justiz. 3. Die Treue zum «Chef» ist nicht mit blindem Gehorsam gleichzusetzen; auch wenn die strategischen Grundsatzentscheidungen faktisch unanfechtbar sind, so sind doch alle anderen Fragen Gegenstand ständiger Online-Befragungen, und die Ergebnisse widersprechen oft den Vorgaben Beppe Grillos.

Zu dieser relativen Elastizität der Bewegung – sie erklärt ihre Fähigkeit, auch viele linke Wähler anzuziehen – gesellt sich eine Rhetorik, die in der Lage ist, vage und unbestimmte Vorschläge so zu formulieren, dass sie

viele Menschen mit eigentlich völlig entgegengesetzten Auffassungen und Sorgen überzeugen. Das wichtigste Beispiel bezieht sich gerade auf die Europafrage: Der M5S schafft es, entschieden europafeindlich aufzutreten, ohne jedoch jemals explizit den Austritt aus der Euro-Zone oder der EU zu fordern, da er diese Frage dem «Volkswillen» überlässt, also einem zukünftigen Referendum, dessen institutionelle Durchführbarkeit doch wenigstens fraglich erscheint.

Aber der wesentliche Grund für den Erfolg des M5S ist wahrscheinlich ein anderer. Und zwar ist dies nicht oder nicht nur die wütende Polemik gegen die «Kaste» der Politiker, die er mit anderen politischen Kräften teilt, sondern seine Fähigkeit, die Wähler davon zu überzeugen, dass diese Polemik zu konkreten Ergebnissen führen kann. Der M5S besteht darauf, dass es in Kürze und dauerhaft möglich sei, die jetzige herrschende Klasse zu entthronen und durch eine neue Führungsschicht zu ersetzen, die sich nicht aus Berufspolitikern zusammensetzen und die der ständigen Kontrolle des «Netzes» ausgesetzt sei. Auch wenn diese These auf grobe und vereinfachende Weise formuliert ist, auch wenn die zu stürzende «Klasse» nur mit den «Politikern» gleichgesetzt wird, auch wenn die vorgeschlagenen Lösungen oft naiv sind, so erfasst doch die Auffassung, dass die Machteroberung durch die Bürger notwendig und möglich ist, wesentlich besser als die Ansichten der radikalen Linken, was das Hauptproblem der aktuellen politischen Phase ist. So sagt der M5S, dass heute die Selbstorganisation nicht genügt, dass der Konflikt nicht genügt, dass die Zivilgesellschaft nicht genügt, dass der

Die Eroberung des Staates in diesem historischen Moment kann nicht der Schlussakt einer Mobilisierung sein, die von den Betrieben ausgeht, sondern das Werk der «Bürger».

«Druck» auf die öffentlichen Autoritäten nicht genügt, sondern dass man direkt auf die Eroberung und Transformation der Staatsmacht zielen muss, die immer noch das entscheidende, wenn auch nicht ausschließliche Zentrum der sozialen Macht ist. Und der M5S begreift, dass die Eroberung des Staates in diesem historischen Moment nicht der Schlussakt einer Mobilisierung sein kann, die von den Betrieben ausgeht, sondern das Werk der «Bürger» sein muss. Somit hat der M5S die Radikalität der Situation wesentlich besser erkannt als die «radikale» Linke. Alle ihre mehr als gerechtfertigten Kritiken am Populismus des M5S, an dessen Unverständnis des Wesens des Kapitalismus und am Autoritarismus ihres Anführers haben es bis heute nicht geschafft, an dieser elementaren Wahrheit zu kratzen.

Was tun also?

Die Schlacht ist noch nicht verloren. Die Krise vor allem in Südeuropa schreitet fort und verschlimmert sich. Der große Erfolg der PD wird bald zurechtgestutzt werden. Die Schwierigkeiten des M5S, die vor allem von seiner Klassenbasis herrühren, von der in ihr vorherrschenden Ideologie des «Kleinunternehmers», von der Unfähigkeit, ein umfassendes Bündnis aller Beschäftigten vorzuschlagen und zu schmieden, und von der Wankelmütigkeit in der Europafrage könnten einer grundlegend erneuerten radikalen Linken viele Räume eröffnen.

Aber woran es fehlt, ist eben genau diese grundlegende Erneuerung. Weil es sich um eine schwierige Erneuerung handelt. Weil man Ansichten aufgeben muss, die nicht erst im 21. Jahrhundert geboren wurden, sondern de-

ren Wurzeln in die großen Kämpfe der 1970er Jahre zurückreichen. Es ist notwendig, eine Alternative zum Kapitalismus zu definieren, die nicht nur aus Keynesianismus und Bürgerrechten bestehen kann, sondern die wieder dem Sozialismus ähnelt. Es ist also nötig, das Konzept der partizipatorischen Demokratie, der Selbstorganisation, des Gemeinwohls nicht als einen Ersatz, sondern als eine Ergänzung, Bereicherung und Aktualisierung der sozialistischen Prospektive zu begreifen. Für eine inzwischen veraltete Führungsgruppe, die gezwungen ist, an das tägliche politische Überleben zu denken, und deshalb unfähig ist, sich weitgesteckte Ziel zu setzen, sind dies alles kulturell keineswegs leichte Unterfangen.

Aber die größte Schwierigkeit der italienischen radikalen Linken ist eine andere. Auch wenn die Meinung, die ich jetzt nun vertreten werde, zurzeit in der europäischen und vor allem in der italienischen Linken nur von einer Minderheit geteilt wird, so glaube ich doch, dass die grundsätzlichen Probleme der italienischen Arbeiter ohne die Rückkehr zum großen öffentlichen Eigentum nicht gelöst werden können und dass diese Rückkehr im neoliberalistischen Europa, in der Euro-Zone und demnächst in der TTIP-Zone nicht möglich ist. Und deshalb müssen die italienischen Arbeiter als allererstes die Frage der internationalen Positionierung des Landes stellen, das mit dem westlichen Kapitalismus brechen und sich Nordafrika, dem Mittleren Osten und den BRICS-Staaten öffnen sollte. Die italienischen Arbeiter müssen also die Frage der nationalen Souveränität (nicht im Sinne einer aggressiven Autarkie, sondern im Sinne eines Ausgangspunktes, um neue und gleichberechtigtere Beziehungen zwischen

den Völkern aufzubauen) aus einem Klassenstandpunkt heraus angehen, eben um ihre Klassenbedürfnisse besser zur Geltung zu bringen. Nur so können sie einen defensiven, demokratischen und verfassungsmäßigen Nationalismus ausarbeiten, um auf dieser Grundlage mit der Europäischen Union und der Nato zu brechen und neue soziale Bündnisse innerhalb des Landes und neue internationale Bündnisse in Europa und der Welt aufzubauen.

Aber für die italienische Linke (bzw. für alle politischen Richtungen des Landes) ist es extrem schwierig, sich einem nationalen und sogar nationalistischen Diskurs zu stellen. Auch wenn alle bedeutenden Erfahrungen der Arbeiterbewegung (angefangen bei der Pariser Kommune über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion und der italienischen Resistenza bis zum lateinamerikanischen Sozialismus) mit nationaltypischen Forderungen verknüpft waren, schafft es die italienische Linke nicht, einen solchen Ausblick zu akzeptieren. Dies geschieht sicherlich aufgrund der Erinnerung an die Vergangenheit, sprich der Tragödie des faschistischen Nationalismus. Aber es geschieht vor allem aus verständlicher Angst vor der Zukunft. Doch wenn die Gegenwart unerträglich werden wird, wird auch die Angst vor der Zukunft aufhören und Italien wird sich mit sich selbst auseinandersetzen müssen. Wenn die Linke dann in der Lage sein sollte, einen demokratischen Nationalismus anzubieten, kann sie wieder eine wichtige Rolle im Land spielen. Anderenfalls wird tatsächlich der populistische Nationalismus triumphieren, und er wird ein viel hässlicheres Gesicht haben als der aktuelle.

Aus dem Italienischen von Bodo Acker

Auch wenn die Meinung, die ich jetzt nun vertreten werde, zurzeit in Linken nur von einer Minderheit geteilt wird, so glaube ich doch, dass die grundsätzlichen Probleme ohne die Rückkehr zum großen öffentlichen Eigentum nicht gelöst werden können.

Sebastian Chwala

DER FRONT NATIONAL IN FRANKREICH - AUF DEM WEG ZUR «NEUEN ARBEITERPARTEI»?

Der 25. Mai in Frankreich - ein «Aufstand der Armen»?

Als am Abend des 25. Mai feststand, dass der Front National (FN) mit deutlichem Vorsprung die Europawahl gewinnen würde, ließen die Reaktionen der nationalen (und internationalen) Presse nicht lange auf sich warten. So sprach man von einem «Triumph der Marine Le Pen» und einer «Schockwahl», die den FN zur «ersten Partei Frankreichs» gemacht habe. Auch die Diskussion über die Ursachen folgte bald. So unternahm der Wirtschaftswissenschaftler Nicolas Bouzou mit einem Leitartikel in «Le Monde»-online vom 27. Mai unter dem Titel «Die Revanche der Deklassierten» einen Versuch, die Beweggründe der Wähler des FN zu erklären. So seien es die Verlierer der «wirtschaftlichen Transformationsprozesse» der letzten 30 Jahre, die in den Sog der nationalistischen «Populisten» geraten wären (Bouzou 2014). Bouzou gab mit dieser Analyse tatsächlich eine Zusammenfassung der im Moment vom wissenschaftlichen Mainstream verfolgten Deutungslinie, nach der der politische Aufstieg des FN unmittelbar mit dem Anstieg von Arbeitslosigkeit, Armut und Ausweglosigkeit einhergehen würde. Manche Beobachter glauben im Front National sogar eine neue sozialdemokratische Partei erblicken zu können, die mit ihrem Diskurs die soziale Frage anspreche, während sich die Rechte und die Linke um die beste marktliberale Ausrichtung der französischen Ökonomie streiten würden (z. B. Crépon 2010: 6).

Tatsächlich lassen die Zahlen, die die Demoskopie im Nachgang der französischen Europawahlen präsentierte, auf den ersten Blick einen besonders hohen Zulauf für den FN aus

der «classe populaire» («Volksklasse») und vonseiten der Jungen und Prekären erkennen: So lässt sich feststellen, dass 43 Prozent der Stimmen für den FN von «Arbeitern» kamen, 38 Prozent von Angestellten, 37 Prozent von Arbeitslosen und 30 Prozent von den geringverdienenden. Darüber hinaus scheint die FN-Wählerschaft relativ jung zu sein. So erhielt der FN bei den 30- bis 35-Jährigen etwa 30 Prozent der Stimmen. Zentrale Gründe für die Wahlentscheidung waren die «Zuwanderungspolitik», gefolgt von «Kaufkraft» und «Arbeitslosigkeit». Ein Großteil der FN-Wähler macht für diese Entwicklung die EU verantwortlich. So sehen 58 Prozent die EU-Mitgliedschaft als problematisch an und fast alle Wähler (93 Prozent) wollen eine «Stärkung der Handlungsfähigkeit Frankreichs» innerhalb der EU (Ipsos 2014: 4 ff.).

Allerdings zeigt sich auf den zweiten Blick, dass nicht die Rede davon sein kann, dass der FN massiv an Stimmen dazugewonnen hätte. Der Erfolg hängt vor allen Dingen mit der großen Mobilisierungsfähigkeit der «Stammwähler» des FN zusammen, denn über 90 Prozent der Wähler, die 2012 Marine Le Pen ihre Stimme gegeben hatten, wählten den FN auch bei der Europawahl 2014 wieder. Da die Wahlbeteiligung insgesamt bei nur 42,3 Prozent lag, entsprechen die 24,9 Prozent des FN allerdings «nur» 10,3 Prozent aller Wahlberechtigten, was einem relativ konstanten Wert seit den 1980er Jahren entspricht.

Ohnehin zeigt sich, dass gerade die Milieus überdurchschnittlich stark zur Wahl gingen, die ohnehin der Rechten zuneigen: Gutverdienende und Rentner (ebd.: 8f.). Die Angehörigen der «Volksklasse» dagegen, die «lohn-

abhängigen Beschäftigten», beteiligten sich trotz der ihnen unterstellten besonderen Affinität zum FN nur unterdurchschnittlich (36 Prozent). Das Gleiche gilt für die Jungwähler, die sich nur zu 27 Prozent der Wahlberechtigten dieser Altersklasse an der Wahl beteiligten (ebd.: 8). Der hohe prozentuale Anteil des FN hängt also mit der insgesamt niedrigen Wahlbeteiligung bei beiden Gruppen und der unterschiedlichen Mobilisierungsfähigkeit der Rechten und der Linken in diesem Segment zusammen.

Der FN und die Arbeiter – «Ausgrenzungserfahrungen» als Grund für den «Rechtsruck»?

Dass innerhalb der wissenschaftlichen Debatte der Fokus dennoch auf dem Verhältnis «Volksklasse» und FN liegt, ist darauf zurückzuführen, dass innerhalb der französischen Sozialwissenschaft eine «Radikalisierung aus der Mitte der Gesellschaft» nicht ernsthaft diskutiert wird. Verantwortlich dafür sind die Diskussionen sowohl in der Geschichtswissenschaft als auch der Sozialwissenschaft. Während Erstere Frankreich als ein Land mit einer «breiten (liberalen) politischen Mitte» darstellt, das nur in ökonomischen Krisenzeiten von den sich radikalisierenden «sozialen Absteigern» «von außen» bedroht worden wäre (was eine Deckungsgleichheit zwischen Linksaußen und Rechtsaußen impliziert), betonte die Sozialwissenschaft in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr, dass der klassische Klassenantagonismus verschwunden und an seine Stelle eine «Mittelschichtgesellschaft» getreten sei, die kein Oben und Unten, sondern nur noch Innen und Außen kenne (vgl. Bidou-Zachariasen 2003: 35 ff.). Mit der «neoliberalen Transformation» seien insbesondere die Angehörigen der «Arbeiterklasse» ausgeschlossen worden und suchten in ihrer Hilflosigkeit ein Ventil, um dieser Ausgrenzungserfahrung entgegenzuwirken (Castel

2003: 13). Denn «als Angehörige der ‹Volksklassen› fühlen sie sich (die Arbeiter) nicht der Rechten zugehörig. Sie teilen viel mehr zahlreiche Werte und Einstellungen mit den Wählern der Linken, aber sie scheinen sich auf eine Stimme für den FN festgelegt zu haben aufgrund ihrer Ablehnung der politischen Klasse, der Fremdenfeindlichkeit, der sozialen Enttäuschung und der Feindseligkeit gegenüber dem Aufbau Europas» (Perrineau 1997: 218). Die Folge ist laut Perrineau der «Gaucho-Lepenisme» (Linkslepenismus). Ehemalige Linkswähler hätten sich nach rechts «radikalisiert». Dieser «Rechtsruck» habe dafür gesorgt, dass Themen wie Fremdenfeindlichkeit und Angst vor dem Verlust der eigenen Identität auf einmal im Zentrum der politischen Debatte gestanden hätten (Holeindre 2014).

Fairerweise muss man Sozialwissenschaftlern wie Perrineau zugestehen, dass seit den 1990er Jahren tatsächlich ein deutlicher Anstieg der Stimmenanteile des FN vor allen Dingen in den alten Hochburgen der Sozialistischen Partei zu beobachten war. Eine Entwicklung, die mit dem Wahlsieg des FN bei den Kommunalwahlen im Frühjahr 2014 in der alten Bergbaugemeinde Hénin-Beaumont im Pas-de-Calais, die jüngst vor allem durch ihre hohe Zahl an Erwerbslosen und ihre korrupte Stadtverwaltung für Schlagzahlen sorgte, ihren Höhepunkt erreichte (Crépon 2014). Die wenigen neuen Arbeitsplätze, die entstanden sind, finden sich vor allem Dingen in der Logistikbranche und einigen neuen Einkaufszentren. Dort aber, wo in den Kohleminen noch starke Gewerkschaften «kollektive Solidarität» unter den Arbeitern herstellten, ist die Arbeitswelt dieser «neuen Arbeiterklasse» von Vereinzelung und Prekarität geprägt (ebd.).

Darf man den Zahlen, die von Statistikern und Soziologen regelmäßig wiederholt werden, glauben, arbeiten aktuell rund 40 Prozent der französischen Arbeiterklasse unter ähnlichen Bedingungen (Mayer 2012: 155). Die «Fragilität» der eigenen Lebenskonzepte geht so-

mit einher mit der Angst vor «Globalisierung» und «Migration». Das niedrige Lebensalter der Betroffenen, das kein persönliches Erleben des Vichy-Regimes oder der faschistischen Bewegungen der Zwischenkriegszeit beinhaltet, lässt die «geistige Schutzbarriere» gegenüber der extremen Rechten sinken und eine Stimme für den FN möglich erscheinen (Holeindre 2014).

Die Fokussierung auf die Wählergruppen aus der «Volksklasse» hat jedoch zur Generalisierung der These geführt, dass die «soziale Deklassierung» der zentrale Grund für die Wahlentscheidung zugunsten des Front National sei. Wirklich empirische Studien über die «FN-Wahl» sind allerdings rar geblieben (vgl. Cartier u. a. 2008: 253). Gleichzeitig wird in den vorherrschenden Analysen gerne vergessen, dass rechts wählende Arbeiter kein neues Phänomen in der jüngeren französischen Geschichte sind. So gingen am Beginn der V. Republik 42 Prozent der Arbeiterstimmen an De Gaulle (Mayer 2012: 155). Auch die Entwicklung in den Folgejahren zeigte, dass ein gutes Drittel der Arbeiterklasse bei Wahlen rechten Kandidaten und Parteien zuneigte (Huelin 2013: 17 f.). Vieles deutete darauf hin, dass auch der FN seine Wähler aus diesem «rechten Arbeitermilieu» und nicht aus der Linken rekrutiert hat. So schätzten sich bei Befragungen im Jahr 2011 61 Prozent der FN wählenden Arbeiter als in der «Mitte stehend» oder «eher rechts» ein, während die Arbeiter, die nicht für Marine Le Pen stimmen wollten, sich zu 58 Prozent als «eher links» einordneten (Mayer 2012: 155). De Gaulejac rechnet diese Arbeiter zu den «Aufstiegsorientierten», die Techniker, Meister oder leitende Angestellte werden und somit in die «Mittelschicht» aufsteigen möchten (De Gaulejac 2013: 9).

Tatsächlich lässt sich nach Meinung der beiden Soziologen Michelat und Simon ein «Arbeiterautoritarismus» nachweisen, der sich

Vieles deutete darauf hin, dass auch der Front Nationale seine Wähler aus diesem «rechten Arbeitermilieu» und nicht aus der Linken rekrutiert hat.

durch Intoleranz gegenüber Minderheiten und verkrampfte Nähe zur nationalen Identität auszeichnet. Dieser korreliert, so die Autoren, aber mit einem positiven (und nicht ablehnenden) Bezug zum (ökonomischen) Liberalismusbegriff, was die Entscheidung für die Wahl des FN wesentlich erleichtert (Michelat/Simon 2012: 2). Studien aus einer Zeit, als die politische Linke noch die Arbeiterbewegung zu dominieren schien, bestätigen die Existenz dieses Milieus. So gaben im Jahre 1978 ungefähr 32 Prozent der befragten Arbeiter an, den Traum zu hegen, ein eigenes kleines Unternehmen zu eröffnen und die «Arbeiterexistenz» hinter sich zu lassen (Goodliffe 2012: 87).

Gaxies FN-Wähler - «Mittelschicht» statt «Deklassierung»

Die besondere Affinität dieses Milieus für den FN konnte der Politikwissenschaftler Daniel Gaxie in der Mitte der 2000er Jahre in einer Studie, in deren Rahmen über ein Jahrzehnt Interviews mit Sympathisanten des FN geführt wurden, empirisch nachweisen.

So einte die meisten Befragten ihre Zustimmung zu einer «neoliberalen» Sozial- und Wirtschaftspolitik. Die meisten äußerten sich negativ über Reglementierungen zuungunsten der Unternehmen, über hohe Steuern und über die «sozialstaatliche» Umverteilung. Positiv besetzt war das Leitbild des individuellen Erfolges (Gaxie 2006: 236).

Grund dafür war, dass ein Großteil der Befragten direkt oder indirekt in Beziehung zum Kleinunternehmertum stand. Selbst die befragten «Arbeiter» waren entweder selbst zu kleinen Eigentümern aufgestiegen, waren An-

gestellte des familieneigenen Unternehmens oder hatten verwandtschaftliche Beziehungen zu Kleineigentümern. Zusätzlich waren fast alle Befragten, die sich positiv zum FN äußerten, Immobilienbesitzer (ebd.: 237). «Die mehr oder weniger ausgeprägte Integration in die Welt der Eigentümer, der unabhängigen Berufe und der Geschäftswelt so wie die objektive und oft subjektive Distanz zu den entgegengesetzten Welten der Arbeitnehmerschaft, der Subalternität, der Armut, der Immigration, der Sozialpolitik, der Lohnkämpfe der Gewerkschaften und der Linken werden nicht zuletzt deshalb aufgewertet, weil sie als Ergebnis persönlicher «Leistung» oder «Verdienste» wahrgenommen werden» (ebd.). Zugleich zeigte sich, dass kaum jemand der Befragten von andauerndem sozialen Abstieg bedroht war, eher im Gegenteil. Viele befanden sich in einer Phase des sozialen Aufstieges, und das oftmals, nachdem sie im bisherigen Leben von ökonomischen Schwierigkeiten nicht verschont geblieben waren (ebd.: 237 f.).

Gemeinsam war aber auch vielen FN-Wählern eine familiäre Sozialisation, die sich auszeichnete durch regelmäßigen Kirchenbesuch, den Besuch von Konfessionsschulen oder Kontakt zu Angehörigen bei Polizei oder Militär (ebd.: 239).

Die «suburbanen» Räume - regionale Hochburgen des FN

Wie oben erwähnt ist der Anteil der Immobilienbesitzer unter den FN-Wählern stark ausgeprägt. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass die Einfamilienhaussiedlungen an den Rändern der städtischen Agglomerationen – den in Frankreich in Abgrenzung zum *banlieue* sogenannten «suburbanen» oder «periurbanen» Räumen – die höchsten Stimmenanteile für den FN aufweisen. Diese Einfamilienhaus-

siedlungen gelten als die «Welt der Mittelschichten» und der «sozialen Aufsteiger». Sie sind die Welt derer, die weggezogen sind aus den vom sozialen Wohnungsbau geprägten Stadtvierteln und die auf scharfe Abgrenzung zu den «sozialen Brennpunkten» aus sind (Bosc 2008: 103).

Sie orientieren sich hin zu den Angehörigen der freien Berufe, den «Leitungskadern» der Privatindustrie und Selbstständigen, die in der eigenen Nachbarschaft wohnen, denen man sich sozial zugehörig fühlt, deren Lebensstandard man sich aber eigentlich nicht leisten kann.

Die aufstiegsorientierten Arbeiter aus der «unteren Mittelschicht» richten ihren Blick gesellschaftlich «nach oben». Sie orientieren sich hin zu den Angehörigen der freien Berufe, den «Leitungskadern» der Privatindustrie und den Selbstständigen, die in der eigenen Nachbarschaft wohnen, denen man sich sozial zugehörig fühlt, deren Lebensstandard man sich aber eigentlich nicht leisten kann. Eine Sicht, die mit der Forderung nach einer weiteren «Deregulierung» des Arbeitsmarktes einhergeht, in der Hoffnung, höhere Haushaltseinkommen erzielen zu können. Demzufolge finden sich diese «kleinen Eigentümer» auch in den «wirtschaftsliberalen» Diskursen der Rechten wieder, die die «Leistungswilligen» gegen die «Empfänger von Sozialleistungen» auszuspielen suchen. Damit einher geht die Ablehnung von Solidarität für «sozial schwächere» Gruppen (Cartier u. a. 2008: 273).

Die hohen Eintrittskosten in die «Mittelklasse» führen bei vielen jungen «kleinen Mittleren» zwischen 30 und 40 somit zu Frustration und dem Gefühl, in einem «Schraubstock» zu stecken. Die wahrgenommene Distanz «nach oben» geht einher mit einer weiteren Abgren-

zung «nach unten». Ergebnis ist eine Krise des «positiven Individualismus» der Mittelschichten, deren ganze Selbstwahrnehmung darauf beruht, durch persönlichen Erfolg zur «Selbstverwirklichung» und damit «zu sich selbst» zu gelangen (Pinçon/Pinçon-Charlot 2007: 103). Die Ablehnung, mit «Fremden» (besonders migrantischen Neuankömmlingen) zusammenzuleben, und die damit verbundene Angst, dass das eigene Quartier zum «Ghetto» und dem Ort der eigenen Deklassierung wird, sind die gängigsten Ausdrucksformen dieses widersprüchlichen Denkens, das sowohl Überlegenheitsgefühle als auch Abstiegängste miteinander vereint. Damit geht einher, dass vorhandene rechte Einstellungen noch weiter nach rechts verschoben werden (Cartier 2008 u. a.: 274).

Dass in erster Linie diese (mobilisierbaren) «Milieus» für die Rechtsentwicklung der letzten Jahre verantwortlich sind, zeigt sich auch, wenn man die alljährlichen Umfragen des «Nationalen Zentrums für Menschenrechte» betrachtet. Die Werte für Rassismus, Antisemitismus und Homophobie steigen allgemein an, der Anstieg geht aber vor allen Dingen auf «Antwortende» zurück, die sich auf der Rechtslinks-Skala als in der «Mitte» oder aber «rechts» stehend verorten (Mayer 2013). Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der Tatsache wider, dass eine konstante Mehrheit der Sympathisanten der («bürgerlich-republikanischen») UMP eine «engere Zusammenarbeit» mit dem Front National wünscht (vgl. France Info 2014).

Das Programm des FN – «nationalliberal» statt «sozial»

Genau diese Einstellungsmuster bedient der FN in seiner Programmatik. So zeichnet sich die Partei durch einen «Hass auf alles Soziale» aus, denn die einzige sozialpolitische Maßnahme, die der FN kennt, besteht in der *préférence nationale*, derzufolge soziale Leistungen nur noch Franzosen zukommen sollen.

Ansonsten durchzieht eine wirtschaftsliberale gewerkschaftsfeindliche Rhetorik die Programmatik des FN (Hayot 2014: 50).

So wendet sich der FN offen gegen Streiks, denn sie «bedrohen die Unternehmen und die Beschäftigung» und würden «Frankreich ins Chaos stürzen» (Chapelle 2012: 2). Deshalb soll das Streikrecht eingeschränkt werden, indem die Legitimität jeder einzelnen Arbeitsniederlegung erst durch ein Richterkollegium bestätigt werden muss (VISA 2011: 19). Weiterhin will der FN «die Unternehmen vom staatlichen Dirigismus» befreien, indem das Arbeitsrecht «vereinfacht» wird. Die «Ausgestaltung» der sozialen Mindestrechte der Beschäftigten soll auf der Branchenebene «verhandelt» werden. Dort sollen «friedliche, unternehmerfreundliche, berufsständische Organisationen die Interessenvertretungen der Beschäftigten übernehmen. Denn die Gewerkschaften seien «veraltet und nicht repräsentativ» (ebd.: 15 f.). Natürlich plädiert der FN auch für eine «kapitalgedeckte Rente», die vollständige Abschaffung des sozialen Wohnungsbaus (an dessen Stelle sollen individuelle Hilfen zum Erwerb von Eigentum ausgebaut werden) und eine Verschärfung der Repression gegen Erwerbslose (Front National 2011). Auch dem öffentlichen Dienst soll es an den Kragen gehen. Ziel ist die «Qualitätssteigerung des öffentlichen Dienstes» durch «Flexibilisierung und Nicht-Wiederbesetzung von Stellen» zwecks «Verbesserung der öffentlichen Haushalte», damit dem «Kleinunternehmertum», das vor dem Wirken der Globalisierung geschützt werden müsse, die Steuern gesenkt werden können (VISA 2011: 14 f.).

Die Vorstellungen des FN bleiben also vollständig darauf beschränkt, dass das Unternehmertum und die Inwertsetzung des individuellen Engagements die Basis der Ökonomie sein sollen. Auch spricht man sich nicht gegen die Deregulierung der Arbeitsmärkte und die Senkung der angeblich zu hohen «Arbeitskosten» aus (Hayot 2014: 58).

Es zeigt sich also alles in allem, dass der FN dem Großteil der Maßnahmen des herrschenden Neoliberalismus nicht ablehnend gegenübersteht. Die Partei verlangt sogar nach einer Verschärfung dieser Maßnahmen, da ihre Antworten auf alle zentralen Fragen «mehr Markt» lauten – allerdings, um die «kleinen Eigentümer» zu schützen, nur im «nationalen Rahmen» und nur im Rahmen eines starken Staates, der dem «Unsicherheitsgefühl» der «kleinen Eigentümer» in der Krisensituation durch Repression gegen «Schwächere», also Migranten und Erwerbslose, Entlastung schafft. Kurz gesagt: Der FN steht für einen «nationalen Kapitalismus von gestern», getragen von der Konkurrenz zwischen «patriotischen Nationen». Die Partei vertritt damit zwar keinen Ultraliberalismus. Trotzdem handelt es sich um ein «autoritär-liberales» Regime, welches dem FN vorschwebt (ebd.: 59).

Dieser Kapitalismus ist äußerst attraktiv für viele Beschäftigte, die an ihrem Arbeitsplatz in «korporatistischen Strukturen» eingebunden sind. Dies sind allerdings nicht die Gewerkschaften und ihre «sozialkonservativen» Vorstellungen von sozialstaatlichen Schutzmechanismen, wie es ein sozialdemokratischer Thinktank mit Namen «Terra Nova» 2011 glauben machen wollte. Es sind vielmehr Beschäftigte, die in französischen Kleinunternehmen arbeiten. Sowohl Unternehmer als auch Arbeiter sind regional verankert, versuchen sich auf den nationalen und internationalen Märkten zu behaupten. Da die Hierarchien hier vermeintlich sehr flach sind und Aufstiegsmöglichkeiten schnell erreichbar zu sein scheinen,

findet eine starke Identifizierung mit dem Unternehmen statt, und es ergeht die Aufforderung an die Politik, Mechanismen zu entwickeln, die die französische Wettbewerbsfähigkeit steigern und die persönliche ökonomische Situation (bis hin zur Hoffnung auf Selbstständigkeit) verbessern sollen (Girard 2013: 207 ff.). Es handelt sich hier nicht um eine Entfremdung zwischen Arbeiter und Unternehmer, sondern um eine aktive Zustimmung zu dessen Forderungen und Wünschen an die Politik. Der Schutz des «französischen Kapitalismus», getragen durch eine leistungswillige französische Mittelklasse, ist die Kernidee der Programmatik des Front National und findet deshalb unter relevanten Arbeitergruppen Zuspruch.

Die «Rechte» vor der Rückkehr an die Macht

Nachdem die Sozialisten bei der Europawahl und bei der Kommunalwahl schon zwei katastrophale Niederlagen in Folge einstecken mussten, deutet alles darauf hin, dass 2017 die Rechte wieder in den Élysée-Palast einziehen wird. Angesichts der Korruptionsskandale, von denen die UMP (Union pour un mouvement populaire) aktuell wieder durchgeschüttelt wird, scheint es sogar möglich, dass der FN die UMP als führende Rechtspartei ablösen wird und sich Marine Le Pen Chancen auf die Präsidentschaft ausrechnen kann. Tatsächlich steht aber weder hinter der UMP noch hinter dem FN eine gesellschaftliche Mehrheit. Vielmehr ist es so, dass die Sozialisten mit ihrer französischen Variante der

deutschen Agenda-Politik ihre eigenen Wähler, die 2012 noch im Glauben auf Hollandes Worte, dass das «Finanzkapital sein wirklicher Gegner» sei, der Sozialistischen Partei (PS) ihre Stimme gegeben hatten (vgl. Biver 2012a u. 2012b), in die «Wahlenthaltung» getrieben haben.

Trotzdem handelt es sich um ein «autoritär-liberales» Regime, welches dem FN vorschwebt. Dieser Kapitalismus ist äußerst attraktiv für viele Beschäftigte, die an ihrem Arbeitsplatz in «korporatistischen Strukturen» eingebunden sind.

Die Anhänger des FN und große Teile der UMP-Wählerschaft bleiben dagegen mobilisiert. Zwar bringen die Unterstützer des FN zum Teil auch ihr Unbehagen über das Ende der Periode des «regulierten Kapitalismus» zum Ausdruck. Doch die sozialen Aufsteiger verlangen nicht nach mehr gesellschaftlicher Solidarität. Sie setzten dem modernen Finanzmarktkapitalismus die klassischen frühkapitalistischen Werte des Kleinbürgertums entgegen. Hier dominieren der Glaube an traditionelle Werte (Familie, Kirche) und an harte Arbeit (vgl. Goodliffe 2012: 93 ff.). Deshalb gelang es auch der gesamten Rechten derart erfolgreich um die Jahreswende 2012/13, gegen die Legalisierung der Ehe von gleichgeschlechtlichen Partnern zu mobilisieren. Ergebnis ist die irrationale Glorifizierung der Rückkehr des vergangenen Besseren und damit eines rechten Nationalismus.

Dies ist auch ein Ergebnis des Erscheinens Nicolas Sarkozys auf der politischen Bühne, dem es in den 2000er Jahren erfolgreich gelang, den rechten Teil des Volkes zu mobilisieren. Sarkozy verband eine neoliberale Wirtschaftspolitik mit dem Schüren von Ressentiments gegen das migrantische «Lumpenpack» und gegen die liberalen akademischen (post-68er) Großstadtmilieus (Fassin 2014: 46).

Die Krise der Linken ist nicht nur das Produkt der «Fordismuskrisis»

Von all diesen Entwicklungen kann die «radikale Linke» kaum profitieren. Ihr fehlt nicht nur ein kohärentes Gegenprojekt, sondern sie verfügt auch nicht mehr über die wichtigen Säulen für die Stabilisierung und Tradierung des linken Bewusstseins, wie sie in früheren Jahren mit der Existenz relativ einheitlicher und solidarischer Kollektive «auf unterer Ebene» (Betrieb, Wohnviertel) und der Existenz starker Organisationen (Gewerkschaften, Parteien) gegeben waren, die im politischen und sozialen Raum die «Arbeiterideen» geltend

machen konnten und von denen sich die Arbeiter vertreten fühlten (Michelat/Simon 2004: 154). Verantwortlich dafür ist, laut Beaud und Pialoux, die «Deindustrialisierung» der französischen Volkswirtschaft, die mit der Schließung aller Kohleminen, fast aller Stahlwerke sowie etlicher großer Automobilfabriken einherging. Dies war verbunden mit dem Verlust der «kollektiven Identität» und damit auch des Klassenbewusstseins als Folge der Schwächung der Gewerkschaften und linken Parteien (Beaud/Pialoux 2012: 404).

Folge ist ein «negativer Individualismus», der sich unter den Angehörigen der «Klasse» ausgebreitet hat. Anstatt von den Arbeiterorganisationen mobilisiert zu werden, vereinzeln und vereinsamen insbesondere die nachrückenden Generationen, unter denen sich ein Gefühl der Perspektivlosigkeit breitgemacht hat (vgl. Pinçon/Pinçon-Charlot 2007: 104 ff.).

Die Bindung der unteren Klassen an die Parteien der Linken hat in den letzten Jahren tatsächlich deutlich nachgelassen. So wählten noch 1978 etwa 75 bis 80 Prozent der Arbeiter links. Bei der Präsidentschaftswahl 1974 erreichte François Mitterand, der als Kandidat von Kommunistischer Partei (PCF) und Sozialistischer Partei angetreten war, unter Arbeitern einen Stimmenanteil, der mit 68 Prozent knapp 20 Prozentpunkte über seinem Gesamtergebnis lag (49 Prozent). Doch mit dem Wahlsieg Mitterands 1981, bei dem er unter Arbeitern immer noch um mehr als 15 Prozent besser abschnitt als in der Gesamtbevölkerung, begann die «neoliberale Wende» der Sozialdemokratie und sank die Zustimmung der «Unterklasse» zur parteiförmigen Linken. Im Jahr 2012 stimmten schließlich nur noch 56 Prozent der Arbeiter für François Hollande (Gesamtergebnis: 51,4 %, vgl. Lehingue 2015: 31).

Dies allein auf ökonomische Faktoren zurückzuführen ist jedoch nur ein Teil der Wahrheit. Sicherlich haben die ökonomischen Veränderungsprozesse mit dazu beigetragen, dass gerade die «zentrale Partei» der Arbeiterbe-

wegung, die die PCF bis in die frühen 1980er Jahre war, an Einfluss in der Unterklasse verloren hat, doch sind auch strategische Fehlentscheidungen der Partei und eine andere soziale Zusammensetzung des Parteiapparats dafür mitverantwortlich.

Die PCF hatte bis in die 1960er Jahre streng darauf geachtet, vor allem langgedienten Arbeitern die Möglichkeit zu geben, in den Parteiinstanzen aufzusteigen. Die Unterzeichnung des «Gemeinsamen Programms» mit der Sozialdemokratie Anfang der 1970er Jahre – unter dem Schlagwort «fortgeschrittene Demokratie» – führte dann nicht nur dazu, auf eine allzu anti-kapitalistische Agitation in der Öffentlichkeit zu verzichten, sondern auch zu einer wachsenden Zahl von Mitgliedern, die eher aus der Mittelschicht als aus der Arbeiterklasse stammten. Gleichzeitig

wurden gezielt junge Aktivisten aus den Betrieben geholt, denen die «Schulung im Betrieb», wie es bei ihren Eltern und Großeltern geschehen war, so vorenthalten blieb. All diese Entwicklungen bereiteten den ersten Bruch mit der eigenen Basis vor, da die jungen «Hauptamtlichen» die Welt der Fabrik bald nur noch aus den Medien kannten (Mischi 2007: 19).

Ein zweiter Bruch ergab sich daraus, dass die Mittelschichtsprägung zahlreicher Aktivisten bald zu einer Veränderung der kommunalpolitischen Orientierung der Partei führte. So setzten sich die jungen Bürgermeister oftmals für die Stärkung der damals wieder populär werdenden Forderung nach Eigentumsförderung für sich und die Facharbeitermilieus ein. Dadurch begann man die dünnen Fäden zur neuen Unterschicht, die vor allem aus den Angehörigen der nicht europäischen Arbeitsmigranten bestand, abreißen zu lassen und ei-

nen Keil zwischen die verschiedenen Gruppen der *classes populaires* zu treiben. Die migrantischen Milieus blieben der PCF fremd, was bis heute so geblieben ist – zumal diese Politik unter dem Schlagwort der *mixité sociale* («sozialen Durchmischung»), die bürgerliche Milieus in die Banlieues locken soll, von kommunistisch geführten Gemeinden fortgesetzt wird (Girard 2014). Gerade diese nicht prekären Fraktionen entwickeln, selbst wenn sie einen eigenen Migrationshintergrund haben, dieselben Ein-

stellungsmuster wie die von Cartier u. a. (2008) beschriebenen Hausbesitzer der Vorstädte (vgl. Gilbert 2013). Statt den Versuch zu unternehmen, die verschiedenen sozialen Gruppen zusammenzuführen, werden die Spaltungstendenzen durch diese Politik noch verschärft.

Ein drittes Problem entwickelte sich nach dem Scheitern des «Gemein-

samen Programms» mit der Sozialistischen Partei Ende der 1970er Jahre. So misslang der Versuch der PCF, sich wieder als Sprachrohr der Massen zu etablieren, an der von den Hauptamtlichen vorgegebenen Strategie, sich als Partei der «verelendeten Massen» zu präsentieren, während die Aktiven an der Basis sich viel eher als Angehörige der heroischen Arbeiterklasse der «Front populaire» und des Fordismus sahen. Gleichzeitig verschreckte dieser neue «Proletkult» die gerade erst dazugekommenen Mitglieder aus den akademischen Milieus. Ein erster kräftiger Mitgliederverlust war die Folge. Und all das nur, weil die Leitungsebenen mit Aktiven besetzt waren, die den Kontakt zur sozialen Realität in der Partei verloren hatten (Mischi 2007: 20).

Ein viertes Problem der PCF war und ist die eindeutige Fokussierung der Partei auf Wahlen, die seit den 1980er Jahren vorangetrieben

Der PCF fehlt nicht nur ein kohärentes Gegenprojekt, sondern sie verfügt auch nicht mehr über die wichtigen Säulen für die Stabilisierung und Tradierung des linken Bewusstseins, wie sie in früheren Jahren gegeben war.

wurde. In Ermangelung kritischer Gegenkräfte – die Partei war schon zu sehr durch Mitgliederschwund geschwächt – übernahmen nun die Mandatsträger (also Bürgermeister und Abgeordnete) die Partei und versuchten in den 1990er Jahren eine «Entideologisierung» durchzusetzen, um neue Wählerschichten und eine dauerhafte Zusammenarbeit mit den Parteien der linken Mitte zu ermöglichen und dadurch die eigenen Bürgermeisterämter und Abgeordnetenmandate zu retten (Misch 2014: 270ff.).

So wird die Kommunistische Partei heute von Mitgliedern und Funktionären geprägt, die zwar selbst noch eine kommunistische Sozialisation im Elternhaus erfahren haben, der Großteil hat allerdings selbst keinen Bezug zur Arbeiterklasse mehr. Waren im Jahr 1983 noch die Hälfte der kommunistischen Bürgermeister Arbeiter, so sind es heute nicht mal mehr ein Sechstel (Lehingue 2015: 26).

Die französische Sozialdemokratie war niemals eine wirkliche Massenpartei und spätestens ab 1968 auch keine Arbeiterpartei mehr. In ihren Reihen dominierten sich «linksradikal» gebende akademische Milieus (Rey 2004: 52 ff.). Hatte gerade die Unterklasse aufgrund der unklaren Politik der PCF Anfang der 1980er Jahren noch darauf hoffen können, dass die Sozialistische Partei nach dem Wahlsieg Mitterands 1981 tatsächlich eine grundsätzlich andere, sozialere Politik machen würde als die Rechte, die seit den 1950er Jahren durchgehend regiert hatte, sah sie sich bereits kurze Zeit später enttäuscht. Denn schon 1982 erfolgte die Wende zum Neoliberalismus und das Bekenntnis, dass gegen die Märkte keine Politik zu machen sei (Heine 2011: 164). Bald wandten sich die Sozialisten auch diskursiv zunehmend vom Bezug auf die «Arbeiter- und Unterklassen» ab. Ihren Höhepunkt erreichte diese Entwicklung 2011 mit dem Papier von «Terra Nova», einem rechtsliberalem Thinktank im Umfeld der Partei, in dem die Arbeiterklasse als per se reaktionär und struk-

turkonservativ bezeichnet wurde. Der Sozialdemokratie wurde stattdessen ein Bündnis aus städtischen Mittelklassen und Migranten empfohlen. Inhaltliche Kernpunkte sollten jetzt «kulturelle» Fragen – Abtreibungsrecht, Legalisierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften, Legalisierung von Drogenkonsum – sein (Rey 2012: 17 f.) Gleichzeitig wollte man gegen das Sozial- und Arbeitsrecht zu Felde ziehen, denn die «Insider» mit ihren Privilegien (Arbeiterklasse) hinderten – so die Logik von «Terra Nova» – die «Outsider» (Migranten, Frauen) am «individuellen sozialen Aufstieg» (Le Pollotec 2011: 15).

Zwar wurden diese Thesen öffentlich zurückgewiesen, doch François Hollande setzte, nachdem er im Januar 2012 in seiner berühmt gewordenen Wahlkampfreden von Le Bourget, in der er das «Finanzkapital» noch zum Hauptfeind Nummer eins erklärt hatte, bald wieder voll auf eine finanzialisierte Ökonomie. Als Symbol dafür kann die Ernennung des früheren Investmentbankers Emmanuel Macron zum Wirtschaftsminister im Sommer 2014 gesehen werden.

Neoliberalismus und Rassismus - die neue rechte Rhetorik von Hollande, Valls und Co.

Die sozialdemokratische Regierung schreckt nicht davor zurück, ihre neoliberale Wirtschaftspolitik durch einen rechten Kurs in Fragen der «Inneren Sicherheit» und der «Migrationspolitik» zu ergänzen. Nicht umsonst ist der ehemalige Innenminister Manuel Valls 2014 zum Premierminister aufgestiegen. Im alten Amt hatte er sich besonders viel «Ruhm» dadurch erworben, dass er noch massiver gegen Zuwanderung und die «allgegenwärtigen, nicht integrierbaren» Muslime hetzte als sein «bürgerlicher» Vorgänger Brice Hortefeux (Fassin 2014: 32).

Damit rückten Hollande und Valls die «identitären Fragen» weiter in den Mittelpunkt und

stärkten auf paradoxe Weise die Hegemonie der Rechtsparteien in der politischen Landschaft, von denen man sich mehr und mehr die Themen diktieren ließ. Da das «politische Angebot» linke Themen nicht mehr umfasst und die Anhängerschaft des linken Lagers insgesamt in die Wahlenthaltung getrieben wurde, kann die radikale Linke kaum vom weiteren Rechtsruck der Sozialdemokratie profitieren (ebd.: 36).

Natürlich ist die geschilderte Entwicklung aus dem Umfeld der Linksparteien kritisiert worden. Gerade die widerstandslose Unterordnung unter das «ultraliberale Diktat aus Brüssel» hat die Diskussion über die richtigen Alternativen in der Linken wiederbelebt. Doch in Ermangelung guter Alternativen und aufgrund des defensiven Charakters des Widerstands fällt der Linken oftmals auch nur wieder der ideentheoretische Rückzug auf die «Nation» ein (Bernier 2014). Zwar stellt die Linke ihren Nationenbegriff gern in die Tradition des republikanischen Historikers Jules Michelet, dessen «offener Nationalismus» die französische Nation als eine Vereinigung seiner Regionen gegen die Bedrohung der «Volksouveränität» verstand und die unterschiedlichen «historischen» und «kulturellen» Wurzeln der Regionen gegen ein «assimilierendes Zwangskollektiv» verteidigte (Noiriel 2015: 20f.).

Allerdings gibt es auch einen «geschlossenen Nationalismus», den man «Krisennationalismus» nennen kann. Dieser führt ideengeschichtlich über Ernest Renan zu Maurice Barrès. Renan lehnte die ethnische Zugehörigkeit als Basis der nationalen Einheit ab und sah in der Geschichte den zentralen einigenden Faktor der Nation. In der Folge wurde die Konstruktion einer Nationalgeschichte zur wichtigsten Aufgabe der Bildungspolitik der Republik (Noiriel 2015: 28 u. 45). Barrès begründete dagegen einen Nationalismus, der die Unveränderbarkeit und Uniformität, aber auch die Unabhängigkeit Frankreichs sowohl

in ethnischer, kultureller als auch in ökonomischer Sicht postulierte. Seiner Auffassung nach sollte Frankreich von Landwirtschaft und Handwerk geprägt und von ethnisch «reinen» Franzosen getragen sein. Ein strenger Protektionismus sollte herrschen und eine starke Armee den Staat schützen (ebd.: 74 ff.). Dieses Denken entwickelte sich vor dem Hintergrund der Umbrüche im späten 19. Jahrhundert, das sowohl von wirtschaftlicher Krise als auch vom Transformationsprozess vom Agrar- zum Industriekapitalismus gekennzeichnet war, einem Prozess, der aber aufgrund des starken Widerstandes des Kleinbürgertums nie wirklich abgeschlossen wurde. Zu berücksichtigen ist auch die Niederlage im Deutsch-französischen Krieg von 1870/71, die nicht zuletzt auf die unvollendete «kulturelle Integration» zurückgeführt wurde. So nutzte zu diesem Zeitpunkt nicht einmal die Hälfte der Franzosen Französisch als wirkliche Muttersprache, und es hieß, sie hätten die Befehle ihrer Offiziere nicht verstanden. Und schließlich diente der deutliche Rekurs auf die eigene starke Identität dazu, das Deutsche Kaiserreich als neuen Sündenbock aufzubauen.

Es verwundert überhaupt nicht, dass Maurice Barrès aktuell die intellektuelle Leitfigur des FN ist. Doch die «identitäre Obsession» (Boltanski/Esquerre 2014: 36) hat auch die Linke erfasst. So gibt es im Umfeld der Sozialistischen Partei eine Gruppe von Politikern und Intellektuellen, die die gleichen Feindbilder wie der FN bedient: den «Globalismus», die «liberalen Intellektuellen» und die Migranten, wobei die beiden Letztgenannten sich sogar gegen die «schweigende Mehrheit» verbündet hätten, die unter den schwierigen ökonomischen Verhältnissen zu leiden habe. Diese Gruppe diagnostiziert auch eine «kulturelle Unsicherheit», die durch die ökonomische und, noch viel schlimmer, die gesellschaftliche «Liberalisierung» und den «Multikulturalismus» Frankreichs und seine Einbindung in die europäischen und globa-

len Strukturen entstanden sei. Ludovic Guilluy geht sogar so weit, das «Dorf» als einzige authentische französische Lebensform zu bezeichnen, da nur hier der Bezug zu den eigenen Wurzeln wiederhergestellt werden könne. Deshalb ist der entscheidende Konflikt für Guilluy nicht der zwischen Kapital und Arbeit, sondern der zwischen der «Stadt» und einer von «weißen Franzosen» dominierten «Peripherie», in der die Mehrzahl der Menschen von der Öffentlichkeit unbeachtet dem ökonomischen Abstieg entgegen taumeln würden (Guilluy 2014). Die ökonomisch stabilen Mittelschichten, die ihre kleinen sozialen Aufstiege durch Abgrenzung nach unten absichern wollten und eine «Präferenz zur Ungleichheit» (Dubet 2014: 37) pflegen, werden zu sozialen Absteigern umgewertet. Das ist kein neues Phänomen, sondern schließt an Motive von Barrès an, der seinerzeit auch schon gegen «Liberalismus» und «Entwurzlung» der Mittelschichten zu Felde gezogen war und ihre Deklassierung vorausgesagt hatte. Laurent Bouvet geht zwar nicht ganz so weit wie Guilluy, sieht das Problem aber auch vor allem darin begründet, dass der «Kommunitarismus» um sich greife und die migrantischen Milieus der Vorstädte sich nicht genügend den «republikanischen Werten» unterwerfen, sprich sich nicht assimilieren wollten. Der eigentliche Konflikt sei der zwischen einer «weißen Mehrheit» und einer «migrantischen Minderheit» (Bouvet 2015). Selbst Kritiker dieser identitären Orientierung unterstellen, dass der einzige wirkliche Konflikt, der die Unterklassen durchziehe, durch einen autoritären Habitus und «ethnische» Konflikte geprägt sei (Amselle 2014: 115).

Die «linke Linke» - Nationalismus, Individuum oder Bewegung?

Auch die Konzepte der «linken Linken» überzeugen nicht. So sehnen sich gerade die «Parti de gauche» und ihr Vorsitzender Jean-Luc Mélenchon zurück nach den Zeiten der Französischen Revolution und werden nicht müde, die Rückkehr Frankreichs zur «Großmacht» zu fordern. Dabei unternimmt Mélenchon den Versuch, «Deutschland» wieder in die Rolle des Sündenbocks zu drängen, der Frankreichs wahrer Berufung im Wege stehe (Mélenchon 2015). Ohne die ökonomisch absolut kontraproduktive und gefährliche Rolle der deutschen Politik in Europa infrage stellen zu wollen, geht auch dieser Ansatz in die Irre. Die Identifizierung Deutschlands als «kollektiver» Akteur – ohne die gesellschaftlichen Konflikte im Inneren auch nur zu thematisieren –, der vor allem als Konkurrent auftritt, kann man nicht gerade als eine «linke» Position bezeichnen. Wo bleibt der Anspruch, die Gemeinsamkeiten der verarmten Menschen Europas aufzuzeigen, um eine solidarische Lösungsstrategie auf Basis einer verstärkten Zusammenarbeit der europäischen Linken für den deregulierten, transnationalen Kapitalismus zu finden? Stattdessen lässt man sich hier auf eine darwinistisch eingefärbte Logik ein, wie sie sich auch bei der extremen Rechten findet. Der (parteiliche) französische Linksnationalismus lässt aber eine andere Logik nicht zu, denn, so heißt es, «die Idee eines europäischen Volks, von der einige ganz eingenommen sind, ist nur eine Fiktion und Illusion. Völker werden durch eine gemeinsame Vergangenheit, Kultur, Geschichte, Sprache,

Wo bleibt der Anspruch, die Gemeinsamkeiten der verarmten Menschen Europas aufzuzeigen, um eine solidarische Lösungsstrategie auf Basis einer verstärkten Zusammenarbeit der europäischen Linken für den transnationalen Kapitalismus zu finden?

Schicksal sowie Werte und einem «gemeinsamen Willen» geformt» (Dion 2015: 87). Auch für die Linksrepublikaner steht Frankreich damit in der von Renan konstruierten Tradition, die auf Abgrenzung und Bewahrung ausgerichtet ist. Offensichtlich entgeht einem Teil der Linken, dass die französischen Eliten längst international vernetzt sind, sowohl, was den ökonomischen Austausch, als auch, was die sozialen Beziehungen betrifft (Pinçon/Pinçon-Charlot 2007: 72 ff.). Das heutige Selbstverständnis der französischen republikanischen «Nation» ist ein Sammelsurium aus «linken» und «rechten» Versatzstücken und wurde vom herrschenden Machtblock im frühen 20. Jahrhundert erstmals formuliert. Es basiert einerseits auf Zugeständnissen an das Kleinbürgertum – und übernimmt dessen Selbstverständnis, eine durch die bäuerlichen Milieus geprägte Ökonomie zu sein – und andererseits auf Zugeständnissen an die Arbeiterklasse und ihrer schrittweisen Integration in den Staat in der Folge der «Volksfrontregierung» nach 1936. Auch die PCF bekannte sich zur «Nation» und begründete ihr Handeln mit Verweis auf die jakobinische Phase der Revolution und in Berufung auf Robespierre (Martelli 2010: 50 ff.).

All diese «national überformten» Konzepte produzieren gefährliche und falsche Konfliktlinien. So lässt ein ethnisch definierter Begriff von Volk gemeinsame Kämpfe der Unterklassen nicht zu. Solange sich die Ablehnung auf Migrant*innen, Intellektuelle, andere Völker und einen vermeintlich zu massiven kulturellen Liberalismus richtet, werden die wahren Verantwortlichen für die Krise, die gesellschaftlichen und ökonomischen Eliten, nicht in den Fokus der Kritik gestellt. Außerdem entsprechen die Darstellungen nicht der sozialen Wirklichkeit im Lande. Alle gesellschaftlichen Gruppen sind von Verteilungskämpfen durchzogen und kennen «Sieger» und «Verlierer». So gibt es, wie erwähnt, auch migrantische Hausbesitzer, und die prekäre ökonomische Situation junger

französischer Akademiker unterscheidet sich nicht wesentlich von der der deutschen Altersgenossen. Die gesellschaftlichen Konflikte entwickeln sich also bei Weitem nicht – und nicht einmal vorrangig – nur entlang ethnischer Konfliktlinien! Außerdem zeichnet sich die als Bedrohung wahrgenommene ökonomische Liberalisierung eben nicht durch eine Stärkung der «kulturellen» Aspekte des Liberalismus aus. Im Gegenteil, der Anteil autoritärer und repressiver Elemente nimmt massiv zu, auch im kulturellen Bereich. So geht der Neoliberalismus einher mit der Stärkung eines religiös fundierten «Neokonservatismus» (Fassin 2014: 45).

Statt die Menschen als spirituell oder metaphysisch begründete «Kollektive» zu begreifen, scheint es mir sinnvoller, sie als aktiv handelnde Individuen zu verstehen, die nicht durch «deterministische Strukturen» einer vorgegebenen «Superstruktur» oder «Schicksalsgemeinschaft» zu Statisten degradiert werden, sondern ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen können. Damit Interessengruppen entstehen, die sich lautstark Gehör verschaffen und hegemonial werden können, müssen aber viel stärker als bisher konkrete Probleme thematisiert werden, die viele betreffen und deren Lösung oder Überwindung die Einzelnen schon aus «eigener Interessiertheit» anstreben (Heine 2011: 171).

Für Éric Fassin sind derartige punktuelle themenspezifische Mobilisierungen die Grundlage, um «Kollektive» zu schaffen, da nur in der Aktion das «Gemeinsame» gefunden werden könne. Die Mobilisierung im Internet wird künftig eine bedeutendere Rolle spielen; eine gute Vernetzung werde es möglich machen, auch als gesellschaftliche «Minderheit» gut sichtbar in die Öffentlichkeit zu wirken. Diese «handelnde Minderheit» solle aber unabhängig von Parteien und Regierungen agieren (Fassin 2014: 52 f.).

In den 1990er und frühen 2000er Jahren war die «Straße» ein Ort großer politischer Aktivi-

tät. Noch Mitte der 2000er Jahre meinte der Soziologe Michel Vakaloulis, die sozialen Bewegungen könnten sich in der politischen Landschaft Frankreichs als Alternative zu den Parteien dauerhaft etablieren (Vakaloulis 2006). Seither sind die sozialen Bewegungen jedoch angesichts der wachsenden sozialen und gesellschaftspolitischen Regression und der damit einhergehenden Niederlagen deutlich abgeflaut. Vor allem aber haben sie es nicht vermocht, sich als wirkliche Alternative zum «institutionellen Politikbetrieb» zu präsentieren. Im Gegenteil, viele führende Aktivist:innen sind am Ende selbst in die (Partei-)Politik gegangen, auch aus der Erkenntnis, dass die unverbindlichen Strukturen keine wirkliche Durchschlagskraft entwickelt haben. Dieser Schritt wurde von den Parteien begrüßt, dienten diese Akteure ihnen doch als «zivilgesellschaftliche» Feigenblätter. Dem Engagement in den Parteien folgte allerdings oftmals eine «Assimilierung» in den Parteistrukturen (Matthieu 2015).

Alles in allem betrachtet, befindet sich die Linke in Frankreich in einer äußerst randständigen Position. Gerade der schrittweise Verlust der «Klassenidentität» – auch ermöglicht durch falsche Politikentscheidungen der parteiförmigen Linken, die eher individualistischen Konzepten zum «sozialen Aufstieg» und zur «Demokratisierung des Eigentums» anstelle einer Politik der «Demokratisierung der Gesellschaft» das Wort geredet hat – hat zur Aufspaltung der unteren Klassen in viele Gruppen geführt, die zwar sozialökonomisch sehr nahe beieinander zu verorten sind, doch oftmals in harten Abgrenzungskonflikten zueinander stehen (Braconnier/Mayer 2015). Bisher ist es der (radikalen) Linken jedenfalls nicht gelungen, tragfähige Gegenkonzepte zur Hegemonie der «identitären» und «autoritären» Politikkonzepten der Rechtsparteien von UMP und FN, aber auch der Sozialdemokratie zu entwickeln.

Literatur

Amselle, Jean-Loup (2014): Les nouveaux rouges-bruns. Le racisme qui vient, Fécamp.

Beaud, Stéphane/Pialoux, Michel (2012): Retour sur la conditions ouvrière. Enquête aux usines Peugeot de Sochaux-Montbéliard, Paris.

Bernier, Aurélien (2014): La gauche radicale et ses tabous. Pourquoi le Front de gauche échoue face au Front national, Paris.

Bidou-Zachariasen, Catherine (2003): Der Erfolg der «Mitte» der Gesellschaft. Entstehungszusammenhänge und Feldeffekte, in: Bischoff, Joachim/Boccard, Paul/Castel, Robert/Dörre, Klaus (Hrsg.): Klassen und soziale Bewegungen. Strukturen im modernen Kapitalismus, Hamburg.

Biver, Nico (2012a): Präsidentschaftswahlen in Frankreich: Die Renaissance der radikalen Linken, in: Z 90, Juni 2012, S. 8–17.

Biver, Nico (2012b): Fallstricke der Autonomie. Die Linksfront in Frankreich nach den Wahlen, in: Z 91, September 2012, S. 146–155.

Boltanski, Luc/Esquerre, Arnaud (2014): Vers l'extrême. Extension des domaines de la droite, Bellevaux.

Bosc, Serge (2008): Sociologie des classes moyennes, Paris.

Bouzo, Nicolas (2014): La revanche des déclassés, unter: www.lemonde.fr/idees/article/2014/05/27/la-revanche-des-declasses_4426956_3232.html.

Bovin, Laurent (2015): L'insécurité culturelle, Paris.

Braconnier, Céline/Mayer, Nonna (2015): Les inaudibles. Sociologie politique des précaires, Paris.

Cartier, Marie/Coutant, Isabelle/Masclat, Olivier/Syblot, Jasmine (2008): La France des «petits-moyens». Enquête sur la banlieue pavillonnaire, Paris.

Castel, Robert (2003): Das Verschwimmen der sozialen Klassen, in: Bischoff, Joachim/Boccard, Paul/Castel, Robert/Dörre, Klaus

(Hrsg.): Klassen und soziale Bewegungen. Strukturen im modernen Kapitalismus, Hamburg.

Chapelle, Sophie (2012): Pourquoi Marine Le Pen et le FN se moquent des ouvriers, unter: www.bastamag.net/article2320.html.

Crépon, Sylvain (2010): Le Tournant anti-capitaliste du Front National. Retour sur un renouveau idéologique des années 1990. Fragements sur les temps présents, unter: <http://tempspresents.com/2010/04/25/sylvain-crepon-tournant-anti-capitaliste-du-front-national>.

Crépon, Sylvain (2014): Hénin-Beaumont, le laboratoire FN à l'épreuve des municipales; unter: www.huffingtonpost.fr/sylvain-crepon/henin-beaumont-front-national_b_4954601.html.

De Gaulejac, Vincent (2013): De l'éclatement des classes sociales à la lutte des places, in: *Revue de projet*, unter: <http://projet.pcf.fr/3847>.

Dion, Jack (2015): Comment l'oligarchie a pris la société en otage, Paris.

Dubet, François (2014): La préférence pour l'inégalité, Paris.

Fassin, Éric (2014): Gauche. L'avenir d'une désillusion, Paris.

France Info (2014): Les sympathisants UMP et FN favorables à des accords locaux, selon un sondage, unter www.francetvinfo.fr/elections/municipales/les-sympathisants-ump-et-fn-favorables-a-des-accords-locaux-selon-un-sondage_559891.html.

Front National (2011): Le Projet de Marine Le Pen, unter: www.frontnational.com/le-projet-de-marine-le-pen.

Gaxie, Daniel (2006): Des Penchants vers les ultras-droites, in: Collovald, Annie/Gaiti, Brigitte (Hrsg.): *La démocratie aux extrêmes. Sur la radicalisation politique*, Paris.

Girard, Violaine (2013): Sur la politisation des classes populaires périurbaines. Trajectoires de promotion, recompositions des ap-

partenances sociales et distance(s) vis-à-vis de la gauche, in: *Politix* 101.

Girard, Violaine (2014): Les programmes urbains d'une mairie communiste de la banlieue lyonnaise (années 1970–2000). Promouvoir l'accession ouvrière ou revaloriser la ville?, in: Bellanger, Emmanuel/Mischi, Julian (Hrsg.): *Les territoires du communisme*, Paris.

Gilbert, Pierre (2013): Devenir propriétaire en cité HLM. Petites promotions résidentielles et évolution des styles de vies dans un quartier populaire en rénovation, in: *Politix* 101.

Goodliffe, Gabriel (2012): The Resurgence of the Radical Right. From Boulangisme to the Front National, New York.

Gougou, Florent (2007): Les mutations du vote ouvrier sous la Ve république, unter: www.gabrielperi.fr/Les-mutations-du-vote-ouvrier-sous?lang=fr.

Gougou, Florent (2012): La droitisation du vote des ouvriers en France. Désalignement, réaligement et renouvellement des générations, in: De Waele, Jean-Michel/Viera, Mathieu (Hrsg.): *Une droitisation de la classe ouvrière en Europe?*, Paris.

Guilluy, Christophe (2014): La France périphérique. Comment on a sacrifié les classes populaires, Paris.

Hayot, Alain (2014): Face au FN. La Contre Offensive, Paris.

Heine, Sophie (2011): Quelle renouvellement possible de l'articulation entre matérialisme et idéalisme?, in: *Mouvements* 1/2011.

Holeindre, Jean-Vincent (2014): Front national: les raisons d'une ascension, unter: www.scienceshumaines.com/front-national-les-raisons-d-une-ascension_fr_31658.html.

Huelin, Jean-Phillipe (2013): Où en est le vote ouvrier? Fondation Jean-Jaurès, unter: www.jean-jaures.org/Publications/Les-no-tes/Ou-en-est-le-vote-ouvrier.

Ipsos (2014): Elections européennes 2014 comprendre le vote des Français, unter: www.ipsos.fr/ipsos-public-affairs/actualites/2014-05-25-europeennes-2014-comprendre-vote-francais.

Lehingue, Patrick (2015): Les classes populaires et la démocratie représentative en France. Exit, voice, ou loyalty?, in: *Savoir/Agir* 1/2015.

Le Pollotec, Yann (2011): Quelle place pour les ouvriers dans un projet de gauche?, in: *Revue de Projet*, unter <http://projet.pcf.fr/12509>.

Martelli, Roger (2010): L’empreinte communiste, Paris.

Matthieu, Lillian (2015): Je t’aime, moi non plus. Mouvements sociaux et partis, entre critique et instrumentalisation, in: *Savoir/Agir* 1/2015.

Mayer, Nonna (2012): L’électorat du Front National a-t-il changé?, in: Delwitt, Pascal (Hrsg.): *Le Front national. Mutation de l’extrême droite française*, Brüssel.

Mayer, Nonna (2013): France is not moving to the right, but the french right is undergoing a process of radicalisation, unter: <http://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2013/12/20/france-is-not-moving-to-the-right-but-the-french-right-is-undergoing-a-process-of-radicalisation>.

Mélenchon, Jean-Luc (2015): Le hareng de Bismarck (le poison allemand), Paris.

Michelat, Guy/Simon, Michel (2004): Les ouvriers et la politique. Permanences, ruptures, réalignements (1962–2002), Paris.

Michelat, Guy/Simon, Michel (2012): Le vote des ouvriers, de l’alignement à gauche à une «drotisation»? Informationsbroschüre

des CEVIPOF, Januar 2012 unter: www.cevipof.com/rtefiles/File/AtlasEI3/NoteMICHELAT.pdf.

Mischi, Julian (2007): Les PCF et les classes populaire, in: *Nouvelles Fondations* 2/2007.

Mischi, Julian (2014): Vers un parti d’élus. La réorganisation locale du PCF dans les années 1980 et 1990, in: Bellanger, Emmanuel/Mischi, Julian (Hrsg.): *Les territoires du communisme*, Paris.

Noiriel, Gérard (2015): Qu’est-ce qu’une nation?, Montrouge.

Perrineau, Pascal (1997): Le Symptôme Le Pen. Radiographie des électeurs du Front National, Paris.

Pinçon, Michel/Pinçon-Charlot, Monique (2007): Sociologie de la bourgeoisie, Paris.

Rey, Henri (2004): La gauche et les classes populaires. Histoire et actualité d’une mécontente, Paris.

Stéphane, Rozès (2006): La question syndicale à l’épreuve du nouveau cours du capitalisme in: *Mouvements* 1/2006.

Vakaloulis, Michel (2006): Les possibilités politiques de l’action collective, in: Lojkine, Jean/Cours-Salies, Pierre/Vakaloulis, Michel (Hrsg.): *Nouvelles luttes de classes*, Paris.

VISA – Vigilance et Initiatives Syndicales Antifascistes (2011): Le FN, le pire ennemi des salarié-e-s, unter: www.wobook.com/WBzt3VW5Gv1S/FN-pire-ennemi-des-salaries.html.

Dieser Beitrag erschien zuerst in *Z – Zeitschrift für marxistische Erneuerung* (Nr. 99, September 2014) und ist hier um die letzten drei Kapitel erweitert worden.

DIE NÜTZLICHEN IDIOTEN DES FRONT NATIONAL

INTERVIEW MIT JACQUES RANCIÈRE

Für den Philosophen Jacques Rancière haben bestimmte «republikanische» Intellektuelle seit einigen Jahren den Weg für den Front National geebnet. Er zeigt, dass die universalistischen Werte von einem fremdenfeindlichen Diskurs vereinnahmt wurden.

Vor einigen Monaten [im Januar 2015 nach dem Anschlag auf die Redaktion der Satirezeitschrift Charlie Hebdo] ging Frankreich auf die Straße im Namen der Meinungsfreiheit und des friedlichen Zusammenlebens. Die letzten Wahlen zu den Bezirksparlamenten waren geprägt von einem neuen Vormarsch des Front National. Wie erklären Sie sich das rasche Aufeinanderfolgen dieser zwei Entwicklungen, die doch offenbar widersprüchlich sind?

Ich bin mir nicht sicher, dass es da einen Widerspruch gab. Natürlich sind sich alle einig, wenn es darum geht, die Anschläge vom Januar zu verurteilen und die breite Reaktion darauf zu begrüßen. Der geforderte Konsens in Bezug auf die «Meinungsfreiheit» hat aber für Verwirrung gesorgt. Meinungsfreiheit ist ein Prinzip, das das Verhältnis von Individuum und Staat regelt. Es verbietet dem Staat, den Ausdruck abweichender Meinungen zu verhindern. Was am 7. Januar bei *Charlie Hebdo* verletzt wurde, war ein ganz anderes Prinzip – das Prinzip dass wir nicht jemanden erschießen dürfen, weil uns seine Meinung nicht passt, das Prinzip, mit dem geregelt wird, wie Individuen und Gruppen zusammenleben und lernen, einander zu respektieren. Man hat sich aber nicht für diese Dimension interessiert und sich stattdessen einseitig auf das Prinzip der Meinungsfreiheit

fixiert. Damit hat man ein weiteres Kapitel in der Kampagne aufgeschlagen, die seit Jahren die universellen Werte dazu benutzt, einen Teil der Bevölkerung abzuqualifizieren, indem man die «guten Franzosen», die Anhänger der Republik, des Laizismus und der Meinungsfreiheit, mit den MigrantInnen konfrontiert, die dann kommunitaristisch, islamistisch, intolerant oder rückschrittlich sind. Wir berufen uns oft auf den Universalismus als Prinzip des Zusammenlebens. Gerade der Universalismus wurde aber vereinnahmt und umfunktioniert. Er wurde zum Unterscheidungsmerkmal einer Gruppe gemacht, das dazu dient, eine bestimmte Gemeinschaft an den Pranger zu stellen, vor allem durch die frenetischen Kopftuchkampagnen. Von diesem Abgleiten konnte sich der 11. Januar [der «Marsch der Republik»] nicht distanzieren. Die Demonstrationen haben unterschiedslos all diejenigen, die die Prinzipien des Zusammenlebens verteidigten, mit denen zusammengebracht, die ihre fremdenfeindlichen Gefühle zum Ausdruck brachten.

Wollen Sie damit sagen, dass die VerfechterInnen des laizistisch-republikanischen Modells unfreiwillige Wegbereiter des Front National sind?

Man sagt, dass sich der Front National «enteufelt» habe. Was soll das heißen? Dass er die offen rassistischen Stimmen beiseite gedrängt hat? Ja. Vor allem aber, dass sich der Unterschied verflüchtigt hat zwischen den Ideen des FN und den Ideen, die als respektabel gelten, als ein Bestandteil des republikanischen Erbes. Seit 20 Jahren sind es bestimmte Intellektuelle der «republikanischen» Linken gewesen, von denen die Argumente kamen, derer sich Fremdenfeind-

lichkeit und Rassismus bedienten. Der Front National muss nicht mehr sagen, dass die MigrantInnen uns die Arbeitsplätze wegnehmen oder kleine Gauner sind. Er braucht nur zu erklären, dass sie keine Laizisten sind, dass sie nicht unsere Werte teilen, dass sie Kommunitaristen sind. Die großen universalistischen Werte – Laizismus, gleiche Rechte für alle, Gleichheit von Mann und Frau – wurden zum Instrument einer Unterscheidung zwischen «uns», die wir diese Werte vertreten, und «denen», die sie nicht vertreten. Der FN kann sich seine fremdenfeindlichen Argumente sparen. Sie werden ihm in den seriösesten Gewändern von den «Republikanern» geliefert.

Demzufolge wäre es der Sinn des Laizismus selbst, der pervertiert worden ist. Was bedeutet für Sie Laizismus?

Im 19. Jahrhundert war Laizismus für die französischen RepublikanerInnen das Instrument, um die Schule vom Einfluss der katholischen Kirche zu befreien, vor allem nach dem Falloux-Gesetz von 1850. Der Begriff bezeichnet also die besonderen Maßnahmen, mit denen dieser Einfluss beseitigt wurde. Seit den 1980er Jahren hat man daraus ein universalistisches Prinzip gemacht. Die Laizismus war ursprünglich dazu gedacht gewesen, das Verhältnis von katholischer Kirche und Staat zu regeln. Die große Manipulation bestand darin, daraus ein Gesetz zu machen, dem alle gehorchen müssen. Nicht mehr der Staat soll laizistisch sein, sondern die BürgerInnen. Und wie kann man erkennen, dass eine Person gegen das Prinzip des Laizismus verstößt? Durch das, was sie auf dem Kopf trägt ... Als Kinder sind wir am Kommunionstag in die Schule gegangen mit unseren Kommunionsschleifen, trafen dort unsere KlassenkameradInnen, die keine KatholikInnen waren, und gaben ihnen Andachtsbildchen. KeineR ist auf die Idee gekommen, dass dadurch der Laizismus bedroht wird. Der Laizis-

mus war damals eine Frage der Finanzierung: Die staatliche Schule trägt sich aus öffentlichen Mitteln, die katholische aus privaten. Dieser Laizismus, der sich auf das Verhältnis von öffentlichen und privaten Schulen bezieht, wurde begraben zugunsten eines Laizismus, der das individuelle Verhalten reglementiert und der dazu benutzt wird, einen Teil der Bevölkerung aufgrund seines Aussehens zu stigmatisieren. Manche wollten in ihrem Wahn sogar das Tragen eines Kopftuchs in Anwesenheit eines Kindes verbieten.

Woher kam dieser Stigmatisierungsdrang?

Das hat verschiedene Ursachen, die teilweise mit dem Nahostkonflikt und den dadurch geschürten Formen wechselseitiger Intoleranz zusammenhängen. Es gibt aber auch das «große linke Ressentiment», das aus den großen Hoffnungen der 1960er und 1970er Jahre und ihrer Zerstörung durch die sogenannte sozialistische Partei, als diese an die Macht kam, entstanden ist. Alle republikanischen, revolutionären oder fortschrittlichen Ideale wurden umfunktioniert. Sie wurden zum Gegenteil von dem, was sie ursprünglich sein sollten – nicht mehr zu Waffen im Kampf für die Gleichheit, sondern zu Waffen der Diskriminierung, des Misstrauens und der Verachtung gegenüber einem Volk, das als verblödet oder rückständig hingestellt wird. Da wir die zunehmenden Ungleichheiten nicht bekämpfen können, legitimieren wir sie, indem wir die Menschen verurteilen, die unter ihnen leiden. Denken wir nur daran, wie die marxistische Kritik umfunktioniert wurde zu einer Verurteilung des demokratischen Individuums und des allmächtigen Konsumenten – einer Verurteilung, die sich gerade gegen diejenigen richtet, die am wenigsten zu konsumieren haben. Die Umfunktionierung des republikanischen Universalismus zu einem reaktionären Denken, das die Ärmsten stigmatisiert, entspricht der gleichen Logik.

Ist es denn nicht legitim, das Tragen des Kopftuchs zu bekämpfen, das nicht gerade ein sichtbares Zeichen weiblicher Emanzipation ist?

Die Frage ist, ob es Aufgabe der staatlichen Schule ist, die Frauen zu emanzipieren. Müsste sie dann nicht auch die ArbeiterInnen emanzipieren und alle anderen beherrschten Gruppen der französischen Gesellschaft? Es gibt alle möglichen Formen der Unterwerfung – gesellschaftliche, sexuelle oder rassische. Das Prinzip einer reaktiven Ideologie ist es, sich gegen eine bestimmte Form der Unterwerfung zu wenden, um dadurch die anderen zu festigen. Dieselben, die den Feminismus als «kommunitär» verurteilt hatten, entdeckten plötzlich ihre feministische Ader, um die Kopftuchgesetze zu rechtfertigen. Die Stellung der Frau in der muslimischen Welt ist gewiss problematisch. Es ist aber zunächst Sache der Betroffenen, zu entscheiden, was für sie repressiv ist. Überhaupt ist es Sache derer, die unter der Repression leiden, gegen ihre Unterdrückung zu kämpfen. Wir können die Menschen nicht stellvertretend befreien.

Kommen wir zurück zum Front National. Sie haben oft die Vorstellung kritisiert, dass das «Volk» seiner Natur nach rassistisch ist. Die MigrantInnen sind für Sie weniger Opfer eines Rassismus «von unten» als vielmehr eines Rassismus «von oben» – durch polizeiliche Gesichtskontrollen (Racial Profiling), durch die Abschiebung in Stadtrandbezirke oder durch das Problem, eine Wohnung oder eine Arbeit zu finden, wenn man einen Namen ausländischer Herkunft trägt. Wenn aber 25 Prozent der WählerInnen für eine Partei stimmen, die den Bau von Moscheen stoppen will, ist das dann nicht ein Zeichen dafür, dass fremdenfeindliche Motive auch in der französischen Bevölkerung am Werk sind?

Zunächst einmal gehen diese fremdenfeindlichen Impulse weit über die Wählerschaft der extremen Rechten hinaus. Worin unterscheidet sich ein FN-Bürgermeister, der die «Rue du 19 Mars 1962»¹ umbenennt, von UMP-PolitikerInnen, die im Unterricht die positiven Aspekte der Kolonialisierung behandelt haben wollen, von Nicolas Sarkozy, der sich gegen schweinefleischlose Menüs in den Schulkantinen ausspricht, oder von «republikanischen» Intellektuellen, die kopftuchtragende Mädchen vom Studium ausschließen wollen? Außerdem ist es zu einfach, die Wahl des FN nur mit dem Ausdruck von rassistischem oder fremdenfeindlichem Gedankengut gleichzusetzen. Der FN ist nicht nur eine Stimme des Volkes, er ist vor allem ein struktureller Effekt des politischen Lebens, das in Frankreich nach der Konstitution der V. Republik entstand. Dadurch, dass dieses System im Namen der Bevölkerung eine kleine Minderheit regieren ließ, hat es automatisch einen Raum eröffnet für diejenige politische Gruppe, die erklären kann: «Wir bleiben bei diesem Spiel außen vor.» Der Front National hat diesen Platz nach dem Zerfall des Kommunismus und des Gauchismus besetzt. Die «dumpfen Gefühle» der Massen – wer kann die beziffern? Ich stelle nur fest, dass es in Frankreich kein Gegenstück zu Pegida, der fremdenfeindlichen Bewegung in Deutschland, gibt. Ich glaube auch nicht an den oft angestellten Vergleich mit den 1930er Jahren. Ich sehe im heutigen Frankreich nichts, was mit den großen rechtsextremen Milizen der Zwischenkriegszeit vergleichbar ist.

Das hört sich so an, als müsse man den Front National gar nicht bekämpfen.

Wir müssen das System bekämpfen, das ihn hervorbringt, also auch die Strategie, die sich der Verurteilung des Front National bedient, um den galoppierenden Rechtsruck der Regierungseliten und der Intellektuellenklasse zu verschleiern.

Die Möglichkeit, dass der FN an die Macht kommt, beunruhigt Sie nicht?

Da ich den Front National als das Resultat des Ungleichgewichts in unseren politischen Institutionen betrachte, gehe ich eher von der Möglichkeit seiner Einbindung in das System aus. Es gibt bereits viele Ähnlichkeiten zwischen dem FN und den etablierten Kräften innerhalb des Systems.

Wenn der FN an die Macht käme, hätte dies ganz konkrete Auswirkungen für die Schwächsten der französischen Gesellschaft, nämlich für die MigrantInnen ...

Ja, wahrscheinlich. Ich kann mir aber kaum vorstellen, dass der FN im großen Stil Abschiebungen organisiert und Hunderttausende oder Millionen von Menschen «nach Hause» schickt. Der Front National ist nicht der Aufmarsch des weißen Kleinbürgertums gegen die EinwanderInnen. Seine Wählerschaft erstreckt sich über alle Bereiche der Gesellschaft, unter Einschluss auch der MigrantInnen. Ja, natürlich, es könnte symbolische Aktionen geben. Ich glaube aber nicht, dass sich eine UMP-FN-Regierung von einer UMP-Regierung sehr unterscheiden würde.

Vor dem ersten Wahlgang hat Manuel Valls den französischen Intellektuellen ihren «Schlaf» vorgeworfen: «Wo sind die Intellektuellen», rief er aus, «wo ist das Gewissen dieses Landes, die Männer und Frauen der Kultur, die auch ihre Stimme erheben müssen, wo ist die Linke?» Fühlten Sie sich angesprochen?

«Wo ist die Linke?», fragen die Sozialisten. Ganz einfach: Da, wo sie sie hingeführt haben, nämlich ins Nichts. Die historische Mission der Sozialistischen Partei war es, die Linke zu töten. Auftrag erfüllt. Manuel Valls stellt die Frage, was die Intellektuellen eigentlich tun. Ehrlich gesagt, ich kann nicht recht erkennen, was Leute wie er ihnen vorzuwerfen haben. Man kritisiert ihr Schweigen, aber die Wahrheit ist, dass bestimmte Intellektuelle schon seit Jahrzehnten ganz große Reden schwingen. Sie wurden zu Stars und Kultfiguren gemacht. Sie trugen in hohem Maße zu den Hasskampagnen in Sachen Kopftuch und Laizismus bei. Sie waren nur allzu gesprächig. Ich möchte hinzufügen, dass ein Appell an die Intellektuellen ein Appell ist an Leute, die sich nicht entblöden, die Rolle des Sprachrohrs der Intelligenz spielen zu wollen. Man kann natürlich diese Rolle nur übernehmen gegenüber einem Volk, das als dumm und rückständig hingestellt wird. Das schreibt den Gegensatz von «Wissenden» und «Unwissenden» fest, und gerade den müssten wir aufbrechen, wenn wir die Gesellschaft der Missachtung bekämpfen wollen, für die der Front National nur eine bestimmte Ausdrucksform ist.

Es gibt aber doch Intellektuelle – wie Sie selbst –, die diesen Rechtsruck des französischen Denkens bekämpfen. Sie glauben nicht an die Macht des Wortes? Man kann nicht von ein paar Einzelnen erwarten, dass sie die Blockade aufbrechen. Das kann nur geschehen durch demokratische Massenbewegungen, die nicht durch eine geistige Überlegenheit legitimiert sind.

Die heutigen Regierungen bedienen sich einer Wissenschaft, der Ökonomie, indem sie so tun, als wendeten sie nur deren objektive und unausweichliche Gesetze an - Gesetze, die auf wundersame Weise in Einklang mit den Interessen der herrschenden Klassen stehen.

Sie zeigen in Ihrer philosophischen Arbeit, dass das westliche politische Denken seit Platon dazu tendiert, die «Wissenden» von den «Unwissenden» zu unterscheiden. Auf der einen Seite stünde die Klasse der Gebildeten, Vernünftigen und Kompetenten, die zum Regieren berufen sind, auf der anderen die des Volkes, der Unwissenden, der Opfer ihrer Triebhaftigkeit, die dazu bestimmt sind, regiert zu werden. Lässt sich dieses Interpretationsraster anwenden auf die jetzige Situation?

Die Regierenden haben lange ihre Macht damit gerechtfertigt, dass sie sich mit vermeintlichen Tugenden der aufgeklärten Klassen wie Klugheit, Mäßigung oder Weisheit schmückten. Die heutigen Regierungen bedienen sich einer Wissenschaft, der Ökonomie, indem sie so tun, als wendeten sie nur deren objektive und unausweichliche Gesetze an – Gesetze, die auf wunderbare Weise in Einklang mit den Interessen der herrschenden Klassen stehen. Wir haben die wirtschaftlichen Katastrophen erlebt,

das geopolitische Chaos, das in den letzten 40 Jahren von der alten Weisheit der Regierenden und von der neuen ökonomischen Wissenschaft hervorgebracht wurde. Die Demonstration der Inkompetenz durch die vermeintlich Kompetenten ruft nur Verachtung für die Regierenden bei den Regierten hervor, die von ihnen verachtet werden. Die Demonstration einer demokratischen Kompetenz der vermeintlich Inkompetenten ist etwas ganz anderes.

¹ Datum des Abkommens von Évian zur Unabhängigkeit Algeriens (die danach benannte Straße wurde vom Bürgermeister von Béziers, Robert Ménard, umbenannt nach einem Teilnehmer am Militärputsch von Algier und Verfechter der Kampagne *Algérie française* in «Rue Élie Denoix de Saint-Marc»); A.d.Ü.

Der Beitrag erschien bei LuXemburg-online (Juni 2015) und zuvor am 4. April 2015 im ©L'Obs unter dem Titel «Les idéaux républicains sont devenus des armes de discrimination et de mépris». Aus dem Französischen von Thomas Laugstien.

Richard Seymour

DER AUFHALTSAME AUFSTIEG VON UKIP

Anfang Mai 2013 stand die United Kingdom Independence Party (UKIP) mit ihrem Vorsitzenden Nigel Farage kurz vor dem Durchbruch: Bei den Kommunalwahlen gewann sie 26 Prozent der Stimmen, nachdem ihr bei landesweiten Meinungsumfragen rund 20 Prozent vorausgesagt worden waren.

Wie kann das sein? UKIP war in der Presse aggressiv bloßgestellt worden. Die letzten Enthüllungen hatten in ihren Reihen Nazis und andere Sonderlinge aus rechten Subkulturen identifiziert. Medien hatten auf rassistische und eugenische Äußerungen in sozialen Netzwerken hingewiesen und Bilder von Holocaust leugnenden, Waffen schwingenden und «Sieg Heil» rufenden UKIP-Mitgliedern veröffentlicht. All das betrifft keinesfalls eine Minderheit innerhalb der Partei. Führende Mitglieder, wie der EU-Parlamentarier Roger Helmer, äußern sich in rechtsradikaler Art und Weise über Homosexualität, Vergewaltigung und Klimawandel. Unlängst stimmte UKIP im Europäischen Parlament dafür, die Vorsitzende des französischen Front National, Marine Le Pen, vor einer möglichen Strafverfolgung wegen rassistischer Hetze zu schützen. Wollte irgendwer die Beweisführung antreten, dass UKIP eine Partei rechtsradikaler Vollidioten ist, Belege dafür gäbe es zur Genüge.

Und doch: Die WählerInnen von UKIP kümert das offensichtlich nicht. Durch Rassismus und Homophobie lassen sie sich nicht abschrecken und scheinen unempfindlich gegenüber den Allianzen, die UKIP so eingeht. Dies mag das Wählerpotenzial von UKIP einschränken, aber ein Fünftel der abgegebenen Stimmen ist nicht nichts. Es genügt zumindest, um den konservativen Tories ordentlich in die Parade zu fahren und wahrscheinlich viele andere

Schäden anzurichten. Es ist an der Zeit, UKIP nicht nur bloßzustellen, sondern sie genau zu untersuchen.

Was ist UKIP? Das reaktionäre Milieu

Die United Kingdom Independence Party wurde 1993 von Alan Sked, einem Professor der London School of Economics und ehemaligen Kandidaten der Liberalen Partei gegründet. Der Historiker Sked war und bleibt eine politisch randständige Figur. Nichtsdestotrotz startete er diese Initiative, just als der Streit über Europa-Fragen einen tiefen Keil in die Basis der Tories trieb. Der Thatcherismus stand immer für eine Koalition zwischen sozial-liberalen, pro-europäischen Modernisierern und den alten, sozial-autoritären, fremdenfeindlichen Hardlinern. Mit dem Kollaps der UdSSR und der Erweiterung der EU wurde UKIP zu einer der frühen Heimstätten von Tories, die aus genau diesen Gründen zur Rechten überliefen. Daher war UKIP immer eine Basis für die unterschiedlichen Schrate und Verschwörungstheoretiker der extremen Rechten. Sked verließ jedoch die Partei vier Jahre nach deren Gründung und beklagte, seine ehemaligen Kameraden seien «rassistisch und von der extremen Rechten infiziert». Er glaubte – fälschlicherweise, wie sich herausstellen sollte –, dass die Partei aufgrund solcher Allianzen ihre Randständigkeit nie überwinden könne.

Tatsächlich hatte UKIP eben deshalb Erfolg, weil sie in der Lage war, ein reaktionäres Milieu unter ihre Fittiche zu nehmen. Es gelang

Wollte irgendwer die Beweisführung antreten, dass UKIP eine Partei rechtsradikaler Vollidioten ist, Belege dafür gäbe es zur Genüge.

ihr, rechts der Tories hegemonial zu werden und Rivalinnen wie etwa die Referendum Party oder die Veritas zu verdrängen. Die zeitweilige Zersplitterung und Schwächung der extremen Rechten machte UKIP als politische Heimat attraktiv.

Instabile Bündnisse

Das macht aus UKIP noch kein einfaches Bündnis. Nominell ist UKIP eine libertäre Partei, was bestimmte ihrer Positionen zögerlich oder gar leicht verdreht erscheinen lässt. Zum Beispiel beim Thema der LGBT-Rechte: UKIP ist widerwillig dafür, homosexuelle Partnerschaften mit der Ehe gleichzustellen. Als Traditionalisten können sie aber keine Einmischung in das Recht der Kirche, das Wesen der Ehe zu definieren, tolerieren. Ihre Haltung ist also sorgsam darauf bedacht, Homophobie nicht vorzuschreiben, auch wenn das schwer unter einen Hut zu bringen ist mit der Ansicht, Homosexualität sei eine Krankheit.

Bis jetzt hält die Allianz. In gewissem Sinne ist UKIP eine säkulare Seelenwanderung des Thatcherismus, ein Symptom dafür, dass der Konservatismus auseinanderbricht. Sie ist auch eine Zufluchtsstätte für den britischen Faschismus: Flüchtlinge der British National Party (BNP) tummeln sich bei UKIP. Die Integration der extremen Rechten ist wahrscheinlich Absicht. Die Faschisten sind vielleicht nicht das Gravitationszentrum innerhalb der UKIP, aber sie sind ein Element dieser fragilen Koalition, die ausreichend Kräfte zu sammeln versucht, um die Tories von rechts anzugreifen.

Was die einzelnen Elemente der UKIP verbindet, ist die sozial-paranoide Ideologie des Rechtsaußen-Lagers. Dominant ist darin eine verschwörungstheoretische Sicht auf die EU als eine Art sozialistischer Konspiration, bei der Eurokraten auf dem Rücken kleiner Geschäftsleute reiten und die Masseneinwanderung ebenso begünstigen wie den Sozialstaat. Von diesem zentralen paranoiden Konzept

strahlen verschiedene implizite Bedeutungsketten aus: Sie verknüpfen die «EUdSSR» mit Unsicherheit, sozialer Zerrüttung und einer angeblichen ethnischen Uneindeutigkeit der einstmals respektablen Arbeiterklasse («die Weißen werden schwarz»). Sie verknüpfen die sozialen Nöte kleiner Geschäftsleute mit der Vorherrschaft metropolitaner Eliten, die eine Politik durchsetzen, die «abgehoben», ist, nicht auf dem «gesunden Menschenverstand» gründet und das Land an irgendwelche Fremden verschleudert. Sie verknüpfen das Demokratiedefizit in der EU und zunehmend auch in Großbritannien mit rationalistischen, «politisch korrekten» Vorgaben vom Kontinent (Stichwort «Eurobananen») und stellen sie den ehrwürdigeren, bodenständigen Institutionen der britischen Gesellschaft entgegen, die in einer jahrhundertealten Tradition wurzeln.

Wer tritt der UKIP bei und wer wählt sie?

Der feste Mitgliederkern der UKIP ist mittelständisch. Der Abgeordnete Godfrey Bloom illustriert das gut: «Wir haben Ärzte, die selbst Steuerexperten sind, Maler und Dekorateur, die alles über Fragen der Verteidigungspolitik wissen, und Filialleiter sowie Zahnärzte im Ruhestand, welche die kompliziertesten politischen Probleme des Landes verstehen.» Doch um ihr derzeitiges Zustimmungsniveau zu erlangen, musste sich die UKIP weit über dieses heimische Territorium hinaus ausdehnen.

Die UKIP zu wählen, ist nicht einfach nur ein apolitischer «Protest» gegen den Status quo. Zwei zentrale Beispiele für UKIP-Erfolge der letzten Zeit finden sich in South Shields (26 %) und Eastleigh (27,8 %). Erstgenannter Bezirk war seit 1935 eine sichere Bank für Labour; letzterer ist liberaldemokratisches Kernland. In beiden Wahlbereichen hatte die UKIP den größten Zuspruch unter ehemaligen Tory-Wählern (und in gewissem Maße auch unter Liberalen). Dies unterstreicht, dass die Stimmen für UKIP bewusst rechts sind.

Eine interessante Studie über die Zustimmung zu UKIP bei den Europa-Wahlen 2009 – in jenem Jahr war der UKIP-Erfolg begleitet von nie dagewesenen, starken Ergebnissen für die BNP – ergab, dass die Partei gut aufgestellt war, um ihre Basis dramatisch auszuweiten und eine sehr viel dauerhaftere Allianz aufzubauen, als es der BNP möglich war. Gestützt auf eine breite Datenbasis, identifizierte die Studie zwei zentrale Typen von UKIP-WählerInnen: den «überzeugten Loyalisten» und den «strategischen Überläufer». Ersterer bestand aus Teilen der Arbeiterschicht und des unteren Mittelstands, die vom populistischen und islamophoben Programm angesprochen werden. Letzterer umfasste UnterstützerInnen aus dem wohlhabenderen Mittelstand, die traditionell konservativ sind, welche aber die Tories weiter nach rechts zwingen wollten.

In der Zustimmung zur UKIP und zur BNP gab es auch geografische Unterschiede. Während die BNP im de-industrialisierten Norden gut dastand und vor allem in der Arbeiterschicht punktete, gedieh die UKIP in traditionellen Tory-Gebieten dank eines stärker auf alle Klassen verteilten Zuspruchs.

Im Vorfeld der Wahlen im Mai beauftragte die christliche Coalition for Marriage eine Umfrage in den Gebieten, die von der UKIP umkämpft waren. Sie offenbarte eine Wählerschaft, die viel älter, weniger gebildet und etwas ärmer war als der Durchschnitt.

71 Prozent der UKIP-WählerInnen waren über 40 Jahre alt und 48 Prozent über 60. Sie waren häufiger Eigentümer ihres Hauses und seltener Mieter als der durchschnittliche Wähler. Sie waren etwas stärker im öffentlichen Dienst vertreten als die Tory-WählerInnen, aber schwächer als die der Labour-Party. Ebenso waren sie öfter gewerkschaftlich organisiert als Tory-WählerInnen, aber weniger als Labour-Anhänger. Und sie waren häufiger in «unqualifizierten» und Hilfsarbeiten tätig oder arbeitslos als die wählende Bevölkerung insgesamt.

Während die UKIP-Chefs typischerweise Geschäftsleute sind, ob nun aktiv oder im Ruhestand, kommt ihre Wählerschaft aus dem weniger abgesicherten und weniger wohlhabenden Tory-Milieu: eine Koalition aus ArbeiterInnen und unterem Mittelstand. Dies ist potenziell eine sehr mächtige Koalition, die die Unzufriedenheit von Teilen der Bevölkerung mit dem Reichtum und Einfluss privilegierter Schichten verbindet.

Populärer Konservatismus

Die UKIP bietet also einen geselligen Raum für ein reaktionäres Milieu, indem sie die einzelnen Elemente der prinzipiell euroskeptischen Rechten verbindet. Damit bietet die UKIP zwar einen Rückzugsraum für die extreme Rechte, aber ihre Zukunft liegt nicht in der Entwicklung zu einer faschistischen Organisation. Ihr Ziel ist die Transformation der parlamentarischen Politik, vor allem der Konservativen Partei. Es geht darum, wer die Tories führt, und eigentlich also darum, die regierende Partei und den Staatsapparat mit den sozialpolitischen Zielen der Mittelstands-Rechten zu indoktrinieren. Damit stehen sie nicht ohne Verbündete in der Tory-Partei da.

Lord Tebbit, der letzte thatcheristische Hardliner, war bereit, die konservativen WählerInnen aufzurufen, auch EU-feindliche KandidatInnen außerhalb der Tories zu unterstützen. Tebbit verfolgt eindeutig eine langfristige Strategie: Selbst wenn es die Tories Stimmen kostet, so sein Kalkül, wird es ihnen nutzen, indem es den Mainstream nach rechts zieht. Außerdem, wenn dies in Form eines «Aufstandes» geschieht, könnte es die Grundlage eines «populären» Konservatismus erneuern und also den weltlichen Niedergang der Tories zumindest verzögern oder gar umkehren.

Ein Nebeneffekt der UKIP-Strategie aber ist wohl, dass die Reserven der extremen Rechten wieder aufgefüllt werden. In dem Maße, wie sie erfolgreich ist, gibt sie den gewaltbereiten und offen neonazistischen Gruppen

eine Motivation, sie normalisiert deren Kampagnen-Themen und bietet deren Kadern nützliche Kontakte zu anderen rechten Aktivist*innen.

Den rechten Vorstoß stoppen

Die UKIP stellt die Linke vor zwei Herausforderungen. Die erste besteht darin, der Anziehungskraft nach rechts entgegenzuwirken, die von der UKIP ausgeht. Ein rein negativer Angriff wird hier nicht funktionieren. Projekte wie Left Unity (Linke Einheit) oder Anti-Austeritäts-Initiativen wie People's Assembly (Volksversammlung) sind ein guter Schritt nach vorne – und wären umso stärker, hätten sie eine antikapitalistische Schneide. So wie es heute die Rechte tut, könnten solche Kampagnen den Takt angeben, indem sie sich (wenn auch verspätet) an die Arbeit machen, eine populäre Lösung für die kapitalistische Krise zu entwickeln: Banken und Betriebe verstaatlichen, Reiche besteuern, Arbeitsplätzen sichern und grüne Jobs schaffen. Hier könnte die UKIP eine ziemlich offene Flanke bieten, da sie ihre Präsenz in den kommunalen Behörden nutzen wird, um auf Kürzungen hinzuwirken, die bei ihrer eigenen Basis nicht allgemein beliebt sind.

Das ist mit der Forderung nach einer ‹linken UKIP› gemeint. Die zweite Herausforderung besteht darin, wie eine Kampagne zu initiieren ist, die den Euroskeptizismus thematisiert, diesen aber mit linker Politik verbindet. Das Problem dabei ist: Linke Wähler*innen sind der EU gegenüber oft feindselig eingestellt, und das nicht ohne Grund. Wenn wir die EU vor allem Anderen in den Vordergrund rücken, übersehen wir die Tatsache, dass die Ausführenden der aktuellen Austerität in Großbritannien nicht in Brüssel, sondern in London sitzen.

Die zweite Herausforderung besteht also darin, die politische Integration von Ideen und Kräften der extremen Rechten zu stören und

so die Entstehung einer stabilen neuen faschistischen Formation zu verhindern. Das ist schwieriger, weil es offenbar erfordert, dass wir uns einem größeren Problem in einer Weise stellen, mit der wir keine Erfahrung haben. Im Allgemeinen sind antirassistische Kampagnen in Großbritannien durch das Brennglas des Antifaschismus betrieben und kanalisiert worden. Da der Faschismus das widerlichste Gesicht des Rassismus darstellt, ist er das schwächste Glied in der rassistischen Ideologie: Wir nehmen die extreme Rechte aufs Korn und delegitimieren zugleich den Rassismus. Aber das geht an etwas Entscheidendem vorbei. Beachtliche Teile der Wähler*innen, ganz zu schweigen von Teilen des politischen Establishments, scheuen nicht mehr vor dem Stigma der extremen Rechten. Im Gegenteil, dank der beständigen ideologischen Arbeit der Medien und aufeinanderfolgender Regierungen geht die Tendenz dahin, das Verhalten der extremen Rechten bloß als die erklärliche, wenn auch leicht überzogene Reaktion auf eine ‹extreme Provokation› durch Muslime und Zuwanderer*innen zu sehen. Dies ist das Klima, in dem die UKIP und ihre Verbündeten gedeihen. Daraus folgt, dass dringend umzuschalten ist auf eine umfassendere kulturelle und politische Offensive gegen den Rassismus an sich. So können wir den rechten Vorstoß stoppen. Bei den jüngsten Parlamentswahlen haben das britische Mehrheitswahlrecht und die grandiose Schwäche der Labour Party den massenhaften Einzug der UKIP ins Unterhaus verhindert. Politisch sind ihre Positionen dort längst verankert.

Dieser Beitrag erschien im Mai 2014

bei LuXemburg-online, unter:

www.zeitschrift-luxemburg.de/

[der-aufhaltsame-aufstieg-von-ukip;](#)

hier leicht aktualisiert.

Aus dem Englischen von Andreas Förster.

THESEN ZUM KAMPF GEGEN DEN RECHTSEXTREMISMUS IN EUROPA

VERABSCHIEDET VOM EUROPEAN ALTER-SUMMIT AM 3. APRIL 2014

Der Rechtsextremismus ist in Europa keine Randerscheinung der Politik mehr. Das beweisen die neonazistischen Bewegungen in Ungarn und Griechenland, Jobbik und Golden Dawn, die Gewalt im öffentlichen Raum gegen Andersdenkende und Minderheiten ausüben und gleichzeitig den legalen politischen Rahmen ausnützen, der ihnen durch die parlamentarische Vertretung gegeben wird.

Das Phänomen hat viele Gesichter. Außer den Neonazis, die sich unverhohlen zu Gewalt, Fremdenhass, Antisemitismus und faschistischer Tradition bekennen, gibt es rechtsextreme Parteien, die ihren Diskurs soweit modernisiert haben, dass sie auch viele WählerInnen mobilisieren können, die über ihre soziale Lage und die Politik erbittert sind, keine Alternative erkennen können, aber nicht in erster Linie mit Faschismus und Nationalsozialismus sympathisieren.

Doch der rechtsextreme Kern der Ideologie, die das Denken und Fühlen der Führer und Kader dieser Parteien prägt, bricht immer wieder durch die dünne Hülle des aus taktischen Gründen abgemilderten Diskurses wie jüngst beim Niederländer Geert Wilders oder dem Österreicher Andreas Mølzer.

Angesichts der in Europa herrschenden Krise wäre es ein schwerer Fehler, die Gefahr zu übersehen oder zu unterschätzen, die vom Rechtsextremismus in seinen unterschiedlichen Formen ausgeht.

Siebzig Jahre nach der Befreiung Europas vom Nationalsozialismus sind uns Holocaust und Krieg Mahnung und Auftrag, dem Faschismus energisch entgegenzutreten.

I Unterschiedliche Ursachen - vor dem Hintergrund von heute analysieren

Der Rechtsextremismus, mit dem wir gegenwärtig konfrontiert sind, ist ein heutiges Phänomen mit neuen Charakteristiken, die aus der heutigen Realität beurteilt werden müssen.

Wo immer es auftritt, ist es Ausdruck der tiefen, ungelösten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise. Die Traditionen, auf die es sich bezieht, und die Formen, die es annimmt, sind von Land zu Land unterschiedlich. Soweit es die soziale Lage betrifft, sind es in den zentral- und osteuropäischen Ländern die Krisen, die mit dem Übergang vom Staatssozialismus zum Kapitalismus aufgetreten sind. In Ungarn spiegelt das Anwachsen des Rechtsextremismus eine allgemeine Unzufriedenheit der Bevölkerung wider, auf die es im Moment keine politische Antwort von links gibt. Die Funktion der Rechtsaußenparteien ist es, diese Unzufriedenheit in bestimmten Grenzen zu halten, zu kontrollieren und die extreme Ungleichheit in der Gesellschaft durch den Einsatz verschiedener Formen der Gewalt aufrechtzuerhalten. In anderen Fällen führen die durch die Troika aufgezwungene Austeritätspolitik, die Massenarbeitslosigkeit und der Abbau des Sozialstaats zu einer fortschreitenden Prekariisierung sogar in scheinbar konsolidierten Gesellschaften, die ihrerseits eine Brutalisierung der Arbeitswelt und um sich greifende Angst vor der Zukunft nach sich zieht.

In allen Fällen ist der Rechtsextremismus ein Ausdruck der systemischen und strukturellen Krise und der wachsenden sozialen Frustration, der Wut über die Nichtanerkennung von Arbeit und Qualifikation und der Angst vor Armut.

Der Rechtsextremismus ist in Europa keine Randerscheinung der Politik mehr.

II Die Krise hat auch das politische System erfasst

In den meisten Staaten lösen sich seit Jahrzehnten immer dieselben Parteien an der Macht ab oder stellen gemeinsam die Regierungen und teilen als Machtkartell Macht und Einfluss.

Sie haben die Politik an den vom neoliberalen, finanzmarktgesteuerten Kapitalismus gesetzten Regeln orientiert. Für die sozialen Folgen werden sie nun von großen Teilen der Bevölkerung – zu Recht – verantwortlich gemacht. Viele Menschen wenden sich von ihnen und von der Politik im Allgemeinen ab. In einer Situation, in der das Scheitern des neoliberalen Projekts offensichtlich wird, versucht der rechte Flügel der Machteliten, durch ethnischen Nationalismus, der Antisemitismus, Hass auf Roma und Sinti und den Ausschluss von Fremden beinhaltet, eine neue ideologische Legitimation für den Staat zu schaffen. Rechtsextreme Parteien nützen diese Krise, geben sich als Antagonisten des herrschenden politischen Systems aus und stellen sich als Verteidiger des Sozialstaats dar, von dem sie entsprechend ihrer nationalistischen und rassistischen Sichtweise Fremde und MigrantInnen ausschließen wollen. Inzwischen beeinflussen viele dieser Ideen den Diskurs in der Mitte der Gesellschaft. Aber ihr Ziel ist nicht, der Entleerung und Verfälschung der Demokratie eine reale Demokratie der Mitsprache und Verantwortlichkeit entgegenzustellen, sondern sie durch ein autoritäres Regime zu ersetzen, in dem der «Volkswille» direkt von einem charismatischen Führer verwirklicht würde. Die neoliberale Individualisierung und die von den Mainstream-Medien ausgehende Personalisierung der Politik kommen ihnen dabei entgegen. Die modernisierten rechtsextremen Parteien sind nicht Ausdruck eines demokratischen Aufbegehrens, sondern stellen eine Gefahr für die Demokratie dar. Sie wollen das bestehende Übel durch das größte aller Übel ersetzen.

III Die Stoßrichtung gegen die europäische Integration

Die Krise der Politik betrifft in spezieller Weise die europäische Integration und die nationalen Beziehungen in Europa. Einerseits, weil rechte Parteien die Spannungen der sozialökonomischen Krise in Nationalismus, das heißt in Ablehnung anderer Völker und MigrantInnen, ableiten wollen. Andererseits, weil die Europäische Union durch die Institutionalisierung des Neoliberalismus und durch die Austeritätspolitik an Vertrauen der Bevölkerung verliert.

In dieser Atmosphäre machen die rechtsextremen Parteien die Ablehnung der europäischen Integration zu ihrer gemeinsamen Strategie. Sie bildet auch das Kernelement ihres Versuchs, eine Fraktion im kommenden Europaparlament zu bilden. Die Alternative zur europäischen Integration ist die nationalistische Rivalität der europäischen Mächte. Daher ist das Projekt der europäischen Fraktion der Nationalisten in sich ein Widerspruch, ist Demagogie, die ihre wahren Absichten verbirgt, welche es ist, die Nationen gegeneinander aufzuhetzen.

IV Die Macht von TINA («There is no Alternative»)

Zur Frustration über die herrschende Politik kommt die Abwesenheit oder eine mangelnde Sichtbarkeit der demokratischen und sozialen Alternative. Diese Feststellung trifft in unterschiedlichem Ausmaß für die einzelnen Staaten und auf der EU-Ebene zu. Gewerkschaften, soziale Bewegungen und politische Akteure haben oft Alternativen, jedoch tragen sie gemeinsam die Verantwortung für deren fehlende Sichtbarkeit. Doch ohne politische Alternative und Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse in den Staaten und auf europäischer Ebene ist weder ein Ausweg aus der Krise zu öffnen, noch wird dem Aufstieg des Rechtsextremismus etwas strategisch Entscheidendes entgegengesetzt werden.

V Wettbewerbsideologie kontra europäische Solidarität

Das Vertrauen in die neoliberale Politik wurde durch die Wirtschaftskrise erschüttert. Aber die Hegemonie des Neoliberalismus, das heißt das Vorherrschen neoliberaler Ideen in der Massenkultur, in den Medien und im Alltag, blieb in vielen Ländern unerschüttert. Das Konkurrenzdenken, die Entsolidarisierung, der Sexismus, die Homophobie und der Rassismus bilden nicht nur einen fruchtbaren Nährboden für rechtsextreme Parteien, sondern auch dafür, dass rechtsextreme Haltungen sich in der Mitte der Gesellschaft festsetzen und die Programmatik und die praktischen Handlungen der Mainstream-Parteien nach rechts drücken. Die Grenzen zwischen Neonaziparteien und den modernisierten Parteien des Rechtsextremismus waren immer schon durchlässig und relativ. Zu beobachten sind heute aber eine Annäherung zwischen modernen rechtsextremen und konservativ-nationalistischen Parteien sowie Mischformen zwischen beiden. Das System ist nach links geschlossen und nach rechts offen. In vielen Staaten droht ein Zusammenschluss der Rechten mit der extremen Rechten. Auch in diesem Prozess der Annäherung und Umgruppierung spielt die Skepsis gegenüber der europäischen Integration als Konvergenz der Strategien eine Rolle.

VI Soziale Bewegungen und Gewerkschaften kämpfen für Gleichheit und Respekt

Der Kampf gegen den Rechtsextremismus ist ein Kampf um die Kultur des Zusammenlebens in allen Zusammenhängen. Dabei spielen die Betriebe und Dienststellen und der Kampf um gleiche Rechte und Arbeitsverträge für alle Beschäftigten eine ausschlaggebende Rolle. Die Koordinierung der drei französischen Gewerkschaften (CGT, FSU und Solidaire) im Kampf gegen den Rechtsextremismus, die Kampagne des Österreichischen

Gewerkschaftsbundes gegen Rassismus in der Arbeitswelt sowie der EGB-Aktionsplan für Migration sind wichtige Beispiele.

Der Kampf gegen Sexismus, Homophobie und gegen jeden religiösen Fundamentalismus, der die Frauen ihrer Rechte berauben will, vereint alle demokratischen und sozialen Kräfte. Die Solidarität mit den spanischen Frauen, die das Recht auf ihre Selbstbestimmung verteidigen, ist Teil des Kampfes gegen die extreme Rechte. Den rechtsextremen Hass-Kampagnen muss eine Kultur der Solidarität entgegengestellt werden, wie es durch die Solidaritätsnetzwerke und Kooperativen in Griechenland vorbildhaft geschieht, die darauf zielen, in der Krise niemanden zurückzulassen, oder durch das Europäische Netzwerk gegen Privatisierung und Kommerzialisierung des Gesundheitswesens und der sozialen Sicherheit.

Wir kämpfen für eine menschliche und menschenrechtskonforme Asyl- und Flüchtlingspolitik, bei der die soziale und finanzielle Verantwortung von allen Staaten der Europäischen Union gemeinsam und solidarisch getragen wird. Wir fordern gleiche Rechte für alle in Europa lebenden Menschen.

Gemeinden und Schulen tragen in hohem Ausmaß Verantwortung für die Inklusion von MigrantInnen und nationalen Minderheiten wie den Roma und den Sinti. Die Zivilgesellschaft ist aufgerufen, dem Rechtsextremismus in all seinen Formen entgegenzutreten. Wir unterstützen die Initiativen, mit denen sich die BürgerInnen in zahlreichen Städten, unter anderem in Deutschland, dagegen wehren, dass Neonaziparteien, mitunter auf richterliche Anordnung, öffentliche Räume für Versammlungen und Aufmärsche überlassen werden.

Wir müssen uns gegen den Rechtsextremismus auch mit rechtlichen Mitteln zur Wehr setzen. Diesbezüglich muss der Pariser Friedensvertrag, der nach dem Zweiten Weltkrieg unterzeichnet wurde, Anwendung finden.

Wir fordern eine europäische Richtlinie, die die Mitgliedstaaten der EU verpflichtet, Geset-

ze zu beschließen, die neonazistische, gegen Minderheiten gerichtete Betätigung und Aktionen, die Menschen ihrer demokratischen Rechte bzw. Menschenrechte berauben wollen, strafbar machen, die die Behörden zum Eingreifen verpflichten und den Widerstand der BürgerInnen rechtlich decken und ermutigen.

VII Ein anderes Europa ist (dringend) erforderlich

Wir sind gegen die neoliberale, kapitalistische Politik der EU. Aber im Gegensatz zu den Rechtsaußenparteien sind wir nicht gegen die EU, sondern kämpfen für eine andere Richtung des europäischen Integrationsprozesses. Wir kämpfen für ein anderes Europa: Für ein Europa der Bevölkerungen, der garantierten sozialen Sicherheit und der ökologischen Nachhaltigkeit.

Ein wesentliches Element der Strategie gegen den Rechtsextremismus ist der gemeinsame Kampf der sozialen Bewegungen und Gewerkschaften gegen die Austeritätspolitik und die Memoranden, wie er im Manifest des Alter-Summit skizziert wird. Ohne Verteidigung und Weiterentwicklung des Sozialstaates, der öffentlichen Dienste, der Commons und ohne Stärkung der gewerkschaftlichen Rechte, ohne Überwindung der Massenarbeitslosigkeit und ohne die Gewährleistung des Rechts auf Ausbildung und Beschäftigung für die junge Generation in allen europäischen Regionen und Staaten kann es keine dauerhafte Demokratie geben.

Die Alternative zur europäischen Integration sind nationale Gegensätze und die Rivalitäten der europäischen Mächte. Das aber ist kein Programm des Friedens, des sozialen, demokratischen und politischen Fortschritts, sondern Nationalismus. Das ist das Programm der Rechtsextremisten.

Ihre Strategie zielt darauf, als die politischen Gewinner der Krise hervorzugehen. Die Rechnung basiert darauf, dass die EU in ihrer ge-

genwärtigen neoliberalen Verfasstheit, die die Herrschaft der Finanzmärkte institutionalisiert, die Zustimmung immer größerer Teile der Bevölkerung verliert. Wir stellen uns nicht gegen die europäische Integration als solche, die den gesamten Kontinent umfassen soll, anstatt ihn zu spalten. Wir müssen jedoch eine essentielle Richtungsänderung in der europäischen Integration und eine Neugründung der EU fordern.

Unsere Schlussfolgerung:

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Neonazismus erfordert eine komplexe Strategie, die auf die sozialen, politischen und kulturellen Wurzeln der Missstände zielt. Die Auseinandersetzung darf nicht allein von SpezialistInnen und spezialisierten Organisationen des antifaschistischen Kampfes geführt werden, obwohl diese eine bedeutende Aufgabe haben, sondern sie betrifft alle sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Konfessionen, kulturellen und politischen Akteure. Immer breitere Schichten der Gesellschaft müssen mit einbezogen werden, um die neonazistischen und rechtsextremen Parteien sozial, politisch und moralisch zu isolieren. Diese Auseinandersetzung muss auf breitestmöglicher Basis unter Einbeziehung aller gewinnbaren Kräfte des sozialen, politischen und kulturellen Lebens geführt werden. Wenn wir unsere Strategien und Aktionen festlegen, muss der Gründung breiter Bündnisse Priorität zukommen.

Der Kampf gegen den Rechtsextremismus und Neofaschismus findet zu einer Zeit statt, in der die Krise und die herrschende Politik das Wohlergehen Millionen europäischer BürgerInnen bedroht oder ihm ein Ende setzt. Der Kampf kann dieser Realität gegenüber nicht neutral sein, sondern muss im Zusammenhang stehen mit dem Kampf für ein demokratisches Europa der gleichen Lebenschancen für alle, für die Überwindung der Austeritätspolitik, für Jobs, für soziale Rechte und Gleichheit, für ökologische Nachhaltigkeit und für reale Demokratie und Solidarität.

Mario Candeias

GEGENMITTEL GEGEN AUTORITÄREN NEOLIBERALISMUS UND RECHTSPOPULISMUS - PERSPEKTIVEN EINER VERBINDENDEN LINKEN PARTEI

DER ANTIDEMOKRATISCHE AUTORITARISMUS KOMMT NICHT VOM (RECHTEN) RAND DER GESELLSCHAFT, SONDERN AUS DER MITTE DES HERRSCHENDEN MACHTBLOCKS IN EUROPA

1 Autoritärer Neoliberalismus und das Ende der sozialen Demokratie

In den 1980er Jahren war es der «autoritäre Populismus» (Stuart Hall) der Thatcher-Regierung, der zunächst die Organisationsmacht der Gewerkschaften brach und dann den Sozialstaat gründlich in Verruf brachte und herunterwirtschaftete. Abgeschwächt verbreitete sich dieser orthodoxe Neoliberalismus auch in Kontinentaleuropa, erschöpfte sich aber in den 1990er Jahren. Zu deutlich schien der enge ökonomisch-korporative Charakter des herrschenden Machtblocks durch, die enge Klassenbasis, die auffällig mit den Interessen des Kapitals korrespondierte. Über die Einbeziehung größerer sozialer Gruppen in einen Klassenkompromiss der «neuen Mitte» machte sich die Sozialdemokratie in Europa (und darüber hinaus) an die Versöhnung von (neoliberaler) Globalisierung und Sozialstaat. Die Versprechen konnten nicht gehalten werden. Stattdessen wurden mit den Workfare-Programmen und der Agenda 2010 Zwang und Druck auf die Lohnabhängigen und Arbeitslosen erhöht. Eine wachsende Repräsentationslücke war die Folge – ebenso wie die Krise der Sozialdemokratie des sogenannten Dritten Weges (ausführlich Candeias 2009).

Als ungehörige Geschwister des Neoliberalismus kamen in verschiedenen europäischen Ländern neofaschistische und neurechte Parteien auf. Sie verbanden rechtspopulistische Forderungen mit wirtschaftlichem Liberalis-

mus und einem modernen Erscheinungsbild. So hoben sie sich von den traditionellen radikalen Rechten ab.

Mancherorts rückten die Neofaschisten in die Mitte und legten ihre radikalen Positionen zum Teil ab, um langfristig ihren Machtanspruch zu sichern, so wie es die Alleanza Nazionale unter Giancarlo Fini in Italien vorgemacht hatte – allerdings nicht ohne zuvor das gesamte politische Spektrum nach rechts zu verschieben. Andernorts erwiesen sich die radikalen rechten Gruppierungen als unerfahren und zerstritten, agierten weniger populistisch als pöbelhaft und waren zur Regierung unfähig, wie etwa in Österreich oder den Niederlanden. Dann eröffneten sich Handlungsmöglichkeiten für den neoliberalen Block: «Die traditionell führende Klasse, die über ein zahlenmäßig starkes geübtes Personal verfügt, wechselt Menschen und Programme aus und gewinnt die Kontrolle wieder, die ihr mit größerer Geschwindigkeit zu entgleiten im Begriff war [...]; sie bringt womöglich Opfer, setzt sich mit demagogischen Versprechungen einer ungewissen Zukunft aus, behält aber die Macht, verstärkt sie für den Augenblick und bedient sich ihrer, um den Gegner zu zerschmettern und sein Führungspersonal zu zersprengen, das zahlenmäßig nicht sehr stark und sehr geübt sein kann» (Gramsci, Gef. 7: 1578).

Die herrschenden Gruppen (z. B. in Österreich, Frankreich und den Niederlanden) konnten aufgrund ihrer entscheidenden Funktionen in Politik und Ökonomie ihre hegemonia-

le Position zurückgewinnen, den erodierten geschichtlichen Block wieder neu zusammenfügen, die Risse kitten. Zur Abwehr der Gefahren rechtspopulistischer, neofaschistischer Kräfte, deren Nährboden erst durch den Neoliberalismus bereitet wurde, scharen sich die anderen Kräfte «unter die Fahne einer einzigen Partei» der Demokraten. In Frankreich zum Beispiel sahen sich Sozialisten und Kommunisten bei den Präsidentschaftswahlen genötigt, zur Stimmabgabe für den rechtskonservativen Jacques Chirac aufzurufen. Die auf diese Art gestärkte «demokratische» Rechte konnte nun mit neuer Kraft und der Unterstützung breiter Teile der Bevölkerung neoliberale Reformen, flankiert durch den Ausbau eines autoritären Sicherheitsstaates, vorantreiben. Auch sozialdemokratische Regierungen haben die autoritären Elemente und Gesetzgebungen zur Bearbeitung der durch neoliberale Reformen verursachten Ungleichheiten und Unsicherheiten verstärkt (besonders bei Asylgesetzgebung, Schengen-Abkommen, polizeilicher Aufrüstung und allgemeiner Ausdehnung der staatlichen und privaten Sicherheitsapparate). Zentral war dabei die Delegitimierung sozialer Leistungen «ohne Gegenleistung». Den vermeintlich «faulen» Gruppen am unteren Rand der Gesellschaft wurde gegenüber der «leistungsbereiten» Mitte die Respektabilität entzogen.

Rechtskonservative wie sozialdemokratische Kräfte wiederholten Forderungen der radikalen Rechten in demokratieverträglicher Form, integrierten sie in Parteiprogramme, politische Praxis und Gesetzgebung. Sie belegten einmal mehr, dass Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus keine Erscheinungen marginalisierter Randgruppen sind, sondern

in der Mitte der Gesellschaft hervorgebracht werden, untermauert durch alltäglich sich verschärfende Konkurrenz und zunehmende Ungleichheiten. Die neoliberale staatliche Form, im Gegensatz zur Diktatur immer noch eine formal demokratische, enthält «nicht nur vereinzelte und verstreute Elemente» des Faschismus (Poulantzas 1978: 192), sondern institutionalisiert diese in einem «Präventiv-Dispositiv» (Demirović 1987: 135).

Fortwährende Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung im Rahmen neoliberaler Globalisierung und Transnationalisierung verschoben gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und schwächten demokratische Einflussmöglichkeiten subalternen gesellschaftlicher Gruppen. Workfare-Reformen und Agenda 2010 führten zur Aushöhlung sozialstaatlicher Garantien, zur Prekarisierung breiter Teile der Bevölkerung und zur Schwächung der Organisationen der Subalternen. Der «aktivierende Sozialstaat» sollte durch «Fordern und Fördern» die Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt voranbringen. Doch statt Menschen zur Selbstverantwortung zu befähigen, verlangt der autoritäre Zwang permanente Selbstdemütigung: Arbeit muss unter allen Umständen akzeptiert werden, sonst drohen Sanktionen. «Fordern statt Fördern» wäre die passende Kurzformel. An der Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit hat sich übrigens nichts geändert.

Die Prekarisierung wächst im Jahr 2015 vielleicht nicht mehr im selben Tempo wie in den vergangenen 20 Jahren, aber Unsicherheit, Erschöpfung, «Hamsterrad» sind alltägliche Begleiter geworden. Die Spaltungen verfestigen sich. Wer langzeitarbeitslos wird, bleibt es auch. Die Gruppe der von Armut Betroffenen umfasst inzwischen ein Viertel der Bevölkerung, die Austrocknung sozialer Infrastrukturen schreitet voran, Wohnraum zu bezahlbaren Preisen wird nicht nur in den

Den vermeintlich «faulen» Gruppen am unteren Rand der Gesellschaft wurde gegenüber der «leistungsbereiten» Mitte die Respektabilität entzogen.

umfasst inzwischen ein Viertel der Bevölkerung, die Austrocknung sozialer Infrastrukturen schreitet voran, Wohnraum zu bezahlbaren Preisen wird nicht nur in den

Metropolen zum Megaproblem, Zukunftsperspektiven sind für viele mehr als unsicher. Es handelt sich dabei nicht um Randgruppenphänomene, sondern um eine sich verallgemeinernde gesellschaftliche Entwicklung. Die Angst vor dem Abstieg hat auch die vermeintlich gesicherten Milieus erfasst, denn Prekarisierung und Unsicherheit führen auch bei Teilen der bedrohten Mitte und der vom Abstieg betroffenen Mitte zu Vereinzelung und zum Rückzug ins Private, zur Anpassung, zum raschen Anstieg psychischer Erkrankungen. Die Prekarisierung der Arbeit, so Klaus Dörre (2005: 255), wird zur Produktion «gefügiger Arbeiter» und Bürger genutzt. Verletzte Gerechtigkeitsgefühle und der Appell an die «Tüchtigen und Fleißigen» gehen auf die «Erfahrung oder Befürchtung» von Beschäftigten zurück, dass sie «trotz harter Arbeit und vielfältiger Opfer ihren bisherigen Lebensstandard und sozialen Status nicht halten oder angestrebte Ziele» nicht erreichen können (ebd.: 139). Der implizite gesellschaftliche Vertrag – harte Arbeit gegen gesellschaftliche Absicherung und Anerkennung – wurde einseitig aufgelöst. Das führt zu Enttäuschungen und Aggressionen, die auf Gruppen gerichtet werden, die die Zumutungen anscheinend umgehen, vermeintlich weniger leisten müssen und trotzdem gut leben – etwa Flüchtlinge, Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger.

Diese Begründungsfiguren finden sich gerade nicht nur bei «Modernisierungsverlierern», sondern auch und vor allem bei jenen, die sich vom Abstieg bedroht fühlen, und bei jenen – in ihrer Selbstwahrnehmung – «Leistungsträgern», die ihre sozioökonomische Position halten oder verbessern konnten, aber um den Preis erhöhter Arbeitslast, ausufernder Arbeitszeiten und hoher kraftzehrender Flexibilität. Solche Ängste, Unsicherheiten und Ohnmachtserfahrungen werden von Rech-

ten aufgegriffen, indem sie die Bevölkerung als passives Opfer übermächtiger Gegenspieler ansprechen (ähnlich bei der nostalgischen Anrufung der vermeintlich guten alten Zeiten und der Glorifizierung traditioneller Gemeinschaften).

Die Krise verdichtet sich in Deutschland nicht wie in den Ländern Südeuropas unter dem Diktat des autoritären europäischen Austeritätsregimes, jedoch kommt es zur Verfestigung sozialer Spaltungen.

Hier greift die rechtspopulistische doppelte Abgrenzung «des Volkes» (oder der «Mitte») von Eliten oben und Ausgestoßenen unten (vgl. Hentges u. a. 2003: 132), artikuliert als «Protest gegen soziale Ungerechtigkeiten» und «gegen den Druck der politischen Korrektheit» (Flecker/Hentges 2004: 146) – es ist allerdings eine konformistische Rebellion, weil sie durchaus im Einklang mit vielen neoliberalen Prinzipien steht.

Die Krise verdichtet sich in Deutschland nicht wie in den Ländern Südeuropas unter dem Diktat des autoritären europäischen Austeritätsregimes, doch kommt es zur Verfestigung sozialer Spaltungen. Die soziale Demokratie als Voraussetzung einer zumindest dem Anspruch nach gleichberechtigten Teilhabe an demokratischen Entscheidungen wird ausgehöhlt. Während die bedrohte Mitte noch Teilhabe und Beteiligung einklagt, führt die Aushöhlung der sozialen Demokratie zur klassenspezifischen Entmutigung des sogenannten abgehängten Prekariats, vieler Niedriglöhner, aber auch der bedrohten Mitte etc. – Teilnahme an demokratischer Willensbildung ist angesichts mangelnder Einflussmöglichkeiten wenig erfolgversprechend (Candeias 2011; Kahrs 2015a). Die Demokratie bringt für wachsende Teile der Bevölkerung mindestens subjektiv keine materiellen Zugewinne mehr.

Das Gegenstück ist eine klassenspezifische Ermutigung: der grün-bürgerlichen Wutbürger mit ihren Demonstrationen gegen Infrastrukturprojekte, der Wirtschaftsbürger der AfD und andere mehr aus der berühmten «akademisierten Mittelklasse», die alle das populäre Thema bedienen: «Die da oben sind doof und machen sich die Taschen voll» (Harald Schmidt). In Entmutigung und Ermutigung drückt sich eine wachsende Krise der Repräsentation aus. Diese eröffnet Räume für antidemokratische Positionen.

Es kommt zur dramatischen Zunahme nicht nur ökonomischer Ungleichheit. Respektabilitätsgrenzen werden neu gezogen, vor allem von oben. Die vom Abstieg bedrohte Mitte grenzt sich gegen die weiter unten ab; die etablierte bürgerliche Klasse produziert populäre Bilder (z. B. Sarrazin), die eine autoritäre Erziehung der Arbeitslosen, Migranten und anderer subalternen Gruppen legitimieren sollen. Konservative wie Paul Nolte (2008) scheuten sich schon vor Jahren nicht, die verschärfte Polarisierung von Einkommen, Macht, Bildung und Konsumweisen als Neukonturierung der Klassengesellschaft zu bezeichnen. Angewidert von dem selbst entworfenen Bild der «gefährlichen Klassen» plädierte er sogar für mehr Klassenbewusstsein der bürgerlichen Klasse gegenüber der *urban underclass*.

Jenseits und innerhalb der Nationalstaaten hat sich eine transnationale Bourgeoisie etabliert, die damit nur noch wenig zu tun hat: eine verselbstständigte Klasse der Reichen und Superreichen, der «plutokratischen Extremisten» (Piketty 2013), die sich der Finanzierung des Gemeinwohls entziehen. Thomas Piketty hat mit seinen Untersuchungen gezeigt, dass die dramatische Zunahme von Ungleichheit ein geradezu säkularer Trend ist, auch in der Bundesrepublik: Der Reichtum wächst schneller als die gesamte Wirtschaft, die Spaltung der Gesellschaft verfestigt sich – mit unabsehbaren Folgen für das demokratische Zusammenleben.

Die zentrale Konfliktlinie verdichtet sich auf folgenden Gegensatz: soziale Demokratie und Gleichheit versus sozial gespaltene Demokratie mit multiplen Ungleichheiten, wachsender Prekarität in einem autoritären europäischen Wettbewerbsetatismus von oben und unten.

2 Die Krise der Repräsentation und die große Krise

Die Krise wird genutzt, um neoliberale Prinzipien über Kürzungspolitiken und sogenannte Schuldenbremsen zu verschärfen und europaweit institutionell mit Verfassungsrang festzuschreiben. Das zielt auf die Wiederherstellung des «Vertrauens» der Finanzmärkte und auf die Disziplinierung der Politik. Wenn nötig, werden gewählte Regierungen zum Rücktritt gezwungen und durch vermeintlich neutrale Technokraten ersetzt, wie 2011 in Griechenland oder Italien. Hier wird Macht umverteilt: Die Konstruktion supranationaler Sachzwänge wird als Begründung für eine Politik des Abbaus von Sozial- und Arbeitsrechten, der Privatisierung sowie der Enteignung von Schuldner*innen genutzt. Sie dienen der Delegitimierung der Ansprüche jener, die nicht in erster Linie «stabilitätsorientierte» Interessen verfolgen: Beschäftigte, Gewerkschaften, Arbeitslose und sozial Benachteiligte. «Die Neuausrichtung der EU wird damit noch stärker als zuvor zu einem entscheidenden Kampfplatz für gesellschaftliche Entwicklungen, auch in der Bundesrepublik» (IfG 2011: 6)

In Südeuropa, wo auf Konsensproduktion mittlerweile verzichtet wird, tritt der Zwang offen zutage. Die herrschenden Klassen sind uneinig angesichts der Unwägbarkeiten der Krise und hinsichtlich der Maßnahmen, die benötigt werden, um diese zu beenden: Die Reregulierung der Finanzmärkte stockt, der Schuldenabbau misslingt, die finanzielle Überakkumulation wächst (wenn auch etwas langsamer als vor 2008). Aber die herrschenden Klassen sind imstande, sich mit Blick auf die autoritäre Sicherung und Ausübung der

Staatsmacht zu einigen, sich strategisch «auf den Staat als finalen Garanten ihres Überlebens zu fokussieren» (Porcaro 2013: 135).

Neben den Troika-Auflagen für «Hilfskredite», die auch gegen Grund- und Menschenrechte (z. B. das Recht auf Tarifautonomie) verstoßen (vgl. Fisahn u. a. 2014), steht eine New Economic Governance mit diversen Austeritäts- und Wettbewerbsauflagen im Zentrum des europäischen Krisenmanagements. Hierbei werden demokratische Prinzipien und geltendes Recht, wenn nötig, umgangen oder gebrochen. Das geschieht über den Umweg zwischenstaatlicher Abkommen (wie z. B. im Fall des Fiskalpakts) oder über die erzwungene europarechtswidrige Einfügung von Sekundärrecht in die geltenden Verträge (wie im Fall der New Economic Governance). Hierbei werden die Exekutivapparate mit umfassenden Beschluss- und Sanktionskompetenzen ausgestattet, während die parlamentarischen Arenen geschwächt werden – sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene.

Dies geht über eine postdemokratische Situation hinaus, in der formal fortbestehende demokratische Verfahren entleert werden. Hier geht es um eine offen autoritäre Setzung von Recht bei Bruch demokratischer Verfahren. Das heißt, selbst die im europäischen Recht verdichteten Handlungsräume werden nun zu eng für die Radikalisierung des neoliberalen Projekts. Nachdem die Regeln für eine strikte Austeritätspolitik europaweit auf Dauer gestellt und damit einer demokratischen Infragestellung entzogen wurden, geht es nun um eine Europäisierung der im südeuropäischen Laboratorium erprobten Strukturreformen. In den «Verträgen für Wettbewerbsfähigkeit» sollen sich die Mitgliedstaaten gegenüber der Europäischen Kommission zur Deregulierung ihrer Arbeitsmärkte, zur Reform ihrer Pensionsysteme und zur Senkung ihrer Löhne verpflichten (vgl. Händel 2014). Die geplanten wie die beschlossenen Instrumente der Krisenpolitik gehen noch wesentlich weiter als das mög-

liche Freihandelsabkommen mit den USA. Die Kommission erklärt ganz offen, dass die ange-dachten Verträge auf die Überwindung poli-tischer Widerstände zielen. Die zentrale Konfliktachse im autoritären Konstitutionalismus lautet daher nicht Europa versus Nationalstaat, sondern europäisches Staatsapparate-Ensemble versus (repräsentative) Demokratie.

In den Politiken des Krisenmanagements zeigt sich eine autoritäre Wendung des neoliberalen Projekts, die sich bereits vor der Krise ange-deutet hatte. Immer wieder wurde die europä-ische Ebene als Hebel genutzt, um Sozial- und Arbeitsrechte auszuhöhlen und Kapital- und Marktlogik zu stärken – und zwar nicht erst seit der Krise 2008, sondern spätestens mit dem Mitte der 1980er Jahre einsetzenden Projekt des europäischen Binnenmarkts. In der Krise verdichtet sich die antidemokratische autori-täre Wendung zu einem «autoritären Konstitu-tionalismus» (Candeias u. a. 2014).

Auch der von Stephen Gill (2000) einst be-schriebene neoliberale Konstitutionalismus beruhte auf einer europarechtskonformen und zumindest vom passiven Konsens getra-genen Verrechtlichung neoliberaler Dogmen. Der neue autoritäre Konstitutionalismus zählt weder auf Recht noch auf Zustimmung. Sein Zwangscharakter tritt nicht nur in Südeuropa offen zutage. Das vorläufige Ergebnis ist eine Spirale des Elends und die Zuspitzung multip-ler Ungleichheiten: die Immunisierung der In-stitutionen gegen Ansprüche aus der Zivilge-sellschaft, die Aufkündigung sozialer Rechte (z. B. auf Gesundheitsversorgung in Griechen-land und Spanien), aber auch verschärfte Dis-kriminierungen aufgrund von geschlechtli-chen oder ethno-nationalen Zuschreibungen, sexueller Orientierung oder (a)religiöser Über-zeugung. Frauenrechte (Recht auf Abtreibung in Spanien), LGBT-Rechte (z. B. Frankreich und Kroatien) oder Flüchtlingsrechte (Deutsch-land) werden wieder infrage gestellt. Dieser autoritäre Neoliberalismus bereitet den Boden für rechte Kräfte.

Europa ist mehr als die Europäische Union und die EU mehr als ihre neoliberale und zunehmend undemokratisch-autoritäre Gestalt. Doch ist Letztere die gegenwärtig existierende. Simple Bekenntnisse zu Europa oder gar «mehr Europa» verfehlen den zu Recht skeptischen Alltagsverstand. Es gibt ein wachsendes Unbehagen gegenüber der EU, auch innerhalb linker Parteien, das nicht dumpf nationalistisch, sondern erfahrungsgesättigt ist. Dem kann mit der Predigt eines hilflosen Internationalismus nicht begegnet werden. Schließlich war in den letzten Jahrzehnten fast jeder Schritt zur europäischen Integration ein Mittel zur Durchsetzung neoliberaler Politiken. Die EU gleicht immer mehr einem wirtschaftsnahen Lobbyverein, der angesichts eines schwachen Europäischen Parlaments kaum der politischen Kontrolle oder der Beeinflussung durch zivilgesellschaftliche Auseinandersetzungen unterliegt.

In den Mitgliedstaaten der EU wächst sich die demokratische Entmutigung zur Krise der Repräsentation aus: Die technokratisch-politische «Lösung» führt keineswegs zu einer Überwindung der (organischen) Krise, sie dient vielmehr der ungleichen Verteilung ihrer Folgen und der Sicherung von Herrschaftsinteressen in Zeiten, in denen der neoliberale Block an der Macht längst seine Fähigkeit zur Führung und zur Organisation eines aktiven Konsenses verloren hat. Ein Anzeichen hierfür sind zunehmende politische Instabilitäten vor allem in einigen Ländern der Euro-Zone (vgl. Candeias 2013). Zwischen 2009 und 2012 fanden in zwölf Ländern der Europäischen Union, darunter neun Ländern der Euro-Zone, vorgezogene Wahlen oder Regierungsumbildungen statt. Die Ursachen hierfür waren in

allen Fällen (außer in Belgien) Auseinandersetzungen um das Ausmaß radikaler Sozialkürzungen und Reprivatisierungen infolge verordneter Kürzungsmaßnahmen unter dem Diktat der Troika, bestehend aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds. Aber auch die im Amt befindlichen Regierungen, zum Beispiel in Portugal, Spanien oder Slowenien, sind nicht stabil. Die bulgarische Regierung ist Anfang März 2013 zurückgetreten. Äußerst schwierig gestaltete sich die Regierungsbildung in Italien. Ob Sozialdemokraten oder Konservative – die autoritäre Austeritätspolitik wird unabhängig von Massenprotesten gegen die Bevölkerung durchgesetzt. Die Parteien verlieren selbst in den eigenen Reihen ihre Legitimationsbasis. 1,5 Millionen Portugiesinnen und Portugiesen (15 % der Bevölkerung) folgten am ersten Märzwochenende 2013 dem Aufruf der «Empörten-Bewegung» und forderten – ähnlich wie die Demonstrantinnen und Demonstranten in Spanien – den Rücktritt der Regierung und das Ende der zerstörerischen Kürzungspolitik. Der Preis für die Troika-Kredite waren strikte Kürzungsmaßnahmen, die noch die letzten Reste europäischer Sozialstaatlichkeit hinwegfegen. In Bulgarien, wo diese nur äußerst rudimentär vorhanden ist, kann die drastische Anhebung der Strompreise und anderer Lebenshaltungskosten durch keine sozialen Transfers aufgefangen werden. Folgerichtig gingen die Menschen dort Tag für Tag auf die Straße und klagten ihr Recht auf eine warme Wohnung ein. Es kam zu schweren Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und den Protestierenden, die den Ministerpräsidenten Bojko Borissow Ende Februar 2013 schließlich zum Rücktritt veranlassten.

Es gibt ein wachsendes Unbehagen gegenüber der EU, auch innerhalb linker Parteien, das nicht dumpf nationalistisch, sondern erfahrungsgesättigt ist. Dem kann mit der Predigt eines hilflosen Internationalismus nicht begegnet werden.

Der Wahlsieg der Linkspartei Syriza in Griechenland zu Beginn des Jahres 2015 glich in dieser Situation der lang erwarteten Notbremse des dahinrasenden Zuges autoritärer Kürzungsmaßnahmen. Zumindest hat er die europäische Politik repolitisiert und eine Transformation in Europa überhaupt erst wieder denkbar gemacht. Die Herrschenden unternahmen von Anfang an alles, um die neue Regierung zu isolieren, denn auch in anderen Ländern drohen Regierungen des europäischen Austeritätsregimes abgewählt zu werden: in Portugal, in Irland und vor allem in Spanien. Ein mögliches linkes «Krisenbündnis» gewann realistische Konturen, das nicht nur linke Kräfte der Bewegungen und Parteien umfassen würde, sondern auch einer in Bedrängnis geratenen Sozialdemokratie die Chance böte, sich zu erneuern. Dies könnte die Kräfteverhältnisse in Europa verschieben und auch Bewegung in die Sozialdemokratie bringen, die sich bislang nicht aus der neoliberalen Welt zu lösen vermag. Denn ähnlich wie in Griechenland erleben wir in Reaktion auf die europäische Krise in Spanien eine dynamische Umwälzung und Reorganisierung des politischen Feldes – von links (Candeias 2015). Um dies zu verhindern und einer Kettenreaktion vorzubeugen, opfern die herrschenden Gruppen und Institutionen die Demokratie in Europa.

Doch schon vor dem Wahlsieg Syriza zeigte sich: Dort, wo die politische Linke bedeutungslos geworden ist, wo soziale Bewegungen schwach sind oder keine politischen Partner mehr haben beziehungsweise diese (einschließlich der Linken) als Teil des etablierten Systems unfähig sind, gesellschaftliche Alternativen aufzuzeigen, entwickeln sich Anti-Parteien: in Italien der MoVimento 5 Stelle (die Fünf-Sterne-Bewegung, vgl. den Beitrag von Porcaro in diesem Band) von Beppe Grillo oder die Palikot-Partei in Polen. Problematischer noch: Alte Gespenster kehren zurück. Rechtspopulistische und neofaschistische Parteien gewinnen an Stärke, etwa in Grie-

chenland (insbesondere vor dem Sieg Syriza, vgl. Psarras 2013), Italien und vor allem in Ungarn, dem ersten EU-Land, in dem das Parlament einem Verfassungsgericht das Recht entzogen hat, Gesetze hinsichtlich ihrer Verfassungskonformität zu prüfen. Damit wird die Verteidigung der Demokratie zu einer europäischen Aufgabe, wobei es angesichts der weitverbreiteten Wahrnehmung mangelnder Partizipationsmöglichkeiten darauf ankäme, die Kämpfe sozialer Bewegungen und linker Parteien zusammenzuführen.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2014 brachten zwar eine Stärkung linker Kräfte in den Krisenländern mit sich. Spektakulär waren jedoch die Stimmengewinne der national-populistischen, rechtsradikalen und neofaschistischen Kräfte (vgl. Janssen 2014 und Janssens Beitrag in diesem Band) – vor allem in Großbritannien und Frankreich, wo UKIP und Front National zur jeweils führenden Partei aufstiegen (in Frankreich begleitet von einer beschleunigten Selbstvernichtung der Sozialdemokratie). Die europäische Idee ist nicht nur in den Krisenländern schwer in Bedrängnis geraten.

3 Produktion von Rechtspopulismus

Der Verlust der Führungs- und Organisationsfähigkeit des neoliberalen Blocks zeigt sich auch daran, dass es ihm weder gelingt, die Interessen der Subalternen in das neoliberale Projekt zu integrieren, noch ist ein neuer Akkumulationsschub von diesem Projekt der Austerität zu erwarten. Die Position des gegenwärtigen Machtblocks ist zwar noch immer eine «herrschende», aber keine «führende» (Gramsci, Gef. 2: 354). Er besitzt die Macht, das Projekt zu radikalieren und institutionell festzuschreiben, doch wachsende Teile der Bevölkerung gehen nicht mehr mit. Gleichwohl setzen die Regierungen ungerührt ihre Politik der perspektivlosen Kürzungen fort oder nehmen nur – wie in der Bundesrepublik – ei-

nige kleine, meist kosmetische Korrekturen an der Agenda-Politik vor: ein unvollständiger Mindestlohn und für einige die Rente mit 63.

Die verschärften Ungleichheiten und die massive Prekarisierung bringen Verunsicherungen und Unzufriedenheit hervor, die aber kaum eine adäquate Form der Artikulation innerhalb des bestehenden Rahmens finden. Die etablierten Parteien hören nicht mehr zu und vertreten die Interessen der Subalternen nicht länger.

Es kommt zu einem «Zwiespalt zwischen Repräsentierten und Repräsentanten»: «An einem bestimmten Punkt ihres geschichtlichen Lebens lösen sich die gesellschaftlichen Gruppen von ihren traditionellen Parteien, das heißt, die traditionellen Parteien in dieser gegebenen Organisationsform, mit diesen bestimmten Männern, die sie bilden, sie vertreten oder führen, werden von ihrer Klasse oder Klassenfraktion nicht mehr als ihr Ausdruck anerkannt. Wenn diese Krisen eintreten, wird die unmittelbare Situation heikel und gefährlich, weil das Feld frei ist für die Gewaltlösungen, für die Aktivität obskurer Mächte, repräsentiert durch die Männer der Vorsehung oder mit Charisma» (Gramsci Gef. 7: 1577 f.).

3.1. Protoideologische Impulse

Einen solchen Vorgang belegen die Organisations- und Wahlerfolge rechtsradikaler Kräfte mit ihrer Vorliebe für Führungspersönlichkeiten. Der subjektiv erfahrenen Ungerechtigkeit kann individuell nicht begegnet werden, was Ohnmachtsgefühle verstärkt. Dies bringt Teile der bedrohten Mitte in Gegnerschaft zur vorhandenen Form der Vergesellschaftung (Laclau 1981: 80 f.). Das heißt nicht, dass die Einzelnen damit gleich rechte Einstellungen annehmen. Ernesto Laclau (2014) zeigt in seiner Analyse des schillernden Begriffs Populismus, dass es linke wie rechte Formen der Artikulation geben kann. Es kommt auf die Kombination oder Artikulation einzelner (ideologischer) Elemente an. Ein Beispiel: «Na-

tion» kann unterschiedliche Bedeutungen annehmen. Gramsci analysierte die Nationalstaatsbildung durchaus als geschichtlich progressiv; bei aller Kritik waren auch Marx und Engels für die 1848er-Bewegung; nationale Befreiungsbewegungen waren wichtige Akteure im antikolonialen Kampf, mit all ihren Widersprüchen. Befreiung und Emanzipation standen im Vordergrund. Verbindet sich «Nation» dagegen mit imperialistischer Expansion, erzwungener Homogenisierung und Vernichtung anderer ethno-nationaler Gruppen, dann bekommt der Begriff eine antiemanzipative und herrschaftsförmige Bedeutung – was auch häufig bei den genannten Beispielen geschehen ist.

Zunächst geht es um Verunsicherung und um das Bedürfnis nach Orientierung und Sicherung der Existenz der gesellschaftlichen Individuen. Damit sind eine ganze Reihe von Konflikten gemeint: Konflikte um die Teilhabe an der gesellschaftlichen Produktion, einem damit verbundenen ausreichenden Einkommen, um Verunsicherung der gesellschaftlichen Position durch sozialen Abstieg oder mangelnde Aufstiegsmöglichkeiten, um die Aushöhlung sozialer Rechte, um verunsicherte geschlechtliche Identitäten (v.a. bei Männern), um kosmopolitische versus nationale Lebensweisen, um Einwanderung, um damit verknüpfte Sicherheitsdiskurse, um Probleme der Reproduktion der nächsten Generation.

Damit verbunden ist eine Krise traditioneller Ideologieelemente und Werte wie (Industrie-)Arbeit, Familie, Nation, Geschlecht, ohne dass eine neue Artikulation gesellschaftlicher Formen eine vergleichbare identitäre Sicherheit böte. Das allein führt nicht notwendig nach rechts, liegt doch in der Verunsicherung überkommener Identitäten ein erheblicher Freiheitsgewinn und zivilisatorischer «Fortschritt» verborgen. Allein, eine emanzipative Praxis konnte bislang die damit verbundene Verunsicherung nicht aufgreifen und produktiv wenden.

Darin zeigt sich, dass es sich um «protoideologisches Material» (Haug 1993: 52) handelt. Der Impuls der Unzufriedenheit ist noch nicht selbst ideologisch. Dies hängt davon ab, wie er sich mit anderen Elementen artikuliert oder artikuliert wird. Die Unzufriedenheit kann in solidarische, horizontale Praxen der Selbst-Vergesellschaftung von «unten» gewendet werden (wir kommen später darauf zurück) oder eben in herrschaftsförmige, hierarchische, abwertende und ausgrenzende etc. Praxen.

Trotz der unterschiedlichen gesellschaftlichen Stellungen der betroffenen Gruppen weisen sie einen gemeinsamen Grundzug auf: ihre Trennung von den zentralen Positionen im herrschenden Machtblock (vom abgehängten Prekariert über den verunsicherten Facharbeiter oder Ingenieur bis zum zornigen Ökonomieprofessor). Eine Mehrheit der Bevölkerung glaubt, dass eine politische Einflussnahme durch die Bürger nicht mehr möglich ist, die «politische Kaste» (Podemos) sich verselbstständigt hat.

Darin liegt der Kern des Populismus (populus = Volk), der links wie rechts gewendet werden kann. Das Wort Volk kann den Gegensatz zwischen Oben und Unten, zwischen Herrschern und Beherrschten benennen und eine Vielheit populärer Klassen meinen (die Bedeutung von *pueblo*) oder essentialistisch ein homogenes, gar «reinrassiges» Volk (die Bedeutung von «Volksgemeinschaft»).

Populismus betont zunächst nur den Widerspruch zwischen Regierten und Regierenden, geprägt vom Misstrauen gegen die «politische Klasse». Doch es geht um die konkrete Artikulation/Verbindung der ideologischen Elemente. Denn hinzu kommt häufig ein widersprüchlicher Antiintellektualismus, eine Ablehnung kleiner Reformschritte, häufig ein konservatives Eintreten für die Bewahrung einer vermeintlich «guten alten Zeit» und gleichzeitig ein Plädoyer für ein diffuses Durchgreifen im Sinne eines Tabula rasa. Eindeutig nach

rechts gewendet wird der Populismus in Verbindung mit gruppenbezogenen Abwertungsdiskursen etwa gegen «Sozialschmarotzer», «Asylanten» oder «Schwule». Ein rechter Populismus verfiert also eher Klassismus (gegen Klassenfraktionen am unteren Rand der Gesellschaft) als Klassenpolitik, einen völkischen, rassistischen oder chauvinistischen Nationalismus als eine Politik der souveränen Selbstbestimmung einer Bevölkerung (z. B. gegen transnationale Kapitale), eine essentialisierende heteronormative Geschlechteridentität mit antifeministischen Haltungen als offene Identitäten und Geschlechtergerechtigkeit. Ein rechter Populismus setzt auf Entlastung, Selbststabilisierung, Selbstfeindschaft (Klaus Holzkamp) und ihre Verschiebung auf andere statt auf eine erweiterte gemeinsame Handlungsfähigkeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen aller.

Die Grenzen zwischen konservativen, nationalpopulistischen und modernisierten rechtsradikalen Parteien sind dabei fließend. Sie bedienen häufig dieselben Argumentationsmuster und Bilder, führen jedoch auch heftige Abgrenzungskämpfe untereinander (vgl. Janssen 2014). Gemeinsam grenzt man sich gegen noch weiter rechts stehende traditionelle oder neonazistische Kräfte ab, die der Eroberung der bedrohten Mitte und der empörten bürgerlichen Klasse entgegenstehen.

3.2. Von der rechten Euro-Kritik zu Pegida

Von rechts bedient die Alternative für Deutschland (AfD) den Traum von der Rückkehr zur D-Mark. Sie setzt dabei auf ökonomisch freundlich verpackte rassistische Argumente gegen eine gemeinsame Währung und verbindet dies mit der Forderung nach Wiedereinführung der Visumpflicht als Mittel gegen unkontrollierte Zuwanderung, nach Beibehaltung von Austeritätspolitik als Klassenprojekt plus Propagierung eines zutiefst konservativen heteronormativen Familienbildes. Man

könnte die Haltung der AfD als reaktiven Nationalismus und mindestens strukturellen Rassismus bezeichnen, der auf die Verunsicherung durch die Krise reagiert. Bei dem Versuch, Selbststabilisierung zu erreichen, wird der Anschluss an imaginäre Gemeinschaften gesucht, ohne Klassen oder andere gesellschaftliche Gegensätze – was Benedict Anderson *imagined communities* genannt hat. Ethnische oder nationale Konstruktionen eignen sich als ideologische Gedankenform, mit deren Hilfe Konkurrenz- und Unsicherheits Erfahrungen subjektiv bewältigt werden können. Im Fall der AfD müsste man wohl Andersons Begriff variieren: Die Sehnsucht nach einem überschaubaren und beeinflussbaren Währungs- und Wirtschaftsraum beschwört das Bild einer *imagined economy* von Nationalökonomien oder Volkswirtschaften herauf, die es längst nicht mehr gibt. Jahrzehntlang hat sich die kritische Wissenschaft bemüht zu begreifen, wie sich eine transnationale Bourgeoisie und ein Ensemble transnationaler staatlicher Apparate und Abkommen entwickeln, um intensive transnationale Produktions- und Distributionsnetze zu flankieren. In diesem Prozess wurden lokale, regionale, nationale, supranationale und internationale Ebenen in einem Geflecht transnationaler Herrschaftsräume verwoben (Haug 2013; Candeias 2003; Borg 2001; Gill 2000; Altvater/Mahnkopf 1996). Dies hat keineswegs zur beschworenen Überwindung der Nationalstaaten oder zur «Denationalisierung» geführt (Zürn 1998; Habermas 1998; Beck 1998). Vielmehr spielen «nationale Wettbewerbsstaaten» (Hirsch 1995) eine entscheidende Rolle im Prozess der Transnationalisierung. Sie selbst sind dabei «Verdichtung und Materialisierung» inter- und transnationaler Kräfteverhältnisse (Poulantzas 2001: 55).

Die Euro-Kritik allein hätte den Aufstieg der AfD ohnehin kaum konsolidieren können. Zu deutlich wäre der Klassencharakter der Partei der wütenden marktradikalen Professoren ge-

wesen, die eher mit Arroganz und Verachtung den Subalternen gegenüber treten (anders als bei den «Arbeiterparteien» UKIP und Front National, die gesellschaftlich breiter verankert sind). Entsprechend wird von der AfD eine strikte Austeritätspolitik vertreten, inklusive weiterer Kürzungen bei Sozialleistungen, Verschärfung der Hartz-IV-Regelungen und Beschneidung demokratischer Rechte für Prekäre («Wahlrecht nur für Nettosteuerzahler», vgl. Wiegel 2014: 86). Der Spitzensteuersatz soll demgegenüber auf 25 Prozent gesenkt werden. Auch hinter den Forderungen nach einer Auflösung der Euro-Zone stehen vor allem die Verbände der Klein- und mittelständischen Familienunternehmen (vgl. Heine/Sablowski 2013) – die populären Klassen der Unzufriedenen lassen sich damit nur bedingt mobilisieren.

Erst das strategische Aufgreifen und Verstärken von antifeministischen, antimuslimischen, homophoben, antiliberalen und gegen Minderheiten gerichteten Positionen ermöglichte es der AfD entgegen ihrer Klassensammensetzung, auch populäre Missstimmung von unten in populäre Zustimmung zu verwandeln (vgl. Hall 1982: 114): Gegen «die da oben» und gegen «unten». In ihrem Kulturkampf bricht die Partei mit vermeintlichen Tabus der Political Correctness, spricht aus, was man angeblich nicht laut sagen dürfe, aber doch verbreitete Volksmeinung sei – eine Taktik, wie sie bereits von Thilo Sarrazin erfolgreich vorgemacht wurde: «Die Schere zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung muss sich wieder schließen» (AfD 2014: 7). dazu gehören auch Polemiken gegen die «Einwanderung in unsere Sozialsysteme», mit denen eine «Ethnisierung der sozialen Frage» (Wiegel 2014: 83) vorangetrieben wird. Die prekäre «Wohlstandsinsel Deutschland» soll vor illegitimen, «fremden» Ansprüchen geschützt werden, ob vor Sinti und Roma aus Rumänien und Bulgarien, vor überhöhten Ansprüchen der Sozialempfänger, vor Rettungs-

aktionen für die Krisenländer in Südeuropa, vor den Eurokraten oder den globalisierten Bankkonzernen, aber auch gegen die Bedrohung von Identitäten durch «Überfremdung» durch Einwanderung oder «Umerziehung» durch die Post-68er. Was zunächst als spezifischer Elitendiskurs begann, wurde zu einer populären Stimmung, die etwa von Pegida aufgegriffen wurde.

4 Rechtspopulismus und die Linke

Die antifaschistische Praxis, die Politik und Ideologie der Rechten zu skandalisieren, ihre Positionen aufzudecken und überzeugende Gegenargumente vorzubringen ist notwendig. Dazu gehört auch die Verurteilung von Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus. Bleibt es dabei, unterliegt man jedoch schnell einem «aufklärerischen Irrtum» – schon die bloße pädagogische Haltung wird von den Betroffenen aktiv zurückgewiesen. Dazu kommt, dass die Partei DIE LINKE von vielen selbst zum etablierten politischen Establishment gezählt wird. Auch gelingt es damit in den seltensten Fällen, den Einfluss der Rechten zurückzudrängen.

Zu den klassischen Strategien gehört auch die gesellschaftliche Ächtung, der unmittelbare Protest bis hin zur zivilgesellschaftlichen Konfrontation, wie etwa in Köln erfolgreich gegen PRO-Köln praktiziert. Was bei spektakulären Blockaden gegen Nazis wie in Dresden funktionierte und breite Bündnisse der Zivilgesellschaft (auch gegen die Repression staatlicher Apparate) ermöglichte, ist jedoch gegen modernisierte rechte Massenparteien nur begrenzt hilfreich. «Hauptsächlich auf Protest orientiertes Herangehen entspricht nur partiell den Erfordernissen einer Gegenoffensive» (Gauthier 2004, 73). Dies ginge auch an den zum Teil berechtigten Ängsten und Problemen der bedrohten Mitte und der Prekären vorbei, die – ohne reale Alternativen aufzuzeigen – von rechts aufgegriffen werden. Das bedeutet im

Umkehrschluss nicht, an allen Interessen dieser Gruppen von links anzuschließen: gegenüber gruppenbezogenen Abwertungsdiskursen und antiemanzipatorischen, Herrschaft reproduzierenden Positionen muss natürlich eine Grenze gezogen werden. Schließlich kann es nicht darum gehen, auf dem gleichen Terrain wie die Rechte zu agieren. Sinnvoll wäre es, «andere Themen, Perspektiven und Werte» zu (wahl-)entscheidenden Punkten zu machen (vgl. Kahrs 2015b).

Die klare Ablehnung des autoritären, neoliberalen Krisenmanagements zum Beispiel war medial durchaus erfolgreich und wurde an der Wählerbasis der LINKEN überwiegend positiv aufgenommen. Besonders wichtig war dabei, immer wieder die Ursachen der Krise hervorzuheben, mit einer Perspektive der Solidarität mit den Krisenopfern und -ländern zu verbinden und so einen Klassenstandpunkt deutlich zu machen, statt sich durch eine nationalistische Deutung – etwa dass die Konfrontation zwischen Krisenländern und den «deutschen Steuerzahlern» verlaufe – spalten zu lassen. Gegen die geballte Propaganda von den «faulen Griechen» und andere Diffamierungen vonseiten der Regierungen und der Leitmedien (die von rechts noch verschärft wurden) konnte dies sicher nicht viel ausrichten. Doch hat die Linke verhindert, dass noch mehr Menschen ihren Protest durch eine Wahl der AfD deutlich machten. Auch das konsequente Eintreten für eine Umverteilung, für eine Beteiligung der Reichen und Vermögenden an der Finanzierung des Gemeinwohls und des Öffentlichen hat sicherlich in diesem Sinne gewirkt. Gleichwohl haben entsprechende Kampagnen nicht die gewünschte Kraft entwickelt.

Denn auch wenn große Teile der Bevölkerung häufig die Positionen der Linken teilen – auch viele der weitergehenden Forderungen (Umfragen bestätigen dies) –, führen richtige Forderungen oder richtige Argumente keineswegs automatisch zu ihrer Durchsetzung.

«Eine programmatische Debatte» über linke Optionen und Alternativen ist sinnvoll und notwendig, aber zahnlos, wenn es allein dabei bleibt. Mehr noch: Die Vermittlung umfassender Alternativen oder fertiger Utopien muss scheitern (Hirschfeld 2014: 101). Selbst wenn es gelingt, einzelne, gezielt populäre Forderungen medial zu vermitteln – auch die bessere populistische Anrufung verpufft ohne eine populäre Praxis nach kurzer Zeit.

4.1 Gegenmittel: Strategiewechsel für «wirkliche» Demokratie

Immerhin erstaunlich, dass in Spanien und Griechenland, aber auch in Portugal der Aufstieg der extremen Rechten nicht stattgefunden hat oder bei der Goldenen Morgenröte deutlich begrenzt wurde. Dort brachte der Ruf nach «wirklicher Demokratie» unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen bei der Besetzung der Plätze zusammen. Auch wenn ein urbanes Prekariat Träger der Bewegung war, ging die Zusammensetzung auf den Plätzen weit darüber hinaus (Candeias/Völpel 2014: 47 ff.). Darauf konnte eine emanzipatorische, demokratische Praxis aufbauen, die den Protest in konkrete Organisation überführte.

Ganz entscheidend für einen Strategiewechsel ist es, vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus Griechenland und Spanien (vgl. Candeias/Völpel 2014) die begrenzten Ressourcen zu nutzen um solidarische Netzwerke und Strukturen auf den Weg zu bringen, «die in der Lage sind, die unmittelbaren Bedürfnisse und Nöte zu befriedigen» (Porcaro 2010: 74) – keine «rein altruistischen», sondern «mutualistische, also auf gegenseitiger Hilfe basierende Vereinigungen» (Porcaro 2011: 33). Deren elementaren Bestandteile sind lokale Einheiten, in denen Mitglieder nicht einfach nur über Politik diskutieren, sondern darüber hinaus gemeinsam Alltagspraxen teilen, Zwangsäumungen verhindern, Mieter organisieren, Arbeitskämpfe unterstützen – oder eben Neofaschisten bekämpfen. Solidarnetzwerke, die

so mehr Menschen in die Organisation einbeziehen, ob in soziale Bewegungen oder in Parteien und Gewerkschaften, die sich freilich selbst entsprechend reorganisieren.

Solche wechselseitigen Solidaritätsnetze dürfen sich nicht darauf beschränken, einfach Hilfe anzubieten, sondern müssen selbst zu Orten politischer Aktion, Organisation und Schulung werden. Dies macht unter anderem die Stärke von Solidarity4all in Griechenland aus oder von neuen Massenbewegungen wie der Plattform der Hypothekengeschädigten (PAH) in Spanien (Candeias/Völpel 2014: 177 ff. u. 132 ff.).

In solchen Solidarstrukturen als organisatorischen Knoten kann «das Selbstbild der Menschen von dem, was sie erreichen können», verändert, «mit ihnen zusammen das Verständnis ihrer eigenen Fähigkeit zur Macht» entfaltet werden (Wainwright 2012: 122): «Wir sind viele» – diese Erfahrung stärkt das Vertrauen in die gemeinsame Handlungsfähigkeit.

Die Solidarstrukturen sind damit außerdem potenziell ein «wirksames Gegenmittel gegen (rechten) Populismus» (Porcaro 2011: 33) und können auch Abhängigkeiten gegenüber einer (z. B. linken) Regierung mindern und Klientelismus vorbeugen. Die in den Solidaritätsnetzen agierenden Personen beschränken sich nicht auf «bürgerschaftliches Engagement», das die Defizite des ausgedünnten Sozialstaats kompensiert, sondern zielen mit Aktionen des zivilen Ungehorsams und der direkten Aneignung auf seine Rekonstruktion und seinen demokratischen Umbau. Ausbau und Demokratisierung des Sozialstaats sollen aus dieser Perspektive Mittel und Entscheidungsmacht in die Zivilgesellschaft umleiten. Dies wäre eine konkrete «linkspopulistische» oder besser «popular-demokratische» Option (Hall 1982).

Der Strategiewechsel kann als Wechsel vom Symbolischen (den Platzbesetzungen) zum Materiellen (den Interventionen in konkrete

soziale Verhältnisse) bezeichnet werden: Von der demokratischen Selbstvergesellschaftung auf den Plätzen zur Selbstermächtigung zu demokratischer Intervention in spezifische Alltagsproblematiken durch zivilgesellschaftliche Organisation. So konnte in Spanien wie in Griechenland die Basis des Protestes verbreitert werden, weit über die üblichen Milieus der Linken und der Aktiven hinaus. Hier werden politische Subjekte geschaffen, aber auch eine verbindende Praxis entwickelt: Diese fragt nach Ursachen, nach übergreifenden Problemen und Begrenzungen des Engagements durch institutionelle Schranken, organisiert übergreifenden Protest gegen Kürzungspolitik und autoritären Neoliberalismus, kümmert sich insbesondere um Strategiefragen mit Blick auf eine weitergehende gesellschaftliche Veränderung für «wirkliche Demokratie» und ein anderes Verhältnis von Politik und Ökonomie (hier scheint dann auch die Kapitalismuskritik deutlich auf). Darin wird auch – im Zusammenhang der autoritären Veränderungen – politisiert, mit einer breiten Mobilisierung gegen neonazistische Aktivitäten, gegen die Veränderung von Abtreibungsgesetzen, Polizeibrutalität, Kriminalisierung und anderes. Darin lässt sich übergreifende Solidarität erfahren. Die Suche nach einer «wirklichen Demokratie» lenkt die Orientierung auf gemeinsame Aktionen, Massenproteste und gemeinsame Perspektiven.

Und die neuen Demokratiebewegungen bleiben nicht dabei stehen: Es genügt nicht mehr, Plätze zu besetzen, die Straße zu erobern, symbolische Aktionen durchzuführen, Zwangsräumungen zu verhindern, Bürgerbegehren zu gewinnen, die Zivilgesellschaft zu organisieren. Sie zielen auf die Eroberung und Umgestaltung der Institutionen. Syriza in Griechenland (Candeias/Völpel 2014), die von Guanyem Barcelona/Barcelona en Comú (Barcelona gewinnen/Barcelona Gemeinsam, vgl. Colau 2014; Candeias 2014) ausgehenden Plattformen für die anstehenden Kommunal-

und Regionalwahlen in ganz Spanien sowie Podemos (Iglesias 2014; Zelik 2014; Candeias 2014) symbolisieren Verdichtungspunkte, die die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten der Selbstorganisation und des Protests in die Perspektive der Eroberung der Regierungsmacht übersetzen. Die enge Verknüpfung von zivilgesellschaftlicher Organisation und der Suche nach Parteien oder Plattformen neuen Typs, die parlamentarische Aktivität mit zivilgesellschaftlichen Versammlungen und Räten zu verbinden sucht, bietet eine Grundlage für verbindende Praxen jenseits der simplen Repräsentation. Podemos beispielsweise verfolgt – Laclau folgend (der sich wiederum auf Gramsci beruft) – eine Option des diskursiv konstruierten Populismus, der die Konvergenz der vielen unterschiedlichen Gruppen und Forderungen, Identitäten und Kulturen eben diskursiv zusammenbindet und verdichtet. Damit unterscheiden sie sich deutlich von Syriza, die – eher Gramsci folgend – eine organisch-populäre Option verfolgt, die auf einer alltäglichen und engen Kooperation mit den Bewegungen und Solidarstrukturen aufbaut und von dort aus mit der gewonnenen Glaubwürdigkeit auch andere Teile der Bevölkerung zu repräsentieren sucht. Beide Strategien zu verbinden suchen neue verbindende Plattformen wie Barcelona en Comú oder Ahora Madrid (Jetzt Madrid) auf regionaler und kommunaler Ebene (Candeias 2015).

4.2 Selbstermächtigung und Solidaritätsnetzwerke: den Wärmestrom wieder aktivieren

Auch gibt es die Debatte um eine entsprechende Strategie, die sich stärker der Intervention in konkrete soziale Alltagsverhältnisse zuwendet und dies mit veränderten Praxen innerhalb eines linken Mosaiks verbindet. Für die Bewegungen hieße das, den Schwerpunkt von Kampagnen/Protest-Events hin zur konkreten Organisation zu verschieben und Bündnisse über die linken Milieus hinaus zu

schließen, wie exemplarisch bei Mieterinitiativen wie Kotti & Co, bei Flüchtlingsprotesten und bei «Recht auf Stadt»-Bündnissen geschehen; es ginge aber auch um die Unterstützung und Bildung von Bündnissen etwa bei den Kämpfen um Personalbemessung an der Charité oder bei der Organisation der Prekären im Einzelhandel bei H&M, Zara und Co. – vielversprechende Initiativen, die bislang aber unverbunden bleiben.

In der Partei Die LINKE geht es um die Debatte über Strategien, wie die Partei weiterentwickelt werden kann, um die Suche nach einem neuen «strategischen Anker» (Kipping) jenseits der Anti-Hartz-IV-Partei. Dabei soll das Verhältnis von neuen Initiativen des transformativen Organisierens (Williams 2013) und parlamentarischer wie medialer Arbeit der Partei produktiver gestaltet werden. In allen Fällen geht es um Praxen, die verbreitern («mehr werden»), «verankern» und perspektivisch verbinden sollen (Kipping/Riexinger 2013). Noch gibt es nur Ansätze einer solchen verbindenden Praxis, wie sie in Spanien und Griechenland in Bewegungen und Parteien anderer Typs bereits erprobt wird.

Für die Partei DIE LINKE hieße dies auch, Basisstrukturen zu stabilisieren, indem sie attraktiver für (nicht nur junge) Neumitglieder und politisch Interessierte werden, einen stärkeren Plattformcharakter erhalten, statt Selbstbeschäftigung sich konkreten sozialen Problemen vor Ort widmen und eben Solidari-tätsarbeit im Nahbereich mit politischer Organisation verbinden.

Oskar Negt sieht eine Gefährdung der Demokratie als Lebensweise in der «Zerstörung lebensnotwendiger Zwischenebenen» (vgl. Kahrs 2015b): Ebenen, in denen Menschen ihre eigene Handlungsfähigkeit im Austausch mit anderen erleben können, in denen sie soziale Beziehungen knüpfen, ihr Leben gestalten können. Das können Nachbarschaften sein, gewerkschaftliche Kommunikationszentren, lokale Initiativen, Basisorganisationen von Be-

wegungen oder Parteien. Wo solche Räume, Organisationen oder Institutionen verschwinden, verlieren Menschen ihr Interesse am Gemeinwesen (ebd.). Das Politische erschöpft sich nicht in «großer Politik», muss vielmehr im Alltag der Menschen ankommen und diesen selbst als Sphäre der Politik begreifen.

Das klingt banal, ist es aber keineswegs. Konzepte wie «Mitgliederpartei» versus «Bewegungspartei» greifen zu kurz, auch die Betonung der Funktion als parlamentarische Linke und als Stimme für linke Positionen und Programmatik in den Medien ist zu wenig: Zum Teil fällt es schwer, die unverzichtbare zivilgesellschaftliche Verankerung überhaupt noch zu denken – dabei war dies die große Stärke von Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung, von Konsum- und Produktionsgenossenschaften, kollektiv organisiertem Wohnen wie zum Beispiel im «Roten Wien». Vielfach ist nicht mehr zu erkennen, dass es auch darum gehen muss, «mehr zu werden», die Basis einer gesellschaftlichen Linken zu verbreitern. Die Selbstbeschränkung auf eine «kleine Partei» und eine bestimmte Rolle der parlamentarischen Repräsentation kann unter veränderten Bedingungen rasch dazu führen, dass die Partei von neuen Akteuren überholt wird und überflüssig wird. In Spanien ergeht es der Izquierda Unida, die zu spät ihren umfangreichen Erneuerungsprozess begonnen hat, gerade mit Podemos so.

Für die radikale Linke und für soziale Bewegungen hieße dies vor dem Hintergrund der Bewegungen der Plätze (etwas überspitzt): künftig mehr materielle Intervention in soziale Problemlagen wie bei Kotti & Co und weniger symbolische Politiken wie bei Blockupy (Blockupy war in einem bestimmten historischen Moment ein unverzichtbares Zeichen der Solidarität aus dem «Herzen der Bestie» mit der Bevölkerung in den südeuropäischen Krisenländern, lässt sich aber nicht jedes Jahr wiederholen – es droht die Gefahr der Ritualisierung).

Es ist nicht sinnvoll, der herrschenden Klasse bei ihrer transnationalen Organisation zu folgen. Dies wurde schon am Beispiel der globalisierungskritischen Bewegung deutlich: Zu wenige konnten einbezogen werden, der Gegner – damals IWF und G7, heute die EU – war kaum erreichbar. Den Bewegungen in Spanien und Griechenland hingegen gelang eine breite gesellschaftliche Verankerung, weit über die üblichen linken Verdächtigen hinaus. Das hindert sie nicht daran, an einem transnationalen Erfahrungsaustausch und an strategischen Debatten auf europäischer Ebene teilzuhaben. Aber angesichts begrenzter Ressourcen hat dies keine Priorität. Sie werden dort eingesetzt, wo die Bewegung gestärkt werden kann und Erfolge erzielt werden können. Im Ergebnis kann dann auch institutionelle Macht errungen werden, zunächst auf regionaler Ebene (bereits jetzt in Thessaloniki und Athen, im Mai 2015 z. B. auch in Barcelona und Madrid, vgl. Candeias 2014 u. 2015). Nach Griechenland ist nun auch in Spanien ein Sieg der Linken auf nationaler Ebene möglich geworden. Ein weiterer linker Wahlsieg in einem der großen EU-Mitgliedsstaaten wäre ein kleines Erdbeben für die Verhältnisse in der Europäischen Union. Dann wäre eine Solidaritätskampagne erforderlich, um über den Bruch mit der Austeritäts- und Schuldenregime die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen.

4.3 Populare Politik und verbindende Repräsentationen

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Es geht nicht um die Orientierung auf den Typus «Bewegungspartei». Auch wenn es gelingen sollte, mehr Aktive vor Ort in konkrete Organisation einzubeziehen, wäre es ein Fehlschluss, diese stärkere zivilgesellschaftliche Verankerung der Bewegungen oder der Partei als «Ausdruck der Bevölkerung» zu betrachten. Sie zeigen nur einen Ausschnitt, von Teilen, die Zeit und Ressourcen für politisches Engagement haben. Die Partei muss auch

Gruppen erreichen, die Bewegungen oft nur schwer oder gar nicht erreichen, die sich von der Politik vielleicht aus gutem Grund abgewandt haben. Eine Verankerung in der Bevölkerung und eine Verbindung ihrer aktiven Teile mit linken Organisationen und Bewegungen reichen nicht aus.

Die Tendenz, sich zu sehr auf die Selbstorganisation einer – durchaus wachsenden – aktivistischen Szene zu konzentrieren, geht dem Problem des Bündnisses mit den Marginalisierten und Enttäuschten oder der bedrohten Mitte aus dem Weg. Dies wiederum fördert Misstrauen «gegenüber den Trägern spezialisierten Wissens» (Porcaro 2011: 31). Die Spaltung behindert die Handlungsfähigkeit der populären Klassen und lässt Teile «zum Subjekt der populistischen Revolte gegen alle gesellschaftlichen «Vermittler» (politische Klasse, Experten, linke Aktivisten, Intellektuelle jeglicher Art) werden (ebd.: 31 f.) – gegen «die da oben». Wenn es keine überzeugende linke Alternative gibt, folgt eben manchmal die Orientierung auf einen politischen Anführer oder auf rechtspopulistische Anrufungen.

Diese Situation erfordert, das Verhältnis von Selbstorganisation und Repräsentation neu zu denken. Es sind dabei auch jene populären Klassen miteinzubeziehen, die «aus isolierten Individuen» bestehen, «die sich nicht durch Selbstorganisation verbinden». Es sind Fraktionen, die entweder nicht über die Ressourcen (Zeit, psychophysische Konstitution, «kulturelles Kapital», räumliche Nähe etc.) verfügen, um sich selbst zu organisieren, und/oder «die traditionellen Parteien kritisieren, aber trotzdem von einer «effizienten» Partei träumen, ein «Volk», das den Staat kritisiert, aber trotzdem einen einflussreichen Staat will, der in der Lage ist, sie vor den Auswirkungen der Krise zu schützen» (ebd.: 32), «die da oben» kritisieren, aber einen Anführer suchen.

Damit diese Gruppen nicht von neuen rechten oder (proto-)faschistischen Parteien eingebunden werden oder sich diffusen neuen Forma-

tionen anschließen, müsste eine linke Partei als Teil oder als spezifische Funktion eines Mosaiks nicht nur stärker zur Bewegungspartei werden, sondern wahrscheinlich «auch einige Wesenszüge der alten Massenpartei übernehmen». Sie müsste repräsentieren und vielleicht auch, «mit der gebotenen Vorsicht, einige Aspekte einer Politik nutzen, die sich auf persönliches Charisma stützt» (ebd.) – ein postautoritäres Charisma einer Gruppe, das durch Überzeugung und Führung gekennzeichnet ist, mit der Durchsetzung sozialer Verbesserungen beziehungsweise mit dem Abbau sozialer Zwänge und Nöte die Handlungsfähigkeit der Einzelnen stärkt und Möglichkeiten zur Selbstaktivierung und Selbstregierung entwickelt. Repräsentation kann so verbindend wirken, freilich – in Erinnerung an Gayatri Spivak – immer in der Gefahr, die Subalternen der eigenen Sprache zu berauben oder «für ihre Sprache taub zu sein» (Kaindl/Rilling 2011: 22). Repräsentation bleibt immer prekär.

So operieren sowohl Syriza und Podemos mit charismatischen Führungspersönlichkeiten als auch Bewegungen wie die PAH. Nachdem Ada Colau als Sprecherin der Plataforma de Afectados por la Hipoteca (PAH) zu einer Galionsfigur der Krisenproteste in Spanien geworden ist, hat sie ein neues Projekt in Angriff genommen. Sie ist eine der Sprecherinnen von Barcelona en Comú, einer Bürgerplattform, die sich Ende Juni in Barcelona vorgestellt hat und eine radikaloppositionelle Kandidatur für die Bürgermeisterwahlen 2015 vorschlägt. Die Initiative ist breit angelegt. Sie richtet sich zunächst an die nicht organisierte gesellschaftliche Mehrheit, an jene, die weder in Bewegungen noch in Parteien aktiv sind. Ihre Basis sind die organisierten Nachbarschaften, die Bewegungen. Barcelona en Comú gelang es auch, alle politischen Organisationen der Linken (bis auf die Parteien für katalanische Unabhängigkeit) hinter sich zu bringen.

Das postautoritäre Charisma von Alexis Tsipras, Pablo Iglesias oder Ada Colau ist we-

niger ihr persönliches noch ein durch ein Amt verliehenes. Vielmehr verdichtet sich in diesen Personen die Kultur einer Suche nach wirklicher Demokratie, neuen solidarischen Umgangsformen und politischen Methoden – sie repräsentieren die neuen politischen Formen (vgl. Candeias/Völpel 2014: 209). Entfernen sie sich davon, verlieren sie das entsprechende Charisma. Mit Blick auf die Selbstorganisation der sie tragenden Bewegungen wird sich sicherlich eher am Prinzip der Delegation als an dem der Repräsentation orientiert. Postautoritäres Charisma ist daher etwas anderes als das autoritäre Charisma einer (tendenziell nicht mehr hinterfragbaren) Führungsfigur, die die Macht auf sich konzentriert. Vorläufig zumindest gelingt es den Organisationen damit, breite Teile der Bevölkerung auch jenseits der vielen Aktiven tatsächlich zu repräsentieren.

4.4. Mitte-unten: Grundlagen für ein Bündnis von Prekären, bedrohter und solidarischer Mitte

Das Gegenmittel muss mindestens drei Aspekte kombinieren: Die Partei DIE LINKE hat für viele ihr Protestpotenzial verloren. Ihre erfolgreiche Stabilisierung lässt sie selbst als Teil der etablierten Parteien erscheinen, nicht zuletzt in den östlichen Bundesländern, wo sie auch Regierungspartei ist. Die (teilweise ritualisierten) Protestformen der gesellschaftlichen Linken sind ebenfalls offensichtlich für viele jenseits der üblichen Verdächtigen nicht mehr attraktiv. Die Artikulation der Unzufriedenheit kann dagegen über eine Verbindung mit entsprechenden Interventionen in konkrete soziale Alltagsprobleme neue Attraktivität vermitteln, durch eine Verbindung von Protest, direkter Verbesserung sozialer Lagen und erlebter Selbstermächtigung. Damit kann a) der Hinwendung von Unzufriedenen aus der bedrohten Mitte und der prekarierten sozialen Gruppen zu rechten Protestparteien entgegengewirkt und die Unzufriedenheit auf erreichbare Gegner gelenkt werden (statt auf

«Sündenböcke»). Vor allem aber kann b) auch der klassenspezifischen Entmutigung der Prekären entgegengewirkt werden.

Zugleich können diese Formen der Intervention und Organisation c) eine Grundlage für Mitte-unten-Bündnisse (Brie 2007) legen, die Solidarität in den Mittelpunkt stellen. Es gibt eine nach wie vor solidarische Mitte. Sie ist jedoch durch die Entmutigung des Unten oder durch die Formen der Protestartikulation von unten diesen sozialen Gruppen zunehmend entfremdet. Das zivilgesellschaftliche Engagement der solidarischen Mitte verläuft getrennt von den unteren sozialen Gruppen, organisiert sich um Proteste und Themen, die an den Bedürfnissen und Interessen der Prekären vorbeigehen und sich nicht mit ihnen verbinden; das zeigen Stuttgart 21, Castor-Proteste oder Bewegungen für ökologischen Konsum und Postwachstum. Eine verbindende Perspektive dieser Kämpfe wäre die Forderung nach einer entgeltfreien sozialen Infrastruktur. Sie umfasst eine bedingungslose sozialökologische Grundversorgung, etwa in den Bereichen Energie, Trinkwasser, Mobilität, Internet, sowie kostenlose Gesundheitsversorgung, Bildung und Weiterbildung und ein Recht auf bezahlbares Wohnen (vgl. Steckner/Candeias 2014) – Bereiche, in denen Kämpfe der solidarischen Mitte (z. B. Initiativen für Rekommunalisierung oder gegen Gentrifizierung) und erneuerte solidarische Netzwerke (z. B. für die Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen, gegen Zwangsräumungen und überhöhte Mieten) zusammenkommen können.

Die Beispiele eines populären Projekts wie in Spanien und Griechenland (auch wenn die Verhältnisse noch nicht ganz vergleichbar sind) zeigen, wie eine verbindende gesellschaftliche Partei wirksam werden kann. Sie überwindet die alten Vorstellungen der klassischen Massenpartei wie die Trennung von Partei und Bewegung. Die verbindende Partei ist «die Vereinigung der unterschiedlichen (politischen) Subjekte in Formen, die die bestehen-

den Unterschiede nicht beseitigen wollen» (Porcaro 2010: 73), die Autonomie der unterschiedlichen Organisationen und Funktionen sichert, Alltagspolitik, Selbstorganisation und Repräsentation neu verknüpft (ausführlich dazu vgl. Candeias/Völpel 2014: 205 ff.).

Literatur

- Altwater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (1996):** Grenzen der Globalisierung, Münster.
- Beck, Ulrich (1998):** Politik der Globalisierung, Frankfurt a.M.
- Borg, Erik (2001):** Projekt Globalisierung. Soziale Kräfte im Konflikt um Hegemonie, Hannover.
- Brie, Michael (2007):** Der Kampf um gesellschaftliche Mehrheiten, in: Brie, Michael/Hildebrandt, Cornelia/Meuchemacher, Meinhard (Hrsg.): DIE LINKE. Wohin verändert sie die Republik?, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Texte, Nr. 40, Berlin, S. 13–45.
- Candeias, Mario (2009):** Neoliberalismus. Hochtechnologie. Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen Produktions- und Lebensweise, 2. Aufl., Berlin/Hamburg.
- Candeias, Mario (2011):** Handlungsfähigkeit und Transformation, in: LuXemburg 2/2011, S. 6–13.
- Candeias, Mario (2013):** Linke Strategien in der Eurokrise, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Analysen, Berlin.
- Candeias, Mario (2014):** Wirkliche Demokratie und die Eroberung der Institutionen. Dynamische Reorganisation der Linken in Spanien, in: Neues Deutschland v. 9.8.2014, unter: www.neues-deutschland.de/artikel/941800.wirkliche-demokratie-und-die-eroberung-der-institutionen.html.
- Candeias, Mario (2015):** Zwischen Marke und verbindender Partei. Was Syriza in Griechenland ist, könnte Podemos in Spanien werden, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 13/2015, Berlin.

Candeias, Mario/Oberndorfer, Lukas/Steckner, Anne (2014): Neugründung Europas? Strategische Orientierungen, in: LuXemburg 1/2014, S. 16–25.

Candeias, Mario/Völpel, Eva (2014): Plätze sichern! ReOrganisierung der Linken in der Krise, Hamburg.

Colau, Ada (2014): Wir treten nicht an, um einen Sitz im Gemeinderat zu bekommen. Wir wollen gewinnen!, in: Luxemburg-online, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/ada-colau-wir-treten-nicht-an-um-einen-sitz-im-gemeinderat-zu-bekommen-wir-wollen-gewinnen.

Demirović, Alex (1987): Nicos Poulantzas. Eine kritische Auseinandersetzung, Hamburg/Berlin.

Dörre, Klaus (2005): Prekarität. Eine arbeitspolitische Herausforderung, in: WSI-Mitteilungen 5, S. 250–258.

Fisahn, Andreas u.a. (2014): Wider das Recht. Ein Gutachten zur Unrechtmäßigkeit der EZB-Aktivitäten im Rahmen der autoritären Kürzungspolitiken der Troika, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Studien, Berlin.

Flecker, Jörg/Hentges, Gudrum (2004): Rechtspopulistische Konjunkturen in Europa, in: Bischoff, Joachim u. a.: Moderner Rechtspopulismus, Hamburg.

Gauthier, Elisabeth (2004): «Front National», flexibler Kapitalismus und Krise der Politik, in: Bischoff, Joachim u. a.: Moderner Rechtspopulismus, Hamburg.

Gill, Stephen (2000): Theoretische Grundlagen einer neo-gramscianischen Analyse der europäischen Integration, in: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (Hrsg.): Die Konfiguration Europas, Münster, S. 23–50.

Gramsci, Antonio [Gef.] (1991–2002): Gefängnishefte, 10 Bde., hrsg. von Klaus Bochmann, Wolfgang Fritz Haug und Peter Jehle, Berlin/Hamburg.

Habermas, Jürgen (1998): Die postnationale Konstellation, Frankfurt a.M.

Hall, Stuart (1982): Popular-demokratischer und autoritärer Populismus, in: Neue soziale Bewegungen und Marxismus, Argument-Sonderheft 78, Berlin.

Händel, Thomas (2014): Soziales Europa? Demontage ff, in: LuXemburg-online, April 2014, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/soziales-europa-demontage-ff.

Haug, Wolfgang Fritz (1993): Elemente einer Theorie des Ideologischen, Berlin/Hamburg.

Haug, Wolfgang Fritz (2013): Hightech-Kapitalismus, Berlin/Hamburg.

Heine, Frederic/Sablowski, Thomas (2013): Der deutsche Machtblock in der europäischen Krise, in: LuXemburg 2/2013, S. 108–113.

Hentges, Gudrun, u. a. (2003): The Abandoned Worker. Socio-Economic Change and the Attraction of Right-wing Populism, Wien.

Hirsch, Joachim (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat, Berlin/Amsterdam.

Hirschfeld, Uwe (2014): Schwierigkeiten mit der Utopie. Gedanken zur Parteientwicklung der Linken, in: LuXemburg 3/2014, S. 98–105.

IfG – Institut für Gesellschaftsanalyse (2011): Organische Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus: Szenarien, Konflikte, konkurrierende Projekte, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Papers, Berlin, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_Organische_Krise_web.pdf.

Iglesias, Pablo (2014): Dass wir eine absolute Mehrheit anstreben, ist Ausdruck einer Notwendigkeit, Interview, in: LuXemburg-online, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/dass-wir-die-absolute-mehrheit-anstreben-ist-ausdruck-einer-notwendigkeit.

Janssen, Thilo (2014): Die Monster AG, in: LuXemburg 1/2014, S. 72–77.

Kahrs, Horst (2015a): Ziemlich viel Klasse, in: LuXemburg, 1/2015, S.74–83.

Kahrs, Horst (2015b): Zerfall des Mythos von der «Mitte» – Ausbreitung eines «sozialen Nationalismus», hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, unter: www.rosalux.de/publication/41034/zerfall-des-mythos-von-der-mitte-ausbreitung-eines-sozialen-nationalismus.html.

Kaindl, Christina/Rilling, Rainer (2011): Eine neue »gesellschaftliche Partei«? Linke Organisation und Organisierung, in: LuXemburg 4/2011, S. 16–27.

Kipping, Katja/Riexinger, Bernd (2013): Verankern, verbreitern, verbinden. Projekt Parteientwicklung. Eine strategische Orientierung für DIE LINKE, unter: www.die-linke.de/partei/parteientwicklung/projekt-parteientwicklung/texte/verankern-verbreiten-verbinden.

Laclau, Ernesto (1981): Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus, Faschismus, Populismus, Berlin.

Laclau, Ernesto (2014): Warum Populismus?, in: LuXemburg 1/2014, S. 6–13.

Nolte, Paul: «Wir brauchen ein neues Klassenbewusstsein!», in: ÖkologiePolitik (ÖP), Nr. 140, 2008, S. 10–12.

Piketty, Thomas (2013): Das Kapital im 21. Jahrhundert, München.

AfD (2014): Politische Leitlinien der AfD, unter: www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/2014/05/Politische-Leitlinien-der-Alternative-für-Deutschland-Mai-2014-finale-Fassung.pdf.

Porcaro, Mimmo (2010): Partei in der Krise. Chancen für eine Rifundazione?, in: LuXemburg 1/2010, S. 71–75.

Porcaro, Mimmo (2011): Linke Parteien in der fragmentierten Gesellschaft, in: LuXemburg 4/2011, S. 28–35.

Porcaro, Mimmo (2013): Occupy Lenin, in: LuXemburg 1/2013, S. 132–139.

Poulantzas, Nicos (1978): Staatstheorie, Hamburg.

Poulantzas, Nicos (2001): Die Internationalisierung der kapitalistischen Verhältnisse und der Nationalstaat (1973), in:

Hirsch, Joachim/Jessop, Bob/Poulantzas, Nicos (Hrsg.): Die Zukunft des Staates, Hamburg, S. 19–70.

Psarras, Dimitris (2013): Neonazistische Mobilisierung im Zuge der Krise. Der Aufstieg der Nazipartei Goldene Morgenröte in Griechenland, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Analysen, Berlin.

Rilling, Rainer (2014a): Pikettys Big Data, in: LuXemburg 2/2014, S. 126–131.

Rilling, Rainer (2014b): Thomas Piketty und das Märchen vom Gleichheitskapitalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/2014, S. 81–91.

Spivak, Gayatri (2008): Can the Subaltern Speak?, neu hrsg. von Hito Steyerl, Wien.

Steckner, Anne/Candeias, Mario (2014): Geiz ist gar nicht geil. Über Konsumweisen, Klassen und Kritik, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 11/2014, Berlin.

Wainwright, Hilary (2012): Griechenland: Syriza weckt Hoffnungen, in: LuXemburg 3/2012, S. 118–125.

Wiegel, Gerd (2014): Rechts der Union. Wie die AfD den Spagat zwischen Eliteprojekt und Rechtspopulismus versucht, in: LuXemburg 1/2012, S. 82–87.

Williams, Steve (2013): Fordert alles! Lehren aus dem Transformativen Organizing, RLS New York, unter: www.rosalux.de/publication/39323/fordert-alles.html.

Zelik, Raul (2014): 11 Thesen zu Podemos und der «demokratischen Revolution» in Spanien, in: LuXemburg-online, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/thesen-zu-podemos-und-der-demokratischen-revolution-in-spanien.

Zürn, Michael (1998): Regieren jenseits des Nationalstaates, Frankfurt a.M.

ZU DEN AUTOREN

Mario Candeias ist Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Mitbegründer der Zeitschrift *LuXemburg*.

Sebastian Chwala ist Politikwissenschaftler und lebt in Marburg. Er ist Frankreich-Spezialist und promoviert zur radikalen Rechten in Frankreich.

Der **European Alter-Summit** ist ein loses Netzwerk aus mehr als 150 Organisationen – Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, NGOs – und politischen Akteuren aus allen Teilen Europas. Diese Allianz ist anlässlich des Alternativengipfels entstanden, der am 7. und 8. Juni 2013 in Athen stattfand.

Thilo Janssen interessiert sich nicht nur für rechte, sondern auch für linke Parteien. 2013 verfasste er für die Rosa-Luxemburg-Stiftung die Studie «Linke Parteien in Europa», die sich insbesondere mit deren europapolitischen Programmen beschäftigt.

Michael Löwy ist ein kosmopolitischer marxistischer Soziologe, Philosoph und Aktivist. Seinen Namen verbindet man unter anderem mit dem Ökosozialismus und der Sozialforumsbewegung. Jüngste Publikation: *A Radical Alternative to Capitalist Catastrophe* (Chicago 2015).

Mimmo Porcaro ist Vordenker der *Rifondazione Comunista*. Seit Jahrzehnten sammelt er als organischer Intellektueller in der kommunistischen Tradition Erfahrungen in Staatsapparaten und Parteibewegungen Italiens. Diese brachte er als Fellow mit ans Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Von ihm finden sich zahlreiche Texte in der Zeitschrift *LuXemburg*. Sein Konzept einer «verbindenden Partei» hat Eingang in die Debatte zur Entwicklung der Partei DIE LINKE gefunden.

Jacques Rancière ist Philosoph und einer der bekanntesten linken Intellektuellen in Frankreich. Er wurde vor allem mit seinen Arbeiten zur politischen Philosophie und zur Ästhetik bekannt.

Richard Seymour betreibt den Blog «Lenin's Tomb» und schreibt eine wöchentliche Kolumne im *Guardian*. Er ist Marxist, Aktivist und promoviert zurzeit an der London School of Economics. Sein jüngstes Buch trägt den Titel «Against Austerity. How We Can Fix the Crisis They Made».

Gerd Wiegel ist Politikwissenschaftler und Referent für Rechtsextremismus und Antifaschismus in der Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE. Er arbeitet seit Jahren zur extremen und populistischen Rechten in Deutschland und Europa und veröffentlicht hierzu regelmäßig in linken Zeitschriften.

Impressum

MATERIALIEN Nr. 12

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Martin Beck

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2199-7713 · Redaktionsschluss: Mai 2015

Foto: Philippe Huguen, AFP/Getty Images

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Gedruckt auf: Circleoffset Premium White, 100% Recycling

**Es ist keine neue Erkenntnis,
dass der Rechtspopulismus aus
der Mitte der Gesellschaft
hervorgebracht wird und in
Phasen Kontur gewinnt,
in denen der Block an der
Macht an Legitimation und
aktiver Zustimmung
der Subalternen einbüßt.
Was sind die Ursachen und wer
sind die tragenden Kräfte
dieses Rechtspopulismus?
Und wo können linke Gegen-
strategien ansetzen? Der Band
dokumentiert einige der im
Rahmen oder mit Unterstützung
der Rosa-Luxemburg-Stiftung
entstandenen Beiträge zum
Thema.**